Abg. Haas: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Zinkanell hat sich wie immer und mit gewohntem Elan in die Schlacht geworfen, um seiner Regierung und seinem Minister Flankenschutz zu geben. Ich würde meinen, daß er wohl den höchsten Parteiorden, den es in der Sozialistischen Partei gibt, verdient für diese schneidigen Einsätze und für die Abwehrschlachten, die er schlägt. (Abg. Zinkanell: "Das ist das Parteiabzeichen für vierzigjährige Zugehörigkeit!") Wir würden auch gerne dem Herrn Landwirtschaftsminister einen Orden verleihen, nur sehen wir leider nicht allzuviel Anlaß, das zu tun, trotz all der Lobeshymnen, die unser Kollege Zinkanell zu singen wußte.

Gestatten Sie mir, als Milchbauer und als Molkereifunktionär auch einige Anmerkungen zu machen zu diesem heiß umstrittenen Thema Milch und Milchmarktordnung. Man kann wohl mit Recht sagen "heiß umstritten", wenn man sich all der heftigen, hitzigen Diskussionen erinnert, die es da im heurigen Jahr gegeben hat, an all die vielen Schlagzeilen, für die dieser unschuldig weiße Saft Milch gesorgt hat. Der, das könnte man ja fast sagen, neben dem Nitroglyzerin die brisanteste und gefährlichste Flüssigkeit unserer Zeit ist. Nun, ich muß sagen, Kollege Zinkanell hat schon zum Ausdruck gebracht, es ist keine heiße Milch mehr oder nicht mehr in dem Maße heiß, wie sie es noch gestern war. Und ich darf darum auch die scharfe Munition — es war keine Böllermunition, es war scharfe Munition - im Arsenal lassen oder in der Tasche belassen, die heute verschossen worden wäre, wäre es gestern nicht zu dieser Einigung in Wien gekommen, über die wir uns freuen. Ich weiß nicht, ob es berechtigt ist, hier von einem Nikologeschenk, wie das der Kollege Zinkanell getan hat, der Bundesregierung zu sprechen. (Abg. Zinkanell: "Ich habe nur zitiert!") Das würde ich bezweifeln wollen. Ich würde eher sagen, daß es ein sehr beachtlicher und sehr heiß erkämpfter Teilerfolg ist, den die bäuerliche Interessensvertretung gestern erringen konnte. (Beifall bei der OVP.) Es ist kein Grund, hier in Jubelrufe auszubrechen, genausowenig wie wir Grund gehabt haben zum Jubeln im heurigen Mai, als es immerhin gelungen war, jenes Erstkonzept, das Minister Haiden vorgelegt hat, doch in entscheidenden Passagen zu verbessern. Denn wenn das zum Tragen gekommen wäre, jene 87 Prozent Kontingentierung, jene Aufzwölftelung des Kontingents auf die zwölf Monate, die bedeutet hätte, daß ich in dem Monat, in dem ich überliefere, einen Übermilchpreis von etwas über einen Schilling nur gehabt hätte. Nach unseren Berechnungen wäre er ja sogar auf Groschenbeträge abgesunken. Und in jenen Monaten, in denen ich unterliefert hätte, null-komma-nichts gehabt hätte. Das wäre einfach Schicksal gewesen. Wenn ich daran denke, daß es also nur zehn Prozent waren, die uns der Herr Landwirtschaftsminister und die Regierung zuzugestehen bereit waren für die Finanzierung der Exportnotwendigkeiten, so muß ich sagen, daß auch das ein beachtlicher Erfolg war, aber sicherlich auch kein Grund zum Jubeln. So sehe ich auch das Er-

gebnis des gestrigen Tages. Ich habe es erst heute in der Früh zu lesen bekommen, auch in der Kleinen Zeitung und habe erst vor etwa einer halben Stunde aus authentischer Quelle erfahren, wie das nun genau ausschaut. Es sind also im wesentlichen sechs Punkte. Ich darf sie Ihnen nun kurz und in sehr komprimierter Form hier anführen. Es ist gelungen. Gott sei Dank gelungen, die Wahrungsklausel über die Bühne zu bringen. Das heißt, es wird kein Milchbauer gezwungen sein, in Zukunft seine Richtmenge überliefern zu müssen, um auch in Zukunft seine gleiche Richtmenge wieder zugeteilt zu erhalten. Es ist zweitens gelungen — (Abg. Zinkanell: "Darf ich einen Zwischenruf machen, Kollege Haas? Mit der Wahrungsklausel sind wir wieder zum Ministerkonzept zurückgekommen!") Das siehst Du völlig falsch. Es ist damit gelungen, eine Überlieferung, zu der wir unsere Bauern gezwungen hätten, nur um wieder in den Besitz ihrer alten Richtmenge zu kommen, zu verhindern. Das ist also eine falsche Interpretation, wie Du sie bringst. Es ist zweitens gelungen, um das also hier auch noch kurz anzuführen, in Zukunft eine jährliche Festlegung der Richtmenge herbeizuführen, womit wir flexibler geworden sind. Es wird in Zukunft eine monatliche laufende Abrechnung der Übermenge, der Übermilch geben und nicht die Quartalsabrechnung. Es wird viertens so sein, daß die Almmilch von dem zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag ausgeschlossen sein wird, eine echte Erleichterung für unsere bergbäuerlichen Betriebe und ich freue mich vor allem, daß es fünftens gelungen ist, in der Frage Härteausgleich zu einem Kompromiß zu kommen. Ich habe es nie verstanden, daß der Bundesminister sich so lange dagegen gewehrt hat. Der Härteausgleich, darf ich das kurz ausführen, das ist jene Menge von 60.000 Tonnen Milch gewesen, die bereitgestanden hat, um damit in Not- und Härtefällen die Richtmenge aufzustocken. 57.000 Bauern haben allerdings angesucht um eine Zusatzmenge von 470.000 Tonnen und 60.000 haben wir zur Verfügung gehabt, laut Gesetz. Also ein echtes Dilemma, in dem wir waren. Als Milchhofobmann, der ich die Ehre habe zu sein. Ich muß sagen, es ist das in letzter Zeit nur Ehre gewesen und sehr wenig Vergnügen, hier ständig den Prügelknaben abgeben zu müssen für die Schwächen oder sagen wir die Härten dieses Milchmarktsystems, die sich eben in diesen letzten Monaten herausgestellt haben, die auch durchaus schon zu beseitigen gewesen wären in der Vergangenheit und von denen wir nun Gott sei Dank, ja einige abbauen konnten. Jedenfalls haben wir gesehen, bei diesen Ansuchen, daß es so viel unverschuldetes Unglück, so viel echte Not gegeben hat, durch Todesfall, durch Unglücksfälle, durch Abbrennen der Wirtschaftsgebäude und des Wohnhauses, durch Unglück im Stall, daß es einen echt ins Herz getroffen hat, hier nicht helfen zu können. Auf Grund der Tatsache, daß ja die Richtmengen in vielen Fällen stark unterliefert werden, auf Grund der an sich ja erfreulichen Tatsache, daß auch viele hundert Milchbauern, bei unserem Milchhof Graz allein über 300 Milchbauern, in der letzten Zeit aufgehört haben, Milch anzuliefern, ist es ja durchaus möglich, hier eine entsprechende Aufstockung vorzunehmen. Ich freue mich auch, daß es

nun gelungen ist, diese Aufstockung auf 130.000 oder 135.000 Tonnen vorzunehmen, also die schlimmsten Härten abzubauen. Punkt sechs betrifft die Auswirkungen des Stützungsabbaues jener 600 Millionen Schilling, die natürlich ab 1. Jänner 1979 dem Konsumenten voll auf den Kopf fallen werden. Das ist gar keine Frage; voll auf den Kopf fallen werden in Form von höheren Milchpreisen in diesem kommenden Jahr. Aber sicherlich hat das auch für die Landwirtschaft und für die Milchwirtschaft entsprechende Auswirkungen. Die Berechnungen haben ergeben, daß das etwa 130 Millionen Schilling sogar gewesen wären. Zusätzliches Erfordernis im Export, weil man natürlich, da braucht man kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß auf Grund dieser höheren Milchpreise natürlich der Absatz zurückgehen wird, natürlich das Exporterfordernis ein höheres sein wird. Darum 130 Millionen Schilling zusätzlich. Hier hören wir, daß es möglich war, von 15 Prozent auf 16 Prozent aufzustocken, nämlich die staatliche Hilfe für die Absatzbewältigung. Das ist, glaube ich, auch ein recht bescheidener Erfolg, den es hier zu verzeichnen gibt. Offen bleibt die Forderung, das möchte ich auch sagen, den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag zu reduzieren. Davon war hier nicht die Rede in den Berichten, die uns aus Wien zugekommen sind. Jene 20 Groschen, die nötig waren von 1,99 auf 1,79 Schilling abzusenken, sind völlig unzureichend. Wir bei uns am Milchhof haben allein in den letzten drei Monaten 3,3 Millionen Schilling unseren Milchbauern abziehen und nach Wien abliefern müssen. In der Summe werden es für das erste halbe Jahr 200 Millionen Schilling in Osterreich sein, mit denen wir durchaus in der Lage sind, den Absatz für das gesamte Milchwirtschaftsjahr 1978/1979 zu finanzieren. Unsere Forderung bleibt aufrecht, diesen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag zur Gänze zum Wegfall kommen zu lassen. Ebenfalls unsere Forderung, den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag abzusenken. Auch das ist möglich auf Grund der derzeitigen Finanzierungssituation. Wenn der Herr Landwirtschaftsminister in einer Fernsehdiskussion vor kurzem davon gesprochen hat oder angekündigt hat, daß er den Bergbauern diesen 20 Groschenbeitrag zur Gänze erlassen will, so freuen wir uns darüber: wunderbar. (Abg. Loidl: "Solidarität mit den Bergbauern müßt Ihr auch haben!") Nur bitte schön, eines muß auch gesagt werden, das kann nicht auf Kosten von anderen Bauern gehen. Das soll er bitte schön mit den 600 Millionen Schilling Stützungsabbau finanzieren, die ihm hier verbleiben. Aber es kann das nicht so laufen, daß man nun anderen Bauern das aus der Tasche zieht oder einbehält, damit dann der Herr Landwirtschaftsminister den Bergbauern gegenüber den feschen Nikolo spielen kann. (Abg. Brandl: "Das ist die Realität!") So kann man es sicherlich nicht spielen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auch damit schon zum Schluß kommen. Ich möchte noch einmal sagen, wir freuen uns über diesen Teilerfolg, so möchte ich es nennen, den wir gestern erringen konnten. Es geht uns nicht, Herr Kollege Zinkanell, hier um Schwarzmalerei, wie uns das unterstellt wird, es geht uns auch nicht um Wadlbeißerei und es geht

uns auch nicht darum, einen Bauernkrieg hier zu entfachen oder schon gar nicht darum, wie das ein Journalist kürzlich geschrieben hat, um den Kopf des Landwirtschaftsministers. Wir wünschen ihm ein langes und ein gesundes Leben (Abg. Brandl: "Aber nicht als Minister!"), aber auch wir wollen leben und darum erwarten wir von diesem Herrn Landwirtschaftsminister, daß er zu seinen Vereinbarungen steht und sie nicht bricht und darum erwarten wir auch eine menschlichere sozialere Handhabung der Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes als es bisher geschehen ist. Das ist es, was wir wollen. Wir haben uns gefreut über die schönen Worte, die auch der Herr Generalredner Heidinger hier gefunden hat, indem er die Rolle und die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Ernährungssicherung und für die Erhaltung des Erholungsraumes herausgestrichen hat. Nur, meine Damen und Herren, schöne Worte allein bringen nichts. Es kommt letztlich immer auf die Taten an. Auf die Taten kommt es an und trotz all der sehr enttäuschenden Erfahrungen, die wir haben, wollen wir doch sehr auf gemeinsame positive Taten auch auf milchwirtschaftlichem Gebiet in der Zukunft hoffen. (Beifall bei der OVP und FPO.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Trummer.

Abg. Trummer: Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Als Vertreter des Grenzbezirkes Radkersburg muß ich feststellen, daß auch bei uns für die kleinen und Mittelbetriebe die Milchwirtschaft eine Rolle spielt. Für 1400 Milchlieferanten sind die Erlöse aus der Milchwirtschaft die einzige Einnahme. Der Herr Minister Haiden hat gut daran getan, daß er die Forderung unseres Agrarsprechers Nationalrat Sepp Riegler erfüllt hat. Unverständlich ist mir nur, daß man auf die berechtigte Forderung so lange warten mußte. Ich hoffe für meine Grenzlandbauern, daß dies in Zukunft anders wird.

Werte Damen und Herren! Zur Telefonaktion eine kurze Bemerkung. Die Telefonaktion vom Land Steiermark hat sich segensreich für den ländlichen Raum ausgewirkt. Leider wurde für 1979 die Förderung gekürzt. Trotzdem bitte ich den zuständigen Referenten, daß die Förderung fortgesetzt wird. Kollege Zinkanell, kurz nur an dich eine Bitte! Wir verstehen uns ja von Haus aus als Menschen sehr gut. Du hast jetzt in Deinem Referat eines ein bißchen vergessen, unsere kleinen Grenzlandlandwirte. Und eines noch möchte ich auch bitten, daß Du Deinen Freund, Landwirtschaftsminister Haiden, in Zukunft so berätst, wie es Du im Herzen liegen hast, daß dann solche Fehlordnungen nicht mehr vorkommen. (Allgemeiner Beifall. - Landeshauptmann Dr. Niederl: "Das ist der Tenor der OVP." -Abg. Brandl: "Aber zu selten Herr Landeshauptmann!")

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pranckh. Ich erteile es ihm.

Abg. Pranckh: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich kurz mit der Absatzlage auf dem Rindersektor befassen und möchte dann anschließend ein bißchen eingehen auf das, was von den Sprechern der sozialistischen Seite heute gesagt wurde. Das auffallendste Merkmal bei den derzeitigen Rinderausfuhren ist wohl, daß der Bund sich bei den — leider, und ich wiederhole ausdrücklich leider notwendigen Preisstützungen immer mehr drückt und diese Zahlungsverpflichtungen mit dem entsprechenden Nachdruck versucht auf die Bundesländer abzuwälzen. Warum, sage ich, drückt meine sehr Verehrten -, weil es nichts anderes ist. Die Länder haben für die Stützung von Exporten keine Einnahmemöglichkeiten, wohl aber der Bund, der bei der Einfuhr von Fleisch und Vieh Abschöpfungsmöglichkeiten hat. (Abg. Zinkanell: "Wenn es geht!") Das geht recht gut, Herr Kollege! Ich komme noch auf eine Anregung zu sprechen, die Du für unser Landesbudget gegeben hast.

Ich glaube also, daß man das einmal klarstellen muß. Wenn Stützungen notwendig sind, dann sind sie in erster Linie dort zu leisten, wo Einnahmemöglichkeiten sind. Es haben in den letzten Tagen, hier im Hohen Haus, verschiedene Redner darauf hingewiesen, daß es in Zeiten, wie wir sie eben jetzt erleben, notwendig ist und daß wir diese Schwierigkeiten wahrscheinlich nur dann in halbwegser Ordnung überwinden werden, wenn alle Betroffenen — und so weit haben wirs's ja gebracht im schönen Osterreich, daß bereits alle von diesen Schwierigkeiten irgendwie berührt werden — bereit sind, gewisse Abstriche — und in dem Fall könnte man sagen, etwas mehr Budgetehrlichkeit, auch in den Aussagen dazu —, hinzunehmen.

Eine weitere Schwierigkeit beim Viehabsatz und hier könnte ich fast wörtlich meine vorjährige Wortmeldung wiederholen — ist auch noch nicht aus dem Weg geräumt. Das sind die Exportschwierigkeiten von Zuchtvieh in die EWG-Länder. Die Bestimmungen, daß dieser Export nur dann zollfrei durchgeführt werden kann, wenn das Zuchtvieh in den Herdebuchbeständen in den EWG-Ländern eingetragen ist, ist noch nicht gefallen. Und was das wiederum gerade für die bergbäuerlichen Viehzüchter in Osterreich bedeutet, meine sehr Verehrten, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Das wurde voriges Jahr in aller Deutlichkeit gesagt. Und auch das wurde schon gesagt, daß es kaum genügen wird, um unsere Absatzchancen und unsere Zahlungsbilanz mit der EWG zu verbessern, wenn man von jeweiligen Reisen in die Zentralen der EWG mit großen Ankündigungen und ohne wirkliche Tatsachen zurückkommt. Mehr glaube ich, braucht man dazu nicht zu sagen. Daß in einigen Gebieten der Steiermark — und dazu gehört der Bezirk, den ich zu vertreten habe - die Ochsenhaltung in der Rinderproduktion immer noch eine Rolle spielt, ist naturbedingt und von der Betriebsstruktur her bedingt. Und wenn Sie im Laufe dieser Budgetdebatte gehört haben von Naturschutz, von Landschaftsschutz und so weiter, meine sehr Verehrten, lachen wir nicht, auch die Rindviecher, die die Almen beweiden, bringen indirekt einen großen

Erfolg beim Landschaftsschutz, beim Naturschutz. So gesehen, ist es wiederum eine Verpflichtung der gesamten — ja sagen wir — Budgethoheit, Sorge zu tragen, daß das in Zukunft möglich ist. Es hat der Karl Lackner darauf hingewiesen, daß wir ja schon bereits weite Berggebiete haben, die nicht mehr genutzt werden durch die Beweidung in den Sommermonaten, und daß dadurch auch für den Fremdenverkehr Schwierigkeiten auftreten.

Zu den Wildschäden, lieber Kollege Brandl, komme ich dann auch noch ein bißchen, das schlägt genau in diese Kerbe! (Abg. Brandl: "Es stimmt!") Jawohl!

Und nun noch ein paar Worte zur Umschichtung der Agrarproduktion, meine sehr Verehrten. Milch ist ein heißer Saft, hat mein Vorredner gesagt. Ich glaube, Du hast gesagt, außer Nitroglyzerin die zweitgefährlichste Flüssigkeit, die im Lande so gehandelt wird. Nun meine sehr Verehrten! Dieser giftige, gesunde und glückliche Saft würde leichter entschärft werden können, wenn bei der Fleischproduktion günstigere Möglichkeiten wären. Das ist bis heute der Agrarpolitik nicht gelungen. Und wenn das nicht gelingt, werden wir eben immer wieder zu solchen Notlösungen, zu solchen Differenzen kommen müssen, notgedrungen! Und vielleicht etwas noch zur gesamten Einstellung unseres Herrn Landwirtschaftsminister zu den Bauern und zur Agrarpolitik. Ich glaube, daß es günstiger wäre, und allen Betroffenen, sowohl den in der Landwirtschaft Tätigen als auch den Konsumenten in Österreich, dienlicher wäre, wenn der Herr Minister, der meiner Überzeugung nach — und das soll durchaus keine Kränkung oder Herabwürdigung seiner Qualitäten sein —, aber ich stelle das fest und ich bin davon überzeugt, daß er gerade von diesen spezifischen Dingen eben auf Grund seiner Ausbildung und seiner bisherigen Tätigkeit nicht allzuviel versteht. Und ich bin überzeugt, wenn er, worum mein Freund Trummer gerade den Kollegen Zinkanell gebeten hat, eben auf gute Ratgeber hören würde, daß dann eine Agrarpolitik in Osterreich verwirklicht werden könnte, die allen hilft und manches verhindert. Man bräuchte nicht und von keiner Seite Feuerwehraktionen (Abg. Brandl: "Zinkanell müßte Minister werden!") ja das wäre eine Geschichte ... Wir würden hart kämpfen, wahrscheinlich. Aber wir sind überzeugt, daß dann das nötige Verständnis und die nötigen Kenntnisse da wären aber das ist nicht unser Kaffee, (Abg. Brandl: "Ist unserer!") den müßt's Euch selber sieden, net wahr! (Abg. Hammer: "Dann soll der, der von Finanzen etwas versteht, auch Minister sein!" — Abg. Brandl: "Dann müßte der Finanzminister auch so bleiben!") Und nun, meine sehr Verehrten! Das ist - wie gesagt — Euer Kaffee! (Abg. Brandl: "Das dürfen wir nicht unterschiedlich behandeln!") Das ist wie gesagt, Euer Kaffee, meine sehr Verehrten. Sucht Euch die richtigen Leute, die Osterreich durch diese Schwierigkeiten bringen, dann werdet Ihr eine gute Nachrede haben und sonst wird es anders aus-

Meine sehr Verehrten, der Herr Kollege Brandl hat sich über allzu hohe Wildschäden beklagt. Ich stimme vollkommen mit ihm überein. Diese Tatsache ist nicht wegzudiskutieren, bloß auch hier glaube ich, ist es notwendig, daß man ein bißchen die Ursachen betrachtet und das ist nicht nur die Jagdleidenschaft aller steirischen Jäger oder auch all jener, die sich über eine Brieftasche, die entsprechend gespickt ist, die Möglichkeit verschaffen, in der Steiermark zu jagen. Die Gründe liegen etwas tiefer, meine sehr Verehrten, und ich glaube, einer der wichtigsten ist der, für die Wildschäden der letzten Jahrzehnte, daß sich ein völliger Kulturwandel in den Gebieten ergeben hat, wo sich das Wild erfahrungsgemäß hauptsächlich aufhält. Wenn Sie denken, früher die riesigen Flächen der Wälder und Weiden in unseren vornehmlichen Gebirgsgegenden. Die sind heute fast zur Gänze junge Kulturen, weil Wald und Weide getrennt wurden. (Abg. Brandl: "Daher ist eine Umstellung notwendig!") Jawohl, richtig! Ein bißchen weiter. Der Rückgang der Almwirtschaft, ebenfalls etwas, was dem Wild Äsungsflächen entzogen hat, die Trennung von Wald und Weide hat auch Deckung gebracht in diesen Kulturen, aber das nötige Austreten in die anschließenden Gebiete verhindert und das darf man nicht übersehen, meine sehr Verehrten. Andererseits die Intensivierung der bergbäuerlichen Grünlandgebiete. Gehen Sie heute auf die Höhe hinauf, wenn so ein Wetter ist, wo oben eine Tundralandschaft ist, dann kommt der Waldgürtel und gleich darunter sehen Sie die Bergbauernhöfe, die bestens gepflegte Grünlandflächen haben, die auch zu dieser Jahreszeit noch ein entsprechendes Asungsangebot bieten und dazwischen und auch das darf man nicht übersehen, die Offnung des Waldes, die Entwicklung des Fremdenverkehrsund des Wintersportes. Das Wild hat also nicht mehr die Ruhe in den Gebieten, wo es ursprünglich war und hat auch nicht mehr das Äsungsangebot. Daß daraus Konsequenzen zu ziehen sind, ist selbstverständlich, da stimme ich Ihnen hundertprozentig zu. Sie sind zum größten Teil gezogen worden und wo es noch nicht in Ordnung ist, werden wir das schon hinbringen. Aber vielleicht auch noch etwas. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich auch das noch in aller Deutlichkeit sage. In vielen Köpfen und das sind beileibe nicht die dümmsten, schwebt immer noch die Vorstellung, Jagd ist ein Privilegium von ganz bevorzugten und besonderen Schichten der Bevölkerung. Meine sehr Verehrten! Ich kann Ihnen sagen, das stimmt längst nicht mehr und auch das (Abg. Brandl: "Stimmt nicht mehr ganz, sagen wir!") Jawohl, richtig, längst nicht mehr und auch das, wenn wir ehrlich sind, dürfte wohl ein Grund für die hohen Wildbestände der letzten Zeit sein. Ich nehme nichts. (Abg. Dr. Heidinger: "Georg, schießen die soviel daneben?") Nein, die Ursache liegt nämlich dort, wo früher zwei oder drei Privilegierte ein paar kapitale Trophäenträger strecken mußten, um ihr Selbstbewußtsein zu heben, (Abg. Brandl: "Das ist weidmännisch!") jawohl, dort will heute eine wesentlich höhere Anzahl von Jagdkarteninhabern zumindest auch, na sagen wir einmal, starke Trophäen ernten, und daß die nicht zu erreichen sind, ohne die nötige Anzahl der Muttertiere, und daß man aus diesem Grunde da und dort die Ansätze auftretender Wildschäden bewußt unter den Tisch gekehrt hat, wird mir niemand ab-

streiten können. Soviel — (Abg. Premsberger: "Aber man muß auch dazusagen, daß beim Wild ganze Industriezweige entstanden sind. Es ist eine Delikatesse, was hier verarbeitet wird!") Sicher, ja, es ist auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt her gesehen, ein positiver Aspekt. (Abg. Lackner: "Ein Brunfthirsch ist anders!")

Nur Herr Kollege Zinkanell, Du hast gesagt, die Ansätze im Landesbudget bei den absatzfördernden Maßnahmen seien stark zurückgegangen. Ja. leider meine Herren, alle Ansätze der Förderungen sind stark zurückgegangen, weil halt der Rubel nicht mehr so dick ist, wie er vor wenigen Jahren war. Moment, ja der Bund zahlt viel mehr, ich weiß, bloß da viel mehr und da viel weniger, da läßt sich darüber nicht streiten. Aber zu den absatzfördernden Maßnahmen aus dem Budget und aus den Erfahrungen des heurigen Jahres ist leicht festzustellen, daß wir im nächsten Jahr mit dem kaum ausreichen werden. Andererseits wissen wir, daß der Bund im heurigen Jahr von getätigten Abschöpfungen bei Importen sich rund 20 Millionen Schilling ins Taschl gesteckt hat. Das würde reichen, um im nächsten Jahr die Sorge der steirischen Absatzförderung zu liquidieren. Vielleicht wäre das eine Anregung, Herr Kollege, nach Wien befördert auf dem richtigen Geleise, die uns das erleichtern würde. Wir wären Dir dann sehr dankbar und zur Zusammenarbeit immer bereit. (Abg. Hammer: "Zinkanell wird steirischer Landwirtschaftsminister!") Nun vielleicht ein ganz kurzer Vergleich und dann noch wenige Zahlen. Im Jahr 1970 konnte ich für den Erlös eines Liters Milch zwei Liter Dieselöl kaufen, heuer bekomme ich für zwei Liter Milch ein Liter Dieselöl. Auch ein Erfolg der sozialistischen Agrarpolitik! (Abg. Brandl: "Da sind die Araber schuld!") Freilich, ausschließlich! (Abg. Zinkanell: "Außerdem sagst Du nichts über die Produktivität!") Lieber Herr Kollege, Statistiken lassen sich so schön lesen von allen Seiten und von allen Parteien, ich weiß. (Abg. Zinkanell: "Das hat der Wimmler auch gesagt!") Papier ist überall geduldig. Aber nun vielleicht noch ein paar Prozentzahlen über die Entwicklung betreffend Bergbauernprogramme, Bergbauernsonderprogramme. (Abg. Hammer: "Die lassen sich auch drehen wie man will!") Jawohl, das müßt Ihr ja sagen, sonst wärt Ihr ja arme Hascher. Meine sehr Verehrten! Dann bin ich schon am Schluß, also bitte, nur mehr ganz kurz um Aufmerksamkeit. 1966 war der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bundesbudget insgesamt 2,82 Prozent, das Bergbauernsonderprogramm hat damals 45,44 Prozent vom Agrarbudget ausgemacht und vom Gesamtbudget hat das Bergbauernsonderprogramm 1,29 Prozent ausgemacht. Ich habe mir mehr Zahlen aufgeschrieben, ich nenne nur die letzte für das kommende Jahr. 1979 und jetzt hört und staunt, meine sehr Verehrten, Zinkanell hat die Statistik anders gelesen wie ich. Ich lese sie so. (Abg. Brandl: "Was ist richtig? Das ist die Frage für uns!") Liebe Damen und Herren, was richtig ist, entscheidet der Wähler 1979. (Beifall bei der OVP.) Also im Vergleich dazu 1979. (Abg. Zinkanell: "Ich wollte nur sagen, das wäre wieder eine Sektwette wert!") --Abg. Dr. Schilcher: "Die habt's Ihr verloren!") Nein, auf Sekt lasse ich mich nicht ein! Trinkt besser eine Milch, da wird immer noch gejammert, daß zuviel ist. (Beifall bei der OVP. — Allgemeine Heiterkeit.)

1979 macht der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Prozentsatzes am Gesamtbudget 1,53 Prozent, 66,82 Prozent das Bergbauernsonderprogramm am agrarischen Budget gegenüber 45 Prozent im Jahr 1966 nur mehr 39,28 Prozent und am Gesamtbudget ist es sogar zurückgegangen von 1,29 Prozent auf 0,60 Prozent. Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich wollte damit gar nicht neue Erkenntnisse zum Besten geben, ich wollte Ihnen bloß sagen, daß sich mit Zahlen alles ausdrücken läßt. Entscheidend wird sein, wenn es in Österreich wieder einmal so weit ist, daß eine Agrarpolitik sowohl für die Bauern, auch besonders für die Bergbauern, als auch im Interesse der Konsumenten geschieht und nicht Streichungen und nebulose Aktionen am laufenden Band alle Leute verunsichern. (Beifall bei der OVP. — Abg. Zinkanell: "5000 pro Kopf sind noch immer besser als 1500 Schilling im Monat!" — Abg. Pranckh: "Wenn sie etwas wert wären!")

Dritter Präsident Feldgrill: Ich erteile das Schlußwort dem Herrn Landesrat Dr. Krainer.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Landwirtschaftsdebatte, auch nach langer Zeit erstmals an einem Vormittag durchgeführt (Abg. Brandl: "Ist ein Fortschritt!"), hat dadurch etwas an Breite gewinnen können. Es ist deshalb der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges eher entsprochen worden und hat natürlich auch wieder gezeigt, daß wir in diesem steirischen Land eine Reihe von Agrarvertretern haben, die jeweils im Kolorit ihrer regionalen Herkunft ihre ganz besondere Qualität demonstrieren. Es zeigt sich aber auch, daß in einer so kontroversiellen Problematik, wie es im Grund genommen die Agrarpolitik nicht nur in Osterreich und in der Steiermark, sondern in der ganzen westlichen Welt ist, Standpunkte ausdiskutiert werden können in einem demokratischen Verfahren, wozu — Gott sei Dank — unser steirischer Landtag und auch der Nationalrat die Möglichkeit bietet, so daß wir doch auch immer wieder in sehr wesentlichen Fragen einheitliche oder angenäherte Standpunkte vertreten können. Ich glaube, daß heute vormittag das eine und das andere deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Und das ist ja eigentlich auch — vielleicht ist es ganz nützlich über diese Debatte hinaus zum Ablauf der gesamten Budgetdebatte zu sagen. Der Sinn solcher Vorgänge ist es, daß wir uns gegenseitig ausreden, daß wir uns auch hart die Meinung sagen, daß die Dinge diskutiert werden, daß auch informiert wird, daß man aber schließlich auch versucht, gemeinsame Wege, Wege vor allem für jene zu finden, um die es ja letzten Endes geht, um die Bäuerinnen und die Bauern, um die steirische Landwirtschaft. Und ich glaube, das ist heute auch geschehen!

Die Situation im Jahre 1978 war in der steirischen Landwirtschaft - wie Sie wissen - keine einfache. Ich möchte kurz die Aufmerksamkeit noch einmal auf diesen Umstand lenken. Wir haben im Obst- und Weinbau markante Spätfröste im Frühjahr gehabt, Hagelschäden massivster Art im Sommer. Sie sind etwas untergegangen pressemäßig quasi, aber wer selber an Ort und Stelle gewesen ist und insbesondere auch die Betroffenen in der Süd-, in der Oststeiermark aber auch anderswo im Lande gesprochen hat, weiß, daß es sich um ganz massive Katastrophenschäden dieser Art gehandelt hat. Es ist auch in der Viehwirtschaft die Situation so, daß das ohnehin bescheidene Erzeugerpreisniveau bei Schlachtrindern wie auch bei Nutz- und Zuchtrindern nur dank der zur Verfügung gestellten außerordentlichen Budgetmittel auch der Steiermärkischen Landesregierung einigermaßen stabil gehalten werden konnte. Und es ist mit Recht, Herr Abgeordneter Zinkanell, von Ihnen auf jenen Teil des Budgets 1979 hingewiesen worden, der uns gar nicht freut. Sie haben verständlicherweise nicht Ihren Finanzreferenten angesprochen, sondern sich selber und alle anwesenden Damen und Herren gemeint, weil es sich um ein gemeinsam beschlossenes Budget handelt, was uns ja nicht daran hindert, unsere kritischen Anmerkungen zu machen. (Abg. Zinkanell: "Mitzuwirken!") Ja, ich weiß, aber ich sage das auch nur, um das Bild zu vervollständigen, damit hier nicht Irrtümer, die entstehen könnten, entstehen. Ich bin da durchaus der Meinung, daß Sie uns in einer Frage angesprochen haben, die sehr auf unserer Linie liegt. Es können die eingesetzten 11 Millionen Schilling im Jahre 1979 ganz sicherlich nicht genügen, ganz sicherlich nicht. Und zwar bei weitem nicht genügen, wenn nicht der Bund — und ich spiele da kein billiges Ping-Pong, sondern stelle das fest — seiner Verpflichtung nachkommt, in dieser Frage entscheidend zu fördern. Nicht mitzuwirken ist in erster Linie seine Aufgabe, wie Sie wissen. Wir sind subsidiär eingesprungen, und wir haben, das ist das Problem gerade auch des heurigen Jahres und des Budgets des Jahres 1979, das wir diskutieren nämlich wir haben eine Budgetenge, die uns gerade in dieser Frage außerordentliche Probleme schaffen wird. Darüber sind wir uns völlig einig. Es ist also so, daß wir diese Schwierigkeit nur mit unseren Mitteln einigermaßen bewältigen konnten. Das, was derzeit etwa diskutiert wird in dieser Frage von unseren entsprechenden Experten und von den zuständigen Stellen, ist hart genug und kann sicherlich nur zu einer Lösung gebracht werden, wenn wir 1979 in der Lage sind, im Einvernehmen wieder zu Förderungsmitteln zu kommen, die ein einigermaßen stabiles Niveau auf diesem Gebiet garantieren. Wir haben ja, wie Sie wissen, 28 Millionen Schilling insgesamt 1978 mit der außerplanmäßigen Bedeckung zur Verfügung gestellt, 28 Millionen Schilling! Und wie Sie wissen und wie es auch heute ausgiebig diskutiert worden ist, ist natürlich auch den Milchbauern, den 30.000 in der Steiermark, das Jahr 1978 nicht gut bekommen. Und ich freue mich auch, daß unser Agrarsprecher festgestellt hat, es handle sich beim gestrigen Kompromiß um eine brauchbare Lösung, wie es der Herr Präsident Koiner heute auch unterstrichen hat. Es besteht gar kein Anlaß zum Jubel, es besteht auch gar kein Anlaß zu meinen, daß damit der zuständige Agrarminister in irgendeiner Form einem Heiligsprechungsprozeß zu unterziehen sein werde, das ist sicherlich nicht der Fall, aber es handelt sich offenkundig um eine brauchbare Lösung. Man wird ja im übrigen auch sehen, Herr Abgeordneter Wimmler, ich glaube, das war tatsächlich ein Irrtum (Abg. Wimmler: "Das ist gestern passiert!"), der aufgeklärt werden konnte bezüglich der Wahrungsklausel, das ist - glaube ich - auch geklärt. Die ist eben in Ordnung. Das ist sicherlich auch eine markante und entscheidende Verbesserung, die ich sage das auch von hier aus - unsere Vertreter massiv, nachdrücklich und anhaltend erreichen konnten. Ich freue mich, daß das möglich gewesen

Herr Abgeordneter Brandl, auch die Situation in der Forstwirtschaft, die Sie ja gut kennen aus eigener Anschauung, gerade Ihre schwedischen Intentionen - ich will ja nicht sagen "Illusionen", aber Intentionen (Abg. Brandl: "Nur eine Darstellung!") — sind ja im Hinblick gerade auf den Betrieb, den Sie vertreten, ein Menetekel, denn das, was in dieser rasanten Mechanisierung liegt, bedeutet einschneidende Veränderungen, gerade in der Arbeitsplatzproblematik und daher schonendste Vorgänge auf diesem Gebiet. (Abg. Brandl: "Ich habe es gesagt!!") Jawohl! Aber Sie wissen auch, daß erst seit der Mitte des Jahres einigermaßen die Holzpreise wieder angezogen haben. Und im Pflanzenbau — um das Bild abzurunden — steht einer guten Ertragssituation eine überaus schwierige Marktsituation bei Getreide und Mais gegenüber. Lediglich am Schweinemarkt hat es positive Ergebnisse zu verzeichnen gegeben, so daß man insgesamt leider am Ende des Jahre 1978 feststellen muß, daß die Probleme keineswegs kleiner, sondern in vielen Sparten größer geworden sind im Laufe des Jahres 1978.

Und nun, weil wir uns darauf geeinigt haben, wenig zu halten von haarspalterischen Methoden der Statistik, wobei wir ohnedies wissen, welche Steigerungsformen es in diesem Zusammenhanggibt, so möchte ich einige wichtige Grundtatsachen aussprechen, die niemand und leider niemand bestreiten kann. Es steht außer Diskussion, daß das Hauptproblem der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und natürlich auch der steirischen, wenn man es von der Einkommensseite her betrachtet und dies ist eine der wesentlichsten Fragen, von der Kostenbelastung her kommt. Und es ist gar keine Frage, daß die Kostenschere von 70 bis 1977 so aussieht, daß die Betriebsausgaben um 78 Prozent und die Einnahmen nur um 39 Prozent gestiegen sind. Das heißt, man kann also in der auch in unserem Grünen Bericht dargestellten Entwicklung der Agrarindizes diese Schere auch ganz deutlich im Ablauf der Jahre, hier insbesondere von 1970 beginnend, sich vergegenwärtigen. Es ist gar kein Zweifel und das gibt, glaube ich, noch die solidere Einsicht als diese Darstellung, daß die Einkommensentwicklung nach einem Bericht des Wirt-

schaftsförderungsinstitutes — ich beziehe mich nicht auf ein parteiliches Institut, sondern auf dieses bekannte und bedeutende österreichische Institut so aussieht, daß wir 1974 um real minus 3,5 Prozeit, 1975 real um minus 4,5 Prozent zurückgegangen sind in der Einkommensentwicklung, 1976 konnte die Einkommensentwicklung auf Grund vor allem von Sondereinflüssen beim Holzeinschlag mit plus 4,3 Prozent registriert werden. Aber bereits 1977 haben sich die Agrareinkommen wiederum nicht weiterentwickelt. Das heißt, der Grüne Bericht 1977 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, den Sie auch zitiert haben, sagt, daß das Einkommen je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft um minus 3,5 Prozent gesunken ist. Auch bei uns in der Steiermark zeigt sich diese Entwicklung ganz deutlich, wenn wir einerseits die Agrarindizes und andererseits die reale Entwicklung des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens pro Familienarbeitskraft ansehen. Sie haben ja, vor allem jene, die in diesem erfreulichen Arbeitskreis des Grünen Berichtes bei der Erstellung mitgearbeitet haben, im Detail auch diskutiert, und Sie sehen, daß wir insbesondere bezüglich der Einkommen im südöstlichen Flach- und Hügelland weiter eine Minderung festzustellen haben für das Jahr 1977, daß es sich für die Hochalpen knapp erhöht hat und auch für den Alpenostrand, daß aber insgesamt gesehen, und das muß man gar nicht sehr erfreut und im Gegenteil feststellen, die steirische Einkommensentwicklung ja leider überhaupt sogar unter der gesamtösterreichischen Entwicklung in diesem Zusammenhang zurückbleibt. Erst recht und ich sage das mit Vorbehalt, wenn wir eine Paritätsdarstellung, eine Einkommensparitätsdarstellung geben wollten. Sie wissen, wie problematisch diese Rechnungen sind, aber sie geben zweifellos eine Tendenz, die uns zeigt, wie die Entwicklung läuft. Wir haben im südöstlichen Flachund Hügelland eine Entwicklung, bei der sich im Vergleich zum land- und forstwirtschaftlichen Einkommen das außerland- und forstwirtschaftliche Einkommen weit besser markant entwickelt hat. Wir liegen bei 54 Prozent, am Alpenostrand bei 55,2 Prozent und im Hochalpenland bei 54,3 Prozent. Alle Methoden der Förderung sind in diesem Zusammenhang wesentlich. Ob es sich um die Fragen der Sozialpolitik, ob es sich um die Fragen der Schulpolitik oder im weiteren Sinne des Wortes um die Bildungs- und Kulturpolitik handelt oder um die in solchen Situationen immer wieder sehr grob oder vergröbert dargestellte regionale Strukturpolitik. Wie immer, entscheidend bleibt für die Zukunft, und ich glaube, das muß man auch hier sagen, die Entwicklung der Märkte. Denn alles das, was wir über Budgets tun können, in all diesen Bereichen ist wesentlich. Die Einkommensentwicklung der bäuerlichen Bevölkerung ist letztlich nur über bessere Preise wirklich entscheidend zu verbessern. Der Herr Präsident Koiner hat in seinem Referat heute ausdrücklich wiederum darauf hingewiesen, daß es erfreulich ist, wenn wir in der Bergbauernförderung sagen können, wir sind an einem Punkt, der vieles in der direkten Zuwendung gebracht hat. Gar kein Zweifel und ich möchte

hier auch. Herr Abgeordneter Zinkanell, weil ich mir eine Gesamtrechnung haben geben lassen, sagen, schauen Sie, wir haben, was die Bundesförderung anlangt von 1974 bis 1978 erfreuliche 1,1 Milliarden Schilling bei uns an Landwirtschaftsförderungsmitteln eingesetzt bekommen. Das ist eine erfreuliche Zahl. Wir haben als Land sogar 1.750,000.000,— Schilling eingesetzt in diesem Zeitraum, das heißt, wir haben etwa 60 Prozent der Landwirtschaftsförderung bestritten und der Bund etwa 40 Prozent der Landwirtschaftsförderung in der Steiermark. Trotzdem kommen wir in der Einkommensentwicklung an einen Punkt, der uns zeigt, daß die Maßnahmen, alle Maßnahmen der Agrarförderung, zwar verhindern, daß es noch schlechter wird, aber im wesentlichen eine entscheidende Verbesserung der Einkommen nicht bewirken können. Auch nicht mit den Direktzahlungen, die der Herr Präsident etwa bei den Bergbauern in einem besonderen Maße mit diesen rund 10.000,— Schilling, die also im besten Fall ausbezahlt werden, angesprochen hat; also eine beachtliche Direktzahlung. Aber gemessen an einer Einkommensparität landwirtschaftlicher zu nichtlandwirtschaftlicher Einkommen, ist eindeutig die Benachteiligung der Landund Forstwirtschaft festzustellen. Daher möchte ich Ihr Augenmerk auf folgendes lenken. Es ist das heute auch schon geschehen, aber ich möchte es noch einmal besonders deutlich unterstreichen. Schauen Sie, der Professor Köttl, Ihnen allen wohlbekannt, ein bedeutender Mann der Universität für Bodenkultur, hat mehrfach seine Studie immer wieder versucht bekanntzumachen, in der er festgestellt hat, daß allein bei einer Regelung handelspolitischer Voraussetzungen kurz- bis mittelfristig, Agrarimporte in der Höhe von 2 Milliarden bis 2,5 Milliarden eingespart werden könnten. Das bedeutet noch dazu in einer Zeit, in der wir alle besorgt sind um die Lage bei unseren Arbeitsplätzen. ganz gleichgültig welcher Art — und wir machen da keinen Unterschied, ob es sich um industriellgewerbliche oder um landwirtschaftliche handelt --. daß es sich um 12.000 bis 15.000 gesicherte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft im Inland umgerechnet handelt. Lediglich mit der Regelung handelspolitischer Voraussetzungen, wobei, wie Sie alle wissen, die Einfuhr von Pflanzenfetten und Olschoten durch eine inländische Erzeugung von Olsaaten ersetzt werden könnte; anstatt der Importe von Kalbfleisch, Geflügelfleisch, Eiern und Eierpräparaten, die Eigenproduktion verstärkt herangezogen werden könnte; teilweise die Ersparnis von Einfuhren verschiedener Obst- und Gemüsearten, vor allem Champignons, Spargel, Maiskölbchen, kleine Zwiebel, Gurken oder einzelner Getreideprodukte, wie Kleie, Haferflocken, Grünmais, Pellets und sonstiger Importe möglich wäre. Ich glaube, daß wir und es hat zumindest auch aus Ihren Worten herausgeklungen, Herr Abgeordneter, hier auch eine übereinstimmende Position beziehen, aber es geht um die Durchsetzung dieser so wichtigen und entscheidenden Frage. Da hat man halt manchesmal wirklich den Eindruck, auch wenn man sehr zurückhaltend in der Kritik wäre, daß sich gewisse Herren entweder nicht durchset-

zen oder überhaupt ein anderes Bild dieser gesellschaftlichen Entwicklung besitzen, als wir es in diesem Lande und gerade auch in diesem Landtag miteinander vertreten. Das war ja, glaube ich auch das, was in einer humorigen und zum Teil sehr rührenden Weise der Herr Abgeordnete Trummer in seiner schlichten Art, in der dieser Grenzlandbauer uns allen als ein überaus schätzenswertes Mitglied dieses Landtages bekannt ist, gesagt hat, oder wie es der obersteirische Bauer Pranckh von sich gegeben hat. Und es ist kein Zufall, glaube ich, auch wenn man Sie nicht überschätzt und nicht überschätzen möchte — ich glaube, daß Ihnen das persönlich auch gar nicht recht wäre -, aber da gibt es Zusammenhänge, die stärker hervortreten sollten. Und ich glaube, daß man das in diesem Zusammenhang auch sagen muß. Ich möchte Sie auch heute nicht so wie gestern am Abend über Gebühr beanspruchen mit meinem Schlußwort. Aber bedenken Sie doch - und das ist vielleicht noch einmal eine Verdeutlichung eines schon angesprochenen Problems — der Abgeordnete Wimmler hat darauf hingewiesen —, daß wir nach einer Zwischenbetriebszählung des Statistischen Zentralamtes 1976 in der Steiermark 69.500 land- und forstwirtschaftliche Betriebe gehabt haben. Bitte schön, 1970 waren es noch 72.700, und daß wir seit 1970 pro Jahr 534 Betriebe aufgegeben haben, in den fünfziger Jahren waren es 380 und in den sechziger Jahren waren es 270 Betriebe. Das heißt, daß die Zahl der Betriebsauflassungen in den siebziger Jahren doppelt so hoch war als in den fünfziger Jahren. Das ist durchaus einerseits von einer strukturellen Entwicklung her gar nicht nur negativ zu sehen, gar kein Zweifel! Aber es zeigt andererseits auch, wie problematisch die Lage gerade in vielen Bereichen unseres Landes in diesem Zusammenhang ist. Und damit wir das vervollständigen: Seit 1970 hat die Zahl der Vollerwerbsbetriebe um 8000, das heißt um 22 Prozent, abgenommen. Die Zahl der Zuerwerbsbetriebe um 5700, das sind minus 66 Prozent und die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe ist im selben Zeitraum um 40 Prozent gestiegen. Sie haben diese graphische Darstellung auch im Grünen Bericht, der übrigens, glaube ich, wieder ein beachtliches Werk geworden ist. Ich glaube, wir haben gut daran getan, dieses Landwirtschaftsförderungsgesetz zu beschließen und insbesondere auch diese Kommission zu installieren und als Ergebnis der Arbeit dieser Kommission auch jährlich diesen Bericht zur Verfügung zu haben. Ich hoffe, daß Sie auch einmal Zeit haben, nicht nur die Bilder sich anzuschauen, die auch recht interessant sind und die Schaubilder, sondern vor allem auch den Text zu lesen. Aber da sehen Sie unter anderem diese Entwicklung. Sie haben hier 1970 den Vollerwerb. 1976 den Vollerwerb, hier haben Sie ihn 1970 und hier haben Sie ihn 1960. Und Sie haben hier 1960 den Nebenerwerb, 1970 den Nebenerwerb und 1976, und Sie haben hier den Zuerwerb, so daß ganz eindeutig zu sehen ist, daß die Form des kombinierten Einkommens vielfach die Chance überhaupt einer positiven Entwicklung ist neben den vorhin genannten in der Einkommensentwicklung der Landund Forstwirtschaft.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, bevor ich das letzte Wort zu diesem Kapitel sage, noch auf einige Details eingehen, die Sie angesprochen haben. Ich möchte Ihnen eine seriöse Auskunft geben, Herr Abgeordneter. Wenn Sie das Budget zur Hand nehmen und die von Ihnen angeführte Post, die Rinderförderungspost habe ich schon besprochen, also die Post 7670 Ansatz 741015, wo es heißt "Beiträge zur Verbesserung der Bildungsstruktur im ländlichen Raum", und da haben Sie mit Recht aufgezählt, Erfolg 1977 107.000,— Schilling Voranschlag 1978/79, Voranschlag 1979 53.000,— Schilling. Bitte schön, eine wirkliche finanztechnische Kuriosität.

Ein gewaltiger Titel, hinter dem — bitte schön — steht der Fahrtkostenzuschuß für die Theaterbesuche unserer Fach- und Berufsschulen. Wir werden das ändern, weil das wirklich einfach den Gegebenheiten nicht entspricht. Das ist ein Etikettenschwindel, das ist vielleicht zuviel gesagt, aber es ist die falsche Etikette, dies steht außer Diskussion.

Daraus unsere Bildungsfreundlichkeit oder -feindlichkeit ableiten zu wollen, ist sicherlich weit gefehlt, denn Herr Abgeordneter (Abg. Zinkanell: "Das habe ich nicht gesagt!" — Abg. Gerhard Heidinger: "Das unterstellen Sie ihm!"). Gesagt hat er es nicht, ich weiß schon. (Abg. Brandl: "Das hat er bestimmt nicht gesagt!") Zinkanell und ich kommen ja aus einer ähnlichen Gegend. Er ist ein gebürtiger Obersteirer und hat sich in der Weststeiermark niedergelassen, bei uns ist das auch so. Wir verstehen unsere Sprache schon!

Viel markanter, meine Damen und Herren, ist das Schulwesen, das von 154 Millionen Schilling, das sind immerhin 32 Prozent des Agrarbudgets, also fast ein Drittel, auf 164 Millionen Schilling aufgestockt wurde. Daraus mögen Sie erkennen, bitte (Abg. Zinkanell: "Es geht schon um das außerschulische Bildungsprogramm!") nur es ist völlig . . . ja, aber es ist ein falsches Programm, es ist nämlich tatsächlich so, daß für die Schüler unserer Schulen aus dieser Post die Fahrtkostenzuschüsse für Theaterbesucher bezahlt werden. Ich will ja niemandem unterstellen und das dramatisieren, daß dies ein falsches Kulturbewußtsein oder, oder, oder ist. (Abg. Zinkanell: "Ich anerkenne die Aufklärung, aber es geht um das außerschulische Ausbildungsprogramm!") Es ist einfach eine finanztechnische Kuriosität, die wir nächstes Jahr ausräumen werden, wir haben das gerade früher besprochen. Es ist völlig unpassend, der Begriff. Ich glaube im Gegenteil sagen zu können, und das ist ja eine der erfreulichsten Erkenntnisse, daß wir wirklich immer wieder auch hören, daß die Entwicklung im Bildungsbereich, im landwirtschaftlichen Schulbereich in der Steiermark vorbildlich ist, daß im Lande Steinbergers und Hauers, wie wir es immer formuliert haben, sowohl im Fachschul- als auch im Berufsschulbereich großartige Leistungen vor allem auch unserer Lehrer und unserer Direktoren und unserer Landesschulinspektoren und aller derer, die die Verantwortung dort tragen, zu registrieren sind. Das glaube ich, ist auch von der Bauernschaft und ich freue mich, daß der Präsident Koiner das

heute so deutlich zum Ausdruck gebracht hat, klar anerkannt worden.

Bei einer Barbarafeier am vorigen Samstag in Eisenerz wurde eine sehr beeindruckende Stimmung wiedergegeben. Sie hat vor allem auch eine großartige Tradition dieser steirischen Knappen am Erzberg gezeigt. Wer es noch nicht erlebt hat, dem wäre wirklich zu empfehlen, das einmal mitzuerleben. Da hat man in Gesprächen nachher am Tisch immer wieder hören können: "Schauen Sie, die Entwicklung in den letzten Jahren war für uns immer wieder bedrückend, denn wenn man Prognosen vorgestellt bekommt, in denen man sich ausrechnen kann, wann der eigene Sohn oder die eigene Tochter in diesem Raum keine Arbeit mehr finden, - und da sind Zahlen immer wieder genannt worden — dann drückt das nicht nur auf das Gemüt empfindlicher und empfindsamer Menschen, sondern dann ist das ein echtes Problem." Und ich glaube, daß wir sagen können, bei unseren Bauern, vor allem auch bei den jungen Bauern, die in der Landjugend oder die gerade auch im Bereich unserer Bildungseinrichtungen groß werden und aufwachsen, Verantwortung tragen lernen, beachtliche, initiative, gestaltungsfreudige junge Leute sind, hört man nicht depressiv und in einer resignierenden Weise, aber doch sehr nüchtern und direkt oft auch die Frage: Wie wird es mit der Land- und Forstwirtschaft bei uns weitergehen? Wie wird es mit unserer Zukunft aussehen? Und ich glaube, dieser Aspekt der Sicherung der Landwirtschaft in all ihren Funktionen nicht nur einfach des Landschaftspflegers - ich weiß, daß das immer sehr gut gemeint ist, wenn das so gesagt wird - sondern einfach auch die vitale Funktion der Existenz eines Bauern, ob es nun im flachen Land oder im Berggebiet unserer Heimat stattfindet, diese Frage bewegt uns, glaube ich, immer wieder und sie soll auch Richtschnur sein für das, was wir tun können in diesem Zusammenhang. Ich habe bei meinem letzten Wienbesuch einen bekannten Wiener Restaurantbesitzer (Abg. Gerhard Heidinger: "Sacher!") nach langer Zeit wieder einmal gesprochen, der hat mir viel erzählt - er ist ein sehr bedeutender und bekannter Mann. Der hat mir gesagt, und ich glaube, er hat es nicht nur mir zuliebe gesagt, er ist ein sehr nüchterner Rechner auch: "Wissen Sie, bei der Landwirtschaft verstehe ich halt so und so oft gewisse Leute überhaupt nicht, denn dies ist genauso" - hat er eben gemeint -"wie in Bereichen, die einfach sein müssen, daß es sich vielleicht erst im 32. Jahr auszahlt, 31 Jahre einiges dazugelegt zu haben." Ich glaube, es zahlt sich im ersten, im zweiten, im zehnten, im zwanzigsten, im einunddreißigsten und im zweiunddreißig-Jahr aus. Aber wenn ein kommerziell denkender Mensch so argumentiert, dann glaube ich, ist da und dort eine Entwicklung spürbar, auch in der Meinungsbildung, die das Problem, das ich vorhin angesprochen habe, denn doch positiver sieht als noch vor einigen Jahren. Ich möchte auch das registriert haben, und ich möchte auch meinen, daß wir unseren Teil dazu beitragen sollten, daß diese Meinung noch stärker wird. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir haben diesen einen Teil der Gruppe 7 jetzt erledigt, wir kommen zum zweiten Teil "Wirtschaftsförderung". Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Professor Dr. Karl Eichtinger, ich erteile ihm das Wort.

Moment, man hat mir ein falsches Blatt liegen gelassen. Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 7 "Fremdenverkehr". Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Laurich.

Abg. Laurich: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß wir heute so früh das Kapitel Fremdenverkehr behandeln können, ist ein Fortschritt. Erfreulich ist es aber, daß wir zum Unterschied von anderen Sparten unserer heimischen Wirtschaft die abgelaufene Fremdenverkehrssaison wieder als überaus positiv bezeichnen können. Die Steiermark hatte eine sehr gute Wintersaison. Wir hatten einen Ausländernächtigungszugang von 14,3 Prozent, bei Inländern von 5 Prozent, und wir hatten auch im Jahre 1978 eine zufriedenstellende Sommersaison. Es ist dabei sehr interessant, daß die Tendenz einer Nächtigungszunahme bei Beherbergungsbetrieben, einer Verringerung der Nächtigungsziffern bei den Privatbetten, daß diese Tendenz also beibehalten wurde. Unsere Steiermark ist ein immer beliebteres Fremdenverkehrsland, und manche Orte, besonders solche, die einen Zwei-Saisonen-Betrieb haben, liegen in der Steuerkopfquote weit über der Kopfquote von Industriegemeinden. Neben den Förderungen des Landes, die im Voranschlag ausgewiesen sind, haben natürlich auch Zuschüsse des Bundes dazu beigetragen, daß sich unsere Fremdenverkehrswirtschaft so entwikkeln konnte. Wenn vorgestern die Zuschüsse des Bundes von der OVP-Seite ein wenig bagatellisiert wurden, so denke ich an die Zeiten zurück, wo die OVP im Parlament die Mehrheit gehabt hatte und genüßlich bekanntgegeben hat, welche Zuschüsse in die Steiermark kommen.

Meine Damen und Herren! Der Schilling ist rund. er hat kein Mascherl, wir müssen dankbar sein für jeden Schilling, der in die Steiermark kommt und der unserer heimischen Wirtschaft dient. Ich darf darauf verweisen, daß vom 1. Jänner bis zum 30. September dieses Jahres vom Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie insgesamt 649 Anträge mit einem Kreditvolumen von 185 Millionen Schilling und darüber hinaus Zuschüsse in der Höhe von über 12 Millionen Schilling für Antragsteller aus der Steiermark gewährt wurden. Aber, meine Damen und Herren, bei aller Zufriedenheit, übersehen wir nicht, daß es in der Steiermark noch immer Gebiete gibt, ich denke da in erster Linie an den Raum Eisenerz, an die Gebiete der mittleren und unteren Enns, an das Liesing- und Paltental, um nur solche zu nennen, die ich persönlich kenne, darüber hinaus gibt es sicher noch andere Regionen, die über bescheidene Ansätze im Fremdenverkehr nicht hinauskommen. Diese Orte und die Wirtschaft in diesen Orten ist einfach nicht imstande, aus eigener Kraft hier Aktivitäten zu setzen und Voraussetzungen zu schäffen, daß sich der Fremdenverkehr und die Wirtschaft entfalten können. Meine Damen und Herren! Es müßte vielleicht gemeinsam gelingen, daß Mittel und Wege gefunden werden, um solche Regionen aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken und Gemeinden, aber auch private Betriebe hier anzuspornen, mehr für den Fremdenverkehr zu tun.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Wegart! Vorgestern hat die sozialistische Landtagsfraktion neuerlich einen Antrag auf Schaffung eines Fremdenverkehrsgesetzes und eines Fremdenverkehrsförderungsgesetzes eingebracht. Ich sage das bei fast jeder Budgetdebatte, weil ich überzeugt bin, daß wir ein solches Gesetz dringend nötig haben. Die Steiermark ist bekanntlich das einzige Bundesland, das kein Fremdenverkehrsgesetz hat, und wenn Sie, Herr Landeshauptmann, immer wieder Gründe anführen, die gegen ein solches Gesetz sprechen, so frage ich mich, warum die anderen Bundesländer nicht schon längst ihre Gesetze aufgehoben und außer Kraft gesetzt haben. Gerade Sie, Herr Landeshauptmann, wissen durch viele Vorsprachen der Delegierten, von Fremdenverkehrsvereinen, von Bürgermeistern, wie schwer Fremdenverkehrsgemeinden und Vereine für Werbung, Personalkosten, Ortsverschönerung und so weiter die Mittel aufbringen. Herr Landeshauptmann, Sie wissen auch, daß es schwierig ist, die Werbeumlage zu kassieren, besonders von solchen Betrieben, die wohl am Fremdenverkehr mitpartizipieren aber nicht bereit sind, ihren Obulus für Werbung und sonstige Kosten zu leisten. Schon aus diesem Grund wäre ein solches Gesetz von unbedingter Wichtigkeit. Die Gemeinden müssen ihre vermehrten Aufgaben erfüllen, und wenn es einen Entwurf gibt, Herr Landeshauptmann, so bitte ich Sie, uns diesen Entwurf einmal zur Kenntnis zu bringen. Es ist bekannt, daß hier ein Aufteilungsschlüssel vorgesehen sein soll und ich bin überzeugt, daß man auch über den Anteil Land Gemeinden wird reden müssen.

Meine Damen und Herren! Im letzten Bericht des Rechnungshofes vom 29. März dieses Jahres, Seite Nr. 96, Abschnitt K, der uns mit den Unterlagen für diese Budgetverhandlungen übergeben wurde, wird Kritik geübt, daß es in der Steiermark keine allgemeinen Richtlinien für Landesförderungen gibt. Der Rechnungshof, der diese Feststellung schon vor vier Jahren gemacht hat, sieht nur bei Vorhandensein von Richtlinien Gewähr für die gleiche Behandlung der Förderungsfälle. Wir Sozialisten treten daher auch dafür ein, daß in einem Fremdenverkehrsförderungsgesetz diese Richtlinien klar enthalten sein sollen.

Meine Damen und Herren! Im angeführten Rechnungshofbericht sind auch drei steirische Bäder, Hallenbäder, sehr ausführlich behandelt. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, aber doch feststellen, und ich möchte mich da von vorgestern wiederholen, daß es für jeden Träger eines Hallenbades, sei es eine Gemeinde oder eine Betriebsgesellschaft, große Sorgen in der Gebahrung gibt. In den meisten Fällen decken die Einnahmen kaum die Betriebskosten. Von den Mitteln für die Kapitalsrückzahlung und für den Zinsendienst kann überhaupt keine Rede sein.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß wir Hallenbäder unbedingt brauchen. Sie sind für das Schlechtwetterprogramm von Fremdenverkehrsorten einfach unerläßlich. Aber man wird sich Gedanken darüber machen müssen, wie manches Hallenbad trotz beachtlicher Hilfen des Landes überhaupt weitergeführt werden kann.

Herr Abgeordneter Dr. Stepantschitz, Sie haben in Ihrer Rede gesprochen von den Unfallstoten auf den Straßen, und Sie haben, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, in Ihrer Antrittsrede gesagt, wie wichtig die Straßen für den Fremdenverkehr und für die steirische Wirtschaft sind. Und ich möchte jetzt dem zuständigen Referenten, dem Herrn Landesrat Dr. Krainer, ein Beispiel sagen, wie es eigentlich im Straßenbau nicht vorkommen dürfte. Monatelang wurde im vergangenen Jahr bis in den Frühling dieses Jahres hinein an einer Brücke der Bundesstraße 308, also der Ennstalbundesstraße, im Gemeindegebiet Haus im Ennstal gebaut. Es gab eine Umleitung und eine Ampelregelung. Nachdem diese Arbeiten nun abgeschlossen waren, eineinhalb Kilometer Asphaltdecke aufgebracht worden sind, und als man endlich auf der Gastarbeiterroute auf dieser frequentierten Bundesstraße fahren konnte, wurde Mitte Juni - der Bescheid der Bezirkshauptmannschaft wurde am 29. Mai erlassen die erst fertiggestellte Straße wieder aufgerissen, damit in Haus und in Ennsling zwei Viehdurchgänge, die ungefähr eineinhalb Kilometer entfernt durch die Bundesstraße führen oder die Bundesstraße queren, gebaut werden konnten. Die Folge davon war, daß ab 13. Juli - also mitten in der Hochsaison — wieder an zwei Stellen eine Einbahnregelung eingeführt werden mußte, daß es wieder riesige Stauungen auf der Gastarbeiterroute gegeben hat, daß eine erhöhte Unfallsgefahr war und daß nicht zuletzt, meine Damen und Herren, ganz beachtliche Mehrkosten für diesen Bauabschnitt der Straße entstanden sind! (Landesrat Dr. Krainer: "Herr Abgeordneter Laurich, gestatten Sie mir einen Zwischenruf. Ich habe nicht mehr Gelegenheit, mich dazu zu äußern.) Bitte, sehr gern Herr Landesrat! (Landesrat Dr. Krainer: "Warum haben Sie mir das nicht schon damals gesagt? Warum sagen Sie das heute? Sie wollen doch Abhilfe. Warum haben Sie mir das nicht gesagt?") Nein, ich sage das! Sie, Herr Landesrat, bitte, das werden Sie mir überlassen, wann ich das vorbringe! (Landesrat Dr. Krainer: "Sie sind ein Mann, der daran interessiert ist, daß etwas Positives geschieht!") Ja sicher! (Landesrat Dr. Krainer: "Warum haben Sie das nicht gesagt?") Sehr verehrter Herr Landesrat! Bitte, Herr Landesrat, darüber unterhalte ich mich mit Ihnen nachher. Ich sage das klipp und klar, ich lasse mir nicht vorschreiben, wenn ich solche Mißstände aufzeige. Ich hätte es nicht gesagt, wenn nicht Herr Landeshauptmann beziehungsweise Herr Dr. Stepantschitz ausdrücklich auf die Unfallsgefahren auf den Straßen hingewiesen hätten! (Landesrat Dr. Krainer: "Ich hätte etwas Positives für Ihre Region tun können!") Herr Landesrat, ich sage es Ihnen jetzt! Nehmen Sie sich ein Beispiel, wie man das also nicht machen soll. (Abg. Gerhard Heidinger: "Jetzt ist der schuld!" - Landesrat Bammer: "Dort fahren

Regierungsmitglieder auch öfter über die Straße. Sie müssen es auch gesehen haben!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: "Ich war nicht dort!") Ja, bitte, wir haben es auch gemerkt, ich bin überzeugt! Und darüber hinaus, Herr Landesrat, möchte ich fragen, wer die Baukosten zahlt, die dadurch entstanden sind. Das möchte ich noch dazu sagen.

Und nun habe ich mir am Sonntag erst, Herr Landeshauptmann, den Gendarmeriebericht geben lassen über diese Unfälle, die sich dort bei diesen Baumaßnahmen ereignet haben. Zwei schwere Unfälle in Ennsling bei der Ampelanlage, zwei Gastarbeiter sind mit ihren Pkws in die mehrere Meter tiefe Baugrube gestürzt. Es hat fünf Schwerverletzte und drei Leichtverletzte gegeben. Darüber hinaus waren an der gleichen Ampel fünf Auffahrunfälle zu verzeichnen. Herr Landesrat, ich habe Ihnen das nun mitgeteilt (Landesrat Dr. Krainer: "Jetzt!"), Sie können das überprüfen. Ich war auf Urlaub; da ist die Urlaubszeit damals gewesen, weil Ende Juli wieder Landtag war. (Landesrat Dr. Krainer: "Waren Sie von damals bis jetzt auf Urlaub? Sie haben gesagt im Juni, und jetzt im Dezember sagen Sie es!") Nein, nein. (Abg. Gerhard Heidinger: "Sie sind verantwortlich, nicht der Kollege Laurich. Sie suchen den Schuldigen!") Herr Landesrat, nein, nein, Sie haben ja auch Ferien, auch der Landtag hat Ferien gehabt, und ich war überzeugt, daß Ihnen diese Mißstände bekannt waren! Ich bin überzeugt, daß Ihnen diese Mißstände bekannt waren. Da muß ich dazu sagen, diese Mißstände sind sogar in der Presse gewesen. Unsere Bezirkszeitung, Herr Landeshauptmann, "Blick" - Sie lesen das sicher - hat das sehr deutlich aufgezeigt.

Meine Damen und Herren, aber jetzt von der Straße weg (Landesrat Bammer: "Auf die Wiese!") zur weißen Piste. Zum Wochenende ist die Dachstein-Tauern-Region wieder der Austragungsplatz für eine internationale schisportliche Großveranstaltung. Diese Schisportveranstaltung, die dritte Herrenweltcupabfahrt, könnte die Generalprobe für die Weltmeisterschaften 1982 sein. Und Schladming, die Vereine, aber auch die Bevölkerung haben bewiesen, daß sie in der Lage sind, in kürzester Zeit solche Veranstaltungen zu organisieren. Und für die Weltmeisterschaft möchte ich nur eines sagen, sie wird einen Betrag von 100 Millionen Schilling erfordern. 20 Millionen Schilling muß die Region aufbringen, 40 Millionen Schilling hat sich das Land bereiterklärt zu zahlen und 40 Millionen Schilling wird der Bund beischießen, das hat Herr Bundeskanzler Kreisky der steirischen Delegation zugesagt. (Beifall bei der SPO.)

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, die Fremdenverkehrswirtschaft sichert unzählige Arbeitsplätze. Hauptberufliche und ehrenamtliche Mitarbeiter sind unermüdlich für diesen Wirtschaftszweig tätig. Mit dem Dank an diese alle und mit Hilfe der im Voranschlag ausgewiesenen Mittel des Landes und der Zuschüsse des Bundes, wird es wieder möglich sein, daß wir am Ende des nächsten Jahres eine gute Bilanz über den Fremdenverkehr in der Steiermark ziehen können. Die Steiermark kann eine gute Wintersaison erwarten. Unseren

steirischen Sportlern wünsche ich für alle Wettkämpfe dieses Winters Glück und Erfolg! (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Steiermark mit über 16.000 km² Bodenfläche gehört sowohl wirtschaftlich als auch touristisch zu den bedeutendsten österreichischen Bundesländern. Osterreich hat den Ruf eines hervorragenden Fremdenverkehrslandes. Der Fremdenverkehr ist Osterreichs Devisenbringer Nummer eins und ein bedeutender Arbeitsplatzsicherer. Er deckt das Handelsbilanzdefizit weitgehend ab. Für uns Oststeirer ist der Fremdenverkehr eine besondere tragende Säule der Wirtschaft. Die Fremdenverkehrsförderung des Landes Steiermark ist nicht nur mustergültig sondern auch richtungsweisend. Dies wollen wir alle gerne zur Kenntnis nehmen.

Zum Straßenbau selbst muß ich sagen, daß gerade in unserer Region sehr viel geschehen ist. Und ich kann versichern, daß wir Mandatare, wenn wir wirklich irgendwo Unzukömmlichkeiten vorfinden, dies sofort bekanntgeben, damit Abhilfe geschaffen werden kann, damit eben keine Unfälle passieren. Ich glaube, daß ist unsere innigste Verpflichtung. Wir hatten im Fremdenverkehrsjahr 1977/78, das ist vom 1. November 1977 bis zum 31. Dezember 1978, in der Steiermark beinahe 10 Millionen, 9,287.800 Nächtigungen, also um 205.224 Nächtigungen oder 2,3 Prozent mehr. Die Ausländernächtigungen in der Steiermark nehmen ständig zu, jedoch bei den Inländernächtigungen ist eine Zunahme zur Zeit schwer möglich und schwer erreichbar. Doch ohne den Inlandsgast ist ein erfolgreicher Fremdenverkehr nicht möglich, deshalb kümmern wir uns in Zukunft ganz besonders auch wieder um den Inlandsgast. Das ist zwar bei uns immer geschehen! Diese aber doch noch gute Bilanz hat ihre Gründe: die unternehmerische Initiative des Großteils in Form von Familienbetrieben geführten Fremdenverkehrsgewerbes und der Liebreiz der steirischen Landschaft, gestärkt durch die Initiativen der steirischen Fremdenverkehrspolitik. Vor allem konnte sich die Steiermark die Wintersaison erschließen. Das Land Steiermark kann nach dem klassischen Touristenland Tirol auf das zweitgrößte Fremdenverkehrsförderungsbudget Osterreichs verweisen. 1977 kamen der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft rund 120 Förderungsmillionen zugute. Unter anderem durch den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds im Rahmen der Qualitätsprivatbetten-, Bürges-, Urlaubs- und Bauernhofaktionen. Nicht materiell meßbar ist der Fremdenverkehrsförderungswert der im Zuge der modernen Raumordnungs-, Naturschutz- und Landwirtschaftsgesetze getroffenen Maßnahmen, die die heimische Erholungslandschaft erhalten und positiv gestalten helfen. Die schöne Landschaft wird gesichert. Für die entsprechenden Einrichtungen haben in den letzten Jahren die steirische Wirtschaft und die Fremdenverkehrspolitik reichlich gesorgt. Unseren Gästen standen in den rund 150 Fremdenverkehrsgemeinden unseres Landes enorme Fremdenverkehrseinrichtungen zur Verfügung, die wir dringend brauchen. Ob es Schipisten sind, ob es Hallenbäder sind, ob es Schilifte sind, ob es Schlepplifte sind, ob es Einrichtungen für Schlechtwetter sind. Die Fremdenverkehrsinfra- und -suprastruktur sind also sehr gut ausgebaut. Auf diese guten steirischen Angebote wird auch gebührend aufmerksam gemacht durch konsequente Werbung. Das weithin bekanntgewordene grüne Herz Osterreichs ist keine Eintagsfliege, sondern ein Glied in einer langen Kette von Werbemaßnahmen. Der Inlandsgast, er bildet immer noch das Hauptelement der steirischen Gäste, wird genauso umworben, wie der Auslandsgast, wobei es in der letzten Saison bemerkenswerte Gästesteigerungen zum Beispiel aus dem Beneluxraum, aus Schweden und aus den USA gab. Die Beteiligung an Touristikmessen, gezielte Journalisteneinladungen und informative und gut gestaltete Prospekte zählen zum reichen Werberepertoire. Die Schwerpunkte für die Zukunft, damit der steirische Fremdenverkehr auch bei noch stärkerer Konkurrenz seine Position als bedeutender Arbeitsplatzsicherer festigen beziehungsweise ausbauen kann, sind gesetzt. Die Fremdenverkehrsförderung hat zum Ziel, das erreichte hohe Niveau von nahezu zehn Millionen Übernachtungen pro Jahr zu erhalten beziehungsweise nach Möglichkeit noch weiter auszubauen. Da ist davon auszugehen, daß die Steiermark im Sommerfremdenverkehr gegen eine weltweite Konkurrenz bestehen muß. Es gilt daher, die Wettbewerbsfähigkeit der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft und die Infrastruktur der steirischen Fremdenverkehrsgemeinden gezielt weiter zu verbessern, um den immer höher werdenden Ansprüchen der Gäste gerecht werden zu können. Dazu ist die weitere Bereitstellung von günstig geförderten Krediten an die Fremdenverkehrsbetriebe sowie die nachhaltige Förderung der Einrichtung von zusätzlichen Freizeitanlagen in unseren Fremdenverkehrsgemeinden erforderlich. Im Winterfremdenverkehr hat die Steiermark als Alpenland naturgegebene Vorteile, welche es auch weiter zu nützen gilt. Die steirischen Wintersporteinrichtungen müssen daher ständig auf dem technisch modernsten Stand gehalten und die Schipisten vorbildlich gepflegt werden. Zu beachten ist auch, daß dem Schilanglauf immer größer werdende Bedeutung zukommt. Durch umfassende Werbemaßnahmen im In- und Ausland muß der bereits erworbene Ruf der Steiermark als hervorragendes Ferienland noch immer verstärkt werden. Das bereits bestehende ausgewogene Verhältnis zwischen Inländerund Ausländerübernachtungen muß auch weiterhin gewahrt beziehungsweise ausgebaut werden. Fremdenverkehrsgewerbe und Fremdenverkehrsgemeinden der Steiermark sehen daher mit Zuversicht in die Zukunft und werden mit Sicherheit dazu beitragen, daß der Fremdenverkehr auch in den kommenden Jahren einen maßgerechten Beitrag im Rahmen der steirischen Volkswirtschaft leistet. Unsere Fremdenverkehrswirtschaft hat im Vergleich zu ausländischen Urlaubsgebieten mit einer zweifachen Schwierigkeit zu kämpfen. Zum einen ist

Osterreich längst kein billiges Urlaubsland mehr, dies kann es auf Grund der frivolen Besteuerungstaktik der Bundesregierung unter dem Motto "Hinter mir die Sintflut", gar nicht mehr sein. (Abg. Gerhard Heidinger: "Auweh!") Jawohl, auweh Zum Zweiten aber ruht die harte Arbeit im Fremdenverkehr in traditioneller Weise auf den Schultern von Familienbetrieben, kleiner und mittlerer Kategorie. Die Vollpensionen haben angemessene Preise. (Abg. Gerhard Heidinger: "Beim Schreiner kann man noch um 132,— Schilling Vollpension wohnen. Im schönsten Teil von Hartberg!") Der Schreiner hat äußerst günstige Preise, das stimmt. Wir wünschen uns nur eines, daß die Preise in Österreich durch die Herabsetzung der Steuern noch günstiger werden. Eine Tatsache, welche die andere praktizierende Flucht in die Quantität des Angebotes allerdings von vornherein zu verhindern weiß, was längerfristig gesehen der Fremdenverkehrswirtschaft allerdings auch zum Vorteil gereicht. Familienbetriebe können beispielsweise auf Trendverschiebungen oder gar in dringenden Situationen wesentlich flexibler reagieren, wie der Schreiner zum Beispiel am Ring. Wie aber kommt es, daß sich gerade unser Bundesland in beider Hinsicht immer wieder besser aus der Affäre ziehen kann als andere in- und ausländische Fremdenverkehrsgebiete? Wo liegt der Grund für die viel beneidete Konstanz in der Entwicklung des steirischen Fremdenverkehrs? Ich wage die kühne Behauptung, Steiermark vermochte ganz offensichtlich die Voraussetzungen bestmöglichst auszunützen. Allerdings müssen unsere Beherbergungsbetriebe die Verbesserung der äußeren Qualität unter schwersten finanziellen Opfern erkaufen. Immerhin aber kommt die Forderung nach äußerer und innerer Urlaubsqualität der Struktur unserer steirischen Fremdenverkehrswirtschaft geradezu entgegen. So wissen wir, beispielsweise aus ernsthaften Untersuchungen, daß immer mehr Bürger der Bundesrepublik Deutschland, Osterreicher sollten sich hier nicht allzusehr unterscheiden, im Urlaub Behaglichkeit und die Möglichkeit über alles schätzen, aktive und kreative Ferien in einer natürlich gewachsenen Umgebung und Gesellschaft verbringen. Unsere Erfahrungen bestätigten die Meinungsforscher. Wir können allerdings ruhigen Gewissens einen Weg gehen und behaupten, daß die gewünschte Art von Behaglichkeit im Urlaub in anonymen Diskontfremdenverkehrsindustrien nicht geboten werden kann, daß jene Art von Familienanschluß, jene individuelle Betreuung und jene Wertschätzung des Touristen als Gast genau die geforderte Geborgenheit schafft. Steirische Bauern pflegen unsere Landschaft. Der Urlaub auf dem Bauernhof ist heute im gesamten Fremdenverkehr nicht mehr wegzudenken. Die Werbemaßnahmen sind aber auch bedeutsam. Nahezu 35 Prozent der Förderungsmittel gehen direkt oder indirekt in die Werbung. Es wurden 1978 alle Möglichkeiten von billigen Krediten für die Fremdenverkehrswirtschaft ausgeschöpft. Über die laufenden Aktionen über den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds, laufende Aktionen für Fremdenverkehrssonderaktionen, für die steirischen Fremdenverkehrswirtschaften, Komfortzimmeraktionen,

Bürgersonderaktionen, Bundeszinsenzuschußaktionen, Privatbettenaktionen, OAAB-Ersatzaktionen und so weiter wurden im abgelaufenen Jahr 187 Betriebe in einem Gesamtkreditvolumen von 148 Millionen Schilling gefördert. Wenn wir noch das Eigenkapital mit der gleich hohen Summe veranschlagen, so kann man ermessen, was für ein enormer Auftraggeber die steirische Fremdenverkehrswirtschaft auf dem Investitionssektor ist. Hoffentlich stehen diese Kreditaktionen auch 1979 wieder voll zur Verfügung.

Verehrte Damen und Herren! Nicht nur die Übernachtungsziffern geben uns einen Hinweis auf die Entwicklungen des Fremdenverkehrs in unserem Land. Vor allem ist es besonders auch der Tagestourismus. Wir denken an die steirischen Weinbaugebiete auf der einen und die vielen Wintersportorte auf der anderen Seite. Sehr oft sehen wir an Wochenenden Tausende Steirer mit ihren Brettln auf dem Dach ihres Wagens in die Wintersportgebiete fahren. Das gleiche gilt für die zahlreichen Besucher unserer Weinbauregionen. Das Stift Vorau, das Stift Admont, das Stift St. Lambrecht oder Mariazell werden von Hunderttausenden Tagestouristen besucht. Sie sind ebenso ein Teil unseres wirtschaftlichen Erfolges. Damit aber bei Regenwetter Gäste unterhalten und beschäftigt werden können, bedarf es aller möglichen Allwettereinrichtungen. Das sind Mehrzweckhallen, Tischtennis- und Tennishallen, Hobbymöglichkeiten, um nur einige Beispiele zu nennen. Über all dem bleibt jedoch die anerkannte Tatsache, daß diese Erfolge weniger durch eiskalte Kosten-Nutzen-Rechnungen erreicht werden, als vielmehr durch die Grundeinstellung, die nämlich die Industrialisierung des Fremdenverkehrs von vornherein verhindert. Auch die großen und kostspieligen Anstrengungen, die das Bundesland Steiermark unternimmt um die Interessen der Gäste zu befriedigen, denken wir an den Ausbau von Wanderwegen, an den Reitsport, an Sportanlagen aller Art oder auch an die Bereitstellung von Fischwasser, werden nicht auf Grund von Marktanalysen unternommen sondern in erster Linie aus einem natürlichen Gespür für die Wünsche der Gäste. Mit dieser Grundhaltung versteht die Steiermark nicht nur Gäste zu gewinnen sondern auch treue Freunde. Das menschliche Sehnen unserer Mitmenschen nach Kontakten und Gastfreundschaften steht immer im Vordergrund. Ich bin schon am Schluß meiner Ausführungen. Ich darf Sie nur bitten, alles daran zu setzen, daß der Förderung des Fremdenverkehrs auch weiterhin maßgebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß alle Aktionen fortgesetzt werden.

Verbringen auch Sie Ihren Urlaub bei uns in Osterreich und in der Steiermark, denn der Fremdenverkehr ist nach wie vor der Motor der Wirtschaft. Erholung und Gesundheit sollen immer im Vordergrund stehen. Der Fremdenverkehr ist dazu angetan, alle Menschen in unserem Land glücklich leben zu lassen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich in aller gebotenen Kürze noch einige Bemerkungen zum Unterabschnitt Fremdenverkehr innerhalb der Gruppe 7 anbringen.

Nach Ansicht der Fremdenverkehrswirtschaft dürfte diese Wirtschaftssparte in diesem Jahr mit einem blauen Auge davonkommen, wobei wir erfreulicherweise hier sagen dürfen, daß die Steiermark in der Entwicklung etwas günstiger liegt, als der Bundestrend. Ich möchte aber doch sagen, das ist insgesamt gerade noch zufriedenstellend, aber zweifellos kein Grund zur Zufriedenheit und schon gar nicht ein Grund für irgendwelche Jubelgesänge am Fremdenverkehrssektor. Denn wir dürfen nie vergessen - und Kollege Lind hat schon darauf hingewiesen - welch ungeheure, ja fast mächte ich sagen, gefährliche Bedeutung der Fremdenverkehr innerhalb der gesamten österreichischen Volkswirtschaft spielt. Eine kleine, außenhandelsorientierte Volkswirtschaft, ständig passive Handelsbilanz, die Zahlungsbilanz hat Chance auf Ausgleich nur dann, wenn der Fremdenverkehr besonders gut dasteht und sich entwickelt. In den letzten Jahren war dieser Ausgleich durch die Dienstleistungsbilanz (Fremdenverkehr) leider ohnedies nicht mehr möglich. Das heißt, wir haben keinen Grund, sehr zufrieden zu sein. Nun, warum ist das so? Sicher vor allem auch deswegen, weil zum Teil unsere Fremdenverkehrswirtschaft mit dem Ausland einfach nicht mehr konkurrenzfähig ist. Ich nenne nur ein Beispiel. Der Bürger der Deutschen Bundesrepublik, und das ist unser wichtigster Bürger in Dingen Ausländerfremdenverkehr, dieser Bürger der Bundesrepublik lebt derzeit nur in der Schweiz teurer als in Osterreich. In allen anderen Ländern lebt der deutsche Bundesbürger bereits billiger. Die Ursachen sind verschiedentlich, ich will da nicht wieder eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Debatte anstiften. Ich möchte nur feststellen, es ist symptomatisch, daß — und das ist nicht ein billiger Gag - eben sogar unser Bundeskanzler auch sagt, Osterreich ist mir zu teuer für den Fremdenverkehr, ich mach meinen Urlaub auf Mallorca! (Abg. Gerhard Heidinger: "Hat er nicht gesagt!")

Bitte, er selbst hat ja gesagt, bei Ministern soll ein höheres Maß an Kritik angewendet werden und ich würde glauben, daß gerade in solchen Fragen das Verhalten eines Regierungschefs gewissermaßen vorbildlich für alle anderen Osterreicher sein soll oder zumindest zum Maßstab für die anderen Osterreicher genommen werden kann. (Abg. Gerhard Heidinger: "Herr Dr. Dorfer, Sie machen uns eigentlich schlecht. Sie reden von überhöhten Kosten. Wissen Sie, daß man in der Oststeiermark noch immer um 132.— Schilling Vollpension in einem Komfortzimmer wohnen kann?") Ja, aber lieber Kollege! Sie reden von Preisen, nicht von Gewinnen, die auch notwendig wären, gerade auch für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft. Ich werde darauf noch zurückkommen! (Abg. Gerhard Heidinger: "Sie reden von Kosten, die man sich nicht mehr leisten kann!") Das sind eben kleine Familienbetriebe, wo man um Gottes Lohn arbeitet, das muß ich auch dazusagen, Herr Kollege Heidinger! Sie würden um diesen Stundenlohn nicht eine Stunde arbeiten, wie es jene oststeirischen Wirte tun, die Sie hier meinen! (Abg. Gerhard Heidinger: "Sie vertreiben die Leute aus der Steiermark. Schlechtmacher!") Daß die Belastungslawinen schlechthin zur Aushungerung der Betriebe geführt haben, das haben ja auch schon meine Vorredner — vor allem Kollege Lind — erwähnt. (Abg. Gerhard Heidinger: "Dem Kreisky macht er einen Vorwurf!")

Meine Damen und Herren! Es ist einfach ein Widerspruch (Abg. Gerhard Heidinger: "Sie sind ein Widerspruch in sich!"), den wir aufzeigen, aber leider hier nicht beseitigen können, daß in Osterreich oder in der österreichischen Volkswirtschaft der Fremdenverkehr eine Bedeutung spielt wie in keiner anderen Volkswirtschaft der ganzen Welt ausgenommen natürlich San Marino oder Monaco. in solch kleinen exotischen Staaten - daß es aber ein Widerspruch ist, daß bei dieser Bedeutung der österreichische Fremdenverkehr die höchste Belastung gegenüber allen Fremdenverkehrssparten in den anderen Volkswirtschaften hat - wir haben etwa 30 Abgaben und Steuern am Fremdenverkehr liegen. Es ist ein weiterer Widerspruch, daß die Verschuldung der Fremdenverkehrswirtschaft die höchste innerhalb der Wirtschaftssparten in Osterreich ist. Wenn man jetzt die Bedeutung hernimmt, die Verschuldung und die Belastung, so sind das eben Widersprüche, die fast nicht gemeistert werden können. Es sind die Folgen für die Wirtschaft daher durchaus bedenklich. Wenn wir in den letzten Jahren mehr und mehr und vor allem auch heuer feststellen müssen, daß der Urlaub oder die Urlaubsziele der Osterreicher in Übersee ständig zunehmen, voriges Jahr wurden auf diese Weise 34 Milliarden Schilling ins Ausland getragen, heuer werden es annähernd oder fast an die 40 Milliarden Schilling sein, das sind sehr, sehr gefährliche Entwicklungen. Und der Urlaub, wie gesagt, in Osterreich wird immer teurer, die Folge davon zusätzlich ist, daß die Gäste sparen bei den Extras, bei den Getränken, dort, wo die Fremdenverkehrswirtschaft noch etwas verdienen könnte. Immer mehr nimmt man nur Zimmer mit Frühstück, immer mehr kauft man das Essen beim Kaufmann (Abg. Gerhard Heidinger: "Er lebt ja auch davon!") und nimmt es dann im Zimmer oder auf einem Spaziergang zu sich. An sich nichts dagegen einzuwenden, nur drückt das alles die Gewinnsituation der Betriebé, um wieder investieren beziehungsweise qualitative Rationalisierungsinvestitionen machen zu können und der Urlaub in Osterreich wird eben immer teurer. Daher bitte, Hohes Haus, nützt es uns gar nichts, wenn wir hier nur von Nächtigungsziffern reden, nur von quantitativer Optik. Wesentlich ist der Ertrag für die Betriebe, und diesen Ertrag gibt es in unserer Fremdenverkehrswirtschaft praktisch nur mehr dadurch, daß unsere Fremdenverkehrsbetriebe fast ausschließlich Familienbetriebe sind und in diesen Familien es keine 40-Stunden-Woche gibt, ja, sehr oft man 70 und 80 Stunden pro Woche arbeiten muß, um noch einigermaßen über die Runden zu kommen.

Nun, die Entwicklungstendenzen, das hat schon Kollege Lind auch aufgezeigt, sind, daß der Sommerfremdenverkehr jedes Jahr immer wieder ein wenig stagniert, aber der Fremdenverkehr im Winter zunimmt, was zum Teil sicher mit der Energiewoche, der Gewöhnung der Menschen an die Energiewoche, zusammenhängt. Wir Osterreicher werden immer mehr ein Volk von Schifahrern. Der Winterurlaub, so sagen uns die Ärzte, sei auch erholsamer als der Sommerurlaub. Bedenklich in diesem Zusammenhang ist allerdings, daß die Zahl der Fremdenbetten nach wie vor im Steigen ist, dadurch die Auslastung der Fremdenbetten immer geringer wird — in der Steiermark etwa zwischen 25 und 30 Prozent liegt — was insgesamt eben wieder eine geringere Rendite ergibt. Wesentlich muß sein, Qualitätsverbesserung und noch einmal Qualitätsverbesserung im weitesten Sinn des Wortes. Es haben hier meine Vorredner Laurich und Lind schon im Detail darauf hingewiesen. Und ich möchte in dem Zusammenhang nur eines nennen, das Privatzimmervermietungsgesetz. Es ist einfach ein Gebot der Stunde, das brauchen wir im Zusammenhang mit der erforderlichen Qualitätsverbesserung.

Meine Damen und Herren! Nun, was soll man zu den Ansätzen Fremdenverkehrsförderung im vorliegenden Budgetentwurf für 1979 sagen? Ich würde glauben, daß man sagen kann, na ja, das ist im Rahmen des Budgetnotwendigen, was uns hier vorgegeben wurde. Ich kann nur hoffen, daß die Gefahr gemindert wird, daß die Antragsteller auf Wirtschafts- oder Fremdenverkehrsförderung in diesem Fall nicht noch länger auf eine positive Erledigung warten müssen. Jedenfalls können wir schwer die Situation kritisieren, weil wir wissen, in welcher Situation auch die Budgetsituation des Landes sich befindet. Zur Werbung möchte ich nur die Anmerkung machen, daß wir sicherlich weiter Imagewerbung machen müssen, aber mehr und mehr auch Verkaufswerbung. Ich glaube, daß der Verkaufsprospekt der Handelskammer "Sagenumworbene Steiermark" in diesem Zusammenhang ein durchaus erfreuliches Signal ist. Abschließend, meine Damen und Herren, soll bei dieser Debatte heute folgendes nicht unerwähnt bleiben, nämlich die Idee einiger Bundesregierungsstellen, daß Osterreich am Plattensee in Ungarn Hotelbauten finanziert in einem Ausmaß von über 300 Millionen Dollar. Ich kann nur hoffen, daß diese Idee endgültig vergessen wird. Denn hier müßte man wirkliche sagen: "Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihre Metzger selber." Und zu denen wollen . wir wahrlich nicht gehören. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimmler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie meine Vorredner möchte auch ich feststellen, daß der Fremdenverkehr in der Steiermark einen nicht mehr wegzudenkenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Die Angaben, die Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart am Landesfremdenverkehrs-

tag gemacht hat, sprechen ja wirklich eine deutliche Sprache. Über 9 Millionen Nächtigungen im letzten Berichtsjahr bei einer Steigerung von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr stellen natürlich eine beachtliche Leistung der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft dar und es heißt etwas, wenn der Winterfremdenverkehr zum Beispiel in der Steiermark mit Salzburg und Tirol gleichziehen konnte. Als Abgeordneter des Bezirkes Liezen darf ich mit Freude ergänzen, daß von diesen genannten Nächtigungen nicht ganz die Hälfte auf den Bezirk Liezen entfallen, und daß die bedeutenden Fremdenverkehrsorte dieses Bezirkes auch im Jahre 1977 eine Steigerung der Nächtigungszahl erfahrten konnten. Wenn im Sommer da und dort der Fremdenverkehr nachgelassen hat, dann war es, wie ich glaube, nicht die Lkw-Blockade, sondern eher das schlechte Wetter. An der Spitze steht Ramsau am Dachstein mit über 800.000 Nächtigungen und es besteht kein Zweifel, meine Damen und Herren, daß diese Erfolge der Ausdruck und das Ergebnis des Fleißes und des Wagemutes der Bevölkerung in diesem Gebiet sind. Es ist richtig, daß dieses erfolgreiche Streben von der öffentlichen Hand, in diesem Fall über Landeshauptmannstellvertreter Wegart, auch eine entsprechende Unterstützung und Förderung erfahren hat, und wir hoffen und erwarten, daß diese Förderungen und Unterstützungen auch in der Zukunft beibehalten bleiben. Es war auf diese Weise möglich, den Besuch der Inländer, wie wir schon gehört haben, auf 55 Prozent, also auf einen Stand zu bringen, von dem Herr Landeshauptmann Wegart gemeint hat, daß er nicht mehr besonders erhöht werden kann, daß aber, Gott sei Dank, bei den ausländischen Gästen immer noch eine Zunahme zu erreichen ist. Wie Kollege Dr. Dorfer hingewiesen hat, geht es aber hier besonders um die Erhaltung oder Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit, und ich glaube, daß wir damit einen Zustand er-. reicht haben, der eine Vermehrung der Bettenkapazität nicht mehr recht zweckmäßig erscheinen läßt. Es wurde auch am Fremdenverkehrstag, glaube ich, hingewiesen, daß es auf eine Verbesserung des vorhandenen Angebotes ankommt. Diesem Ziel, meine Damen und Herren, dienen die sogenannte Komfortzimmerbettenaktion, Komfortzimmerförderungsaktion, Verzeihung, und die Privatbettenaktion. Während die Komfortzimmeraktion ausschließlich für gewerbliche Betriebe gilt, ist die Privatbettenaktion, wie der Name eben schon sagt, nur für Private bestimmt. Der Unterschied liegt außer in der Höhe der Förderung im wesentlichen darin, daß die Privatbettenaktion nur die Grundausstattung, das heißt, Warm- und Kaltfließwasser im Zimmer, Dusche, Bad und WC aber im Stockwerk vorschreibt, während die Komfortzimmeraktion die Ausstattung jedes zu fördernden Gästezimmers mit Fließwasser, warm und kalt, Dusche und WC im Zimmer verlangt. Diese Art der Förderung kommt nicht in allen Fällen zum Tragen, deswegen, weil in Altbauten besonders die Installierung der WC-Anlagen in den Zimmern oft Schwierigkeiten bereitet oder verhältnismäßig hohe Kosten verursacht, so daß davon nicht Gebrauch gemacht werden kann. Da in solchen Fällen aber die Begünstigung der Privatbettenaktion auch nicht in Anspruch genommen werden kann, wäre es meiner Meinung nach richtig, in diese Bettenaktion auch die gewerblichen Betriebe miteinzubeziehen und daraus vielleicht eine allgemeine Gästezimmeraktion zu machen. Vielleicht, meine Damen und Herren, wäre es auch angebracht, den Gemeinden, die die Förderung ja zu einem Viertel mitfinanzieren müssen, zu empfehlen, die Vermietung der geförderten Betten anhand der Fremdenverkehrsabgabe auch zu überwachen. Ich darf Herrn Landeshauptmannstellvertreter bitten, diese Betrachtungen in seine Überlegungen miteinzubeziehen. Ich möchte ausdrücklich aber betonen, daß diese Privatbettenaktion wesentlich zur Verbesserung der Fremdenverkehrsgesinnung beiträgt und gerade in unseren Gegenden der Landwirtschaft hilft, ihre Einkommenssituation zu verbessern.

Zum Thema Fremdenverkehr möchte ich noch kurz auf die Regionalförderung für das Gebiet Donnersbachwald zu sprechen kommen, das sich auf die Riesneralm, die Planneralm und die Prennalm bezieht. Veranlaßt hat mich dazu ein Artikel der Tagespost vom 20. Oktober 1978 mit der Überschrift "Noch attraktiver in die Saison, Riesneralm bei Donnersbachwald, als einmalige Attraktion für Wintersportler". So im Artikel zu lesen, führt die Riesneralm-Bergbahnen-Gesellschaft heuer erstmals ab Stainach einen Sonderomnibus ein, der täglich ab Postamt Stainach die sportausübenden Gäste gratis nach Donnersbachwald und wieder nach Stainach befördern wird. Soweit die Zeitungsmeldung. Es ist verständlich, meine Damen und Herren, daß ein solches Vorgehen sicher Freude bei den Schifahrern, aber Unmut bei den anderen Unternehmen hervorruft und natürlich der Vorwurf erhoben wird, daß mit öffentlichen Geldern ungesunde Konkurrenzverhältnisse geschaffen werden. Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat mir zwar mitgeteilt, daß die Riesneralmbergbahnen bereits angewiesen worden sind, von diesen Serviceleistungen Abstand zu nehmen, aber vielleicht könnte dennoch überprüft werden, ob nicht durch die Beteiligung des Landes an den Riesneralmbergbahnen die Regionalförderungen für dieses Gebiet einseitig verzerrt und daher ein gerechter Ausgleich geschaffen werden müßte. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen jetzt die Sitzung bis 14.30 Uhr. (Unterbrechung von 13 bis 14.30 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und beschließen nun den zweiten Teil der Gruppe 7 mit dem Schlußwort des Referenten, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Wegart.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident! Hohes Haus! verehrte Damen und Herren!

Es ist jetzt genau 14.35 Uhr. Prominente Mediziner haben mir einmal gesagt, das sei die schlechteste Zeit in der menschlichen Leistungskurve, da

sei sie nämlich ganz unten und parterre. Ich will Ihnen den Nachweis liefern, daß dies für den Fremdenverkehr nicht gilt, sondern daß die Leistungskurve super ist. (Abg. Ing. Turek: "Wir sind gespannt!") Wie? (Abg. Ing. Turek: "Vielleicht gilt es für den Referenten!") Ein Jahrgang 18 ist nicht umzubringen (Abg. Ing. Turek: "Vielleicht als Weinmarke!"), daß Sie das gleich einmal wissen! Mein Lieber, bist ja ein weißer Jahrgang, kommst ja mit mir nicht mit!

Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, heute vor dem Hohen Haus über den steirischen Fremdenverkehr zu referieren, aber ich muß mit einigen Vorbemerkungen beginnen.

Meine Damen und Herren! Wer gestern und heute unsere steirischen Medien gelesen oder gehört hat, der hat vernommen ein gewisses Maß an Enttäuschung bei den Medien, die es gerne hätten, wenn wir — so wie weit hinten in der Türkei aufeinander einschlagen würden. Und eine Zeitung wußte sogar zu sagen, daß das eine fade Angelegenheit sei. (Abg. Ing. Turek: "Der Peltzmann kommt erst!") Nun glaube ich, würden wir aber aufeinander einschlagen, dann würden dieselben Zeitungen schreiben, die Abgeordneten sind sich ihrer Verantwortung nicht bewußt (Abg. Zinkanell: "Sehr richtig!"), sie machen eine Hetze aus dieser Tribüne. Also wir wissen, in welcher Situation wir immer uns befinden, wir werden in der Frage unter Umständen schiefliegen. Ich würde aber persönlich sagen, gehen wir konsequent den Weg, der in mir ein Gesetz auslöst, daß ich sechs Jahre erlebt habe. Wir sind dann, wenn es etwas kritischer, wenn es etwas problematischer wurde - mit einem Wort, wenn der Wind schärfer wehte —, dann haben wir einem Naturgesetz folgend etwas befolgt, wir sind ein wenig zusammengerückt, und ich finde, diese Vorgangsweise auch angesichts der ganzen Entwicklung richtig, und die Diskussion der letzten drei Tage hat uns das sehr deutlich gezeigt. Wir sind auf diesem Weg, das können wir ruhig zugeben, da mag die eine Seite berichten, was in Wien schön und groß und angenehm geschehen sei, da mag die andere Seite berichten, was wir selber zustande gebracht haben. In Wahrheit müssen wir uns eingestehen, daß eine tiefgreifende Wende im Gange ist. Ein Prozeß, der nicht mit einem Datum im Zusammenhang steht, sondern wir merken es, und wir merken es an der Stimmung der Bevölkerung, ja ich würde nahezu sagen, es ist der berühmte sechste Sinn, den unsere Menschen in diesem Lande spüren, daß da etwas in Anderung begriffen ist. Und alle, die im Lande - und es sind Hunderttausende von Menschen, die uns durch die Medien zuhören — aufmerksam das Geschehen verfolgen, wollen wissen, was die Verantwortlichen in diesem Lande sagen und wohin die Reise geht. Sie wollen auch wissen, wissen sie die Kompaßnadel richtig einzustellen? Sind sie sich ihrer Verantwortung bewußt? Und ich komme immer wieder auf mein Lieblingswort zurück und sage, auch dieser Landtag ist im selben Boot, nur jeder an einem anderen Ruder! Wichtig ist nur eines, daß der Kurs stimmt. Und der Kurs, den dieses Hohe Haus mit seiner Regierung zu bestimmen hat, ist der Kurs für die steirische Bevölkerung. Ist der Kurs für dieses Land, für die nächsten Jahre und wenn es geht, auch darüber hinaus. Wir sollten nicht nur unsere Verantwortung an den Kategorien von Wahlterminen messen, sondern auch unsere Verantwortung messen an den Kategorien, die für die nächste Generation gelten. Kein geringerer als Winston Churchill hat es einmal gesagt, denn dann wird erst Politik Politik und das, was wir aus der Gesamtverantwortung verstehen und der wir ein- und untergeordnet sind. Ich wollte das sehr bewußt an die Spitze stellen, weil ich glaube, wir sollten uns nicht den Kopf darüber zerbrechen, ob nun die Diskussion dieser Tage auf Konfrontation, ob sie auf Konsens gerichtet ist, warum sind die einen etwas leiser. warum sind die anderen etwas ruhiger, sondern wir sollten uns eigentlich danach orientieren, daß wir alle gemeinsam spüren, wir tragen Verantwortung für dieses Land, und dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden. Das ist die Philosophie, die ich auch aus diesen Tagen als aufmerksamer Zuhörer der Diskussion ablese.

Und nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich zu der Aufgabenstellung komme, die mir hier im Zusammenhang mit einem Referat gestellt ist.

Ich möchte einmal zunächst den Abgeordneten danken, die heute zum Fremdenverkehr Stellung genommen haben. Bemerkenswert, was der Abgeordnete Laurich, was der Abgeordnete Lind, was der Abgeordnete Dr. Dorfer und der Abgeordnete Wimmler gesagt haben. Auch aus ihrer Optik und auch aus ihren Überlegungen. Und ich möchte auch daher in aller Form einmal zuerst dazu Stellung nehmen, was in diesen einzelnen Diskussionsbeiträgen gesagt wurde.

Herr Abgeordneter Laurich, ich möchte einmal folgendes sagen zur Frage der Hallenbäder. Sie haben sehr zu Recht die Frage angeschnitten, es haben Gemeinden Hallenbäder gebaut, und nun tragen sie so enorme Folgekosten, die uns zu schaffen machen. Ich habe allerdings dieselben Bürgermeister gefragt, gleichgültig ob sie in Mariazell, in Hartberg, in Feldbach, in der Ramsau, in Schladming - um nur Beispiele zu nennen (Abg. Ritzinger: "Murau!") — Murau, danke für diesen Hilfsdienst! --, so darf ich also sagen, meine Frage hat gelautet: "Was wäre es oder könnten Sie sich vorstellen, daß Sie dieses Hallenbad nicht hätten?" Dann sagen sie alle ebenso aus der Pistole geschossen, das wäre undenkbar (Abg. Laurich: "Habe ich auch gesagt!") Das heißt, wenn man sich an ein solches Projekt heranwagt, dann ist es einfach ein Projekt, das ich mit dem Faktor der Umwegrentabilität beschreiben möchte. Die Umwegrentabilität, die einfach dazu da ist. Wir können Wettbewerb und Konkurrenz nicht halten, wenn wir nicht auch auf dem Gebiet in der Infrastruktur des Fremdenverkehrs mit unseren Konkurrenten im Inland aber auch in aller Welt gleichziehen. Und daher sage ich auch, ich bin da ein gebranntes und ein geprüftes Kind, bekenne ich mich zu dieser Aktion und zu diesen Investitionen, weil sie uns helfen, auch das Niveau im Angebot des steirischen Tourismus so entscheidend zu heben.

Die zweite Frage, die Sie angeschnitten haben, die mich interessiert hat, war die Frage des Fremdenverkehrsgesetzes. Ich bitte, mir ist dazu in dieser Diskussion der letzten Zeit folgendes aufgefallen:

Es hat eine Gruppe gegeben, die umschreibe ich mit dem Begriff der Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in der Sektion Fremdenverkehr, die sich zuerst sehr erwärmt haben für dieses Fremdenverkehrsgesetz. Als wir ihnen die Konsequenzen des Fremdenverkehrsgesetzes gesagt haben und die Konsequenz dieses Gesetzes ist, das muß ganz klar gesagt werden, die Einführung oder die Einhebung einer neuen Steuer. Das ist die Konsequenz, alles andere ist nicht zielführend, da würden wir aneinander vorbeireden oder wir würden zueinander unaufrichtig sein. Und das ist für mich das Motiv, daß ich in dieser Frage auf Sparflamme arbeite. Weil ich sage, und ich komme dazu heute ganz bewußt, weil dem kann ich nicht ausweichen — weil der Generalredner Ihrer Partei mich auch dazu angesprochen hat und dazu nehme ich Stellung, zur Frage der Steuerbelastung in diesem Lande überhaupt. Und damit bin ich bereits bei der Frage, die nicht mich allein bewegt, sondern sie bewegt die österreichische Bevölkerung. Und dazu lassen Sie mich, meine Damen und Herren. doch eine sehr wichtige Bemerkung machen!

Die Steuerbelastung für unsere Bevölkerung hat ein sehr beträchtliches Niveau erreicht. Heute können wir sagen, daß jedem Osterreicher, wenn er 100,- Schilling verdient, im Jahre 1978 40,- bis 50,— Schilling direkt oder indirekt weggesteuert werden. Es gibt Berechnungen, die sagen, wenn diese Tendenz anhält, dann werden wir etwa um die Mitte der achtziger Jahre die 50-Prozent-Marke erreicht haben. (Abg. Gerhard Heidinger: "Stimmt nicht!" — Abg. Lackner: "Stimmt!") Das heißt, dann werden von 100,— Schilling 50,— Schilling weggesteuert werden. Dann könnte es durchaus passieren, daß viele, die davon betroffen sind, zu ihren Chefs gehen und sagen, wenn sie den Gehalts- und Lohnstreifen sehen, lieber Herr Chef, zahlen sie mir lieber die Abzüge aus und behalten sie sich den-Nettobezug. Es könnte durchaus sein. Es ist vielleicht das ein Gag, aber ich sage gleich, der Gag hat einen sehr bitteren Beigeschmack. (Abg. Hammer: "Sich lieber die Abzüge auszahlen lassen anstatt des Verdienstes, das stimmt nicht!" — Abg. Ing. Stoisser: "Es könnte sein, hat er gesagt!") Wenn ich zur Steuerbelastung noch ein Wort sage. dann möchte ich dazu noch sagen, ich habe hier eine sehr hübsche Zeitschrift. Es ist die "Zukunft". Das macht nichts, auch das muß man dulden, auch das gehört zur Gewohnheit des Landtages, daß es Zwischengespräche gibt, ich werde mich ja an ihnen beteiligen. Nun, meine Damen und Herren, darf ich folgendes sagen. In der "Zukunft" ist ein Artikel, ich gebe aber zu, daß es ein Gastartikel ist, das muß ich fairerweise sagen. Hier wird in einem Absatz, den ich bewußt zitiere, gesagt: "Geht man von der Gleichsetzung Staatsquote, Anteil der öffentlichen Ausgaben am nominellen Bruttonationalprodukt aus, so verzeichnet Osterreich einen

traurigen Rekord. Nach einer Analyse von Georg Lehner des Bundesvoranschlages 1977 im Monatsbericht des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung 11/1976, stieg die Ausgabenquote, ich wiederhole die Ausgabenquote von 38,8 Prozent im Jahre 1960 auf 44,1 Prozent im Jahr 1970 und erreichte schließlich 1976 bereits 51,4 Prozent. Meine Damen und Herren! Ich wiederhole, die Ausgabenquote des Bundeshaushaltes hat 1976 51,4 Prozent erreicht. Es ist daher begreiflich, daß viele un-Landsleute und unserer Bürger sagen. da ist die Hochwassermarke erreicht. Wundern Sie sich daher und deshalb gehe ich, Herr Abgeordneter Heidinger — (Abg. Loidl: "Er ist hinausgegangen!") Nein, macht nichts. Er mußte einer menschlichen Regung nachgehen, auch das müssen wir respektieren. (Abg. Loidl: "Er holt die Zahlen. Er sucht die richtigen Zahlen von der Steuerbelastung, die Sie falsch gesagt haben!") Die kann er nur mehr beim Versatzamt bekommen, die wirklich nicht mehr. Daher darf ich also eines sagen: Wenn man weiß, daß die Staatsquote, daß die Ausgabenquote die 50-Prozent-Marke erreicht hat, dann darf sich niemand wundern, daß dann das Wort, dieses sehr unangenehme Wort der Steuerverdrossenheit und der Staatsverdrossenheit Realität wird. Aber damit mir niemand etwas unterstellt, ich sei gegen die Leistung von Steuern. Selbstverständlich, wir bekennen uns dazu, Steuerleistung ja, aber nicht eine Steuersituation, die den Leistungswillen unserer Bevölkerung einfach in Frage stellt und die einfach dann das bewirkt, worunter unser Land leidet. Denn darüber müssen wir uns im klaren sein, da fängt dann die Bevölkerung zu murren an, und wir sollten uns nicht wundern, alle Verantwortlichen, wenn diese Rechnung in diesem Zusammenhang nicht mehr aufgeht. Das muß einfach eindeutig klargestellt werden. Wenn jetzt, Herr Abgeordneter Laurich, etwa bei der Lkw-Blockade, die selbstverständlich aus der Beurteilung dieser Interessen stattfand, gesagt hat, das hat den Fremdenverkehr geschädigt, so habe ich das mit großem Schmunzeln vernommen. Dem steirischen Femdenverkehr, das darf ich Ihnen ausdrücklich sagen, hat die Lkw-Blockade überhaupt nicht geschadet, sondern, wenn sie jemandem geschadet haben sollte, dann könnte es sein vielleicht Jugoslawien oder Italien, aber das ist nicht mein Verantwortungsbereich. Aber ich kann Ihnen nur eines wieder sagen, das ist das erste Aufbäumen, und ich erinnere an üble Beispiele in Dänemark und in Frankreich, wo eine Steuerantibewegung entstanden ist, die zum Teil die demokratische Auseinandersetzung einer Republik in diesen Ländern in Frage gestellt hat. (Abg. Ileschitz: "In Dänemark auch. Dort wollen sie überhaupt keine zahlen!" -Abg. Koiner: "Hat er gesagt!") Lassen wir das, das wünschen wir uns nicht, und wir sollten uns keiner Illusion hingeben und glauben, daß der Staatsbürger sozusagen belastungsfähig sei ad infinitum. Alles erreicht seine Grenzen. Lieber Freund Ileschitz, wir beide bewegen uns sehr oft in Betrieben, hören wir nicht, was die Leute uns dort sagen, wo sie sagen, es wird ja uninteressant eine Überstunde zu machen, es wird ja uninteressant

mehr zu leisten, denn da ist ja der Hauptanteil. (Abg. Premsberger: "Es gibt heute schon fast keine Uberstunden mehr!" — Abg. Ileschitz: "Es kommt darauf an, wie man spricht!") In die Lage müssen wir uns versetzen. Ich sage nur, wir sollten uns nicht wundern, wenn eine solche Gesinnung und eine solche Situation entsteht. Daher ist es gar keine Frage, Steuern ja, aber in zumutbarer Höhe und in keiner anderen. Meine Damen und Herren! Das wollte ich zu dem sagen, Herr Abgeordneter Laurich, was Sie also in der Frage des Fremdenverkehrsgesetzes gesagt haben und in der dritten Frage, nämlich der Frage, es gibt Regionen, in denen der Fremdenverkehr noch etwas angetaucht werden muß. Sicher, ich kann nur eines sagen, da antworte ich Ihnen mit einer Erkenntnis und mit einer Lebenserfahrung. Wir könnten in manche Gebiete oder in jedes Gebiet rucksackweise Geld hinbringen, wenn die nicht wollen, wird nichts daraus. Die Initiative aller dieser Dinge muß dort ausgehen und kann nicht vom Land ausgehen. Wenn die wollen, haben wir gewonnen, wenn die nicht wollen, ist alles für die Katze. Das ist einfach meine Erfahrung, die ich in diesem Zusammenhang gesammelt habe. (Abg. Laurich: "Richtig!" - Abg. Brandl: "Richtig!") Ich kann also nur sagen, die die glauben, sie wollen mitarbeiten, müssen sich selbst rühren und wenn sie sich rühren, wird ihnen alles andere sozusagen von Gott und den anderen gegeben werden. Der Herr Abgeordnete Lind hat in einem sehr eindrucksvollen Überblick die Probleme des steirischen aber vor allem auch die Probleme des oststeirischen Fremdenverkehrs angerissen. Es ging noch vor einer Generation ein grausames Wort um: die vergessene Oststeiermark. Heute ist die Oststeiermark im Fremdenverkehr markant in der Landkarte sichtbar, sie hat die 2-Millionen-Übernachtungsgrenze überschritten und sie bewegt sich auf die dritte Million zu. Ich würde sagen, sie ist die zweite tragende Säule des steirischen Fremdenverkehrs geworden. Ein Erfolg, auf den wir mit Genugtuung und mit Stolz verweisen. Wenn nun der Abgeordnete Dr. Dorfer nicht zu Unrecht auch einige Fragen angeschnitten hat, dann würde ich noch das, was er gesagt hat, in einer Form unterstreichen. Meine Damen und Herren! Wir haben im Jahre 1977 an Devisen durch den Ausländerfremdenverkehr die bedeutsame Summe von 64 Milliarden Schilling in das Land gebracht, wobei hinzugefügt werden muß, daß der österreichische Fremdenverkehr und niemand anderer der größte Devisenbringer des Landes ist. Aber, meine Damen und Herren, 34 Milliarden Schilling hat die österreichische Bevölkerung im Jahre 1977 für Auslandsurlaube verbraucht. (Abg. Loidl: "Weil es uns so schlecht geht!") Ich stehe hier nicht an festzustellen. ich bin ein Anhänger der freien Reise, Grenzen auf, Vorhänge auf, Menschen sollen hinfahren wohin sie wollen (Abg. Dr. Maitz: "Auch nach Mallorca!") und sollen kommen von wo-sie wollen. Aber langsam frage ich mich, ob wir wirklich so reich und wohlhabend sind, daß wir uns eine so große Summe leisten können. Daher spielen die Vorbilder in dieser Frage auch eine sehr wichtige Rolle. Wenn man die Tugenden oben verdirbt, dann darf sich

niemand wundern, daß sich unten niemand mehr daran hält. (Beifall bei der OVP.) Auch das gilt in diesem Zusammenhang ganz eindeutig. (Abg. Loidl: "Ich muß schauen, wohin sie fahren!") Nun, Herr Abgeordneter Dr. Wimmler, eine Frage, auf die ich besonders eingehe, das ist die Frage der Riesneralm, und dazu möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung machen. Das Land hat sich an einer Reihe von Gesellschaften, sprich Planei, Reiteralm, Loser, Bad Aussee, Riesneralm — (Abg. Laurich: "Hochwurzen!") Warte, ich bin noch nicht fertig, wer wird denn so ungeduldig sein? Ich höre, daß Sie ein so guter Lehrer sind. Aber ein Lehrer muß Geduld haben. (Abg. Laurich: "Genau!") — Hochwurzen, Turracher Höhe, Loipersdorf, um nur einige Beispiele zu nennen, beteiligt. Was haben wir damit bezweckt? Einen Beitrag zur Strukturverbesserung und jetzt plaudere ich aus der Schule, wir haben nicht einmal in unserem eigenen Klub über diese Vorgangsweise Übereinstimmung, weil es nicht zuletzt Kollegen gibt, die unter einem Druck stehen und sagen alles wird verländert, oder wenn Sie wollen, verstaatlicht. Ich darf aber nur dazu sagen, nicht wir sind in diese Gebiete gegangen und haben gesagt, wir wollen uns daran beteiligen, sondern die Gebiete oder die Vertreter sind zu uns gekommen und haben gesagt, helft uns. (Abg. Wimmler: "Das ist richtig!") Und das ist der Beitrag zur Strukturverbesserung. Und nun müssen wir aber eines auch sagen und darüber lasse ich gar keinen Zweifel! Diese Strukturverbesserung darf aber nicht etwa in eine Situation führen, wo die Wettbewerbsverzerrung eintritt, daß man sagt, der wird ja ohnehin vom Land gestützt und der Private auf der anderen Seite wird in die Ecke gedrängt. Wenn, gleiche Startbedingungen, gleiche Vorteile! Wir sind daher eingeschritten und haben dafür gesorgt, daß dieser Unfug - und ich bezeichne ihn ganz bewußt als einen Unfug - der Riesneralm-Bergbahnengesellschaft (Abg. Wimmler: "Das war es!") einen solchen Vorgang in der Form zu wählen, aus der Welt geschafft wird; das darf ich also auch sagen! Weil das wäre gerade das Verkehrteste, dann könnte mit Recht das eintreten, was mir einer gesagt hat: Sie können von mir viel verlangen, aber eines nicht, daß ich mit meinem eigenen Steuergeld konkurrenziert werde! (Abg. Wimmler: "Das habe ich gesagt!") Das muß auch gesagt werden, das wird aus der Welt geschafft. Karl Lackner, du hast mich ja damit grauslich dressiert und jetzt Wimmler dazu, das wird bereinigt oder ist schon bereinigt! (Abg. Lackner: "Wir danken!")

Das waren die Beiträge, meine Damen und Herren, die heute zur Diskussion gesagt wurden. Und nun in aller Kürze ein paar Worte, denn der Herr Landeshauptmann wird schon kritisch, weil ich etwas länger bin und daher darf ich also jetzt zum Fremdenverkehr ein paar Worte noch sagen.

Meine Damen und Herren, der steirische Fremdenverkehr hat sich gut entwickelt. Ich glaube, ich kann eines sagen, in Wahrheit zählt er zur Wachstumsbranche der steirischen Wirtschaft. (Abg. Gerhard Heidinger: "Trotz der hohen Steuern!") Das kann ich mit Überzeugung sagen. Denn es wird wenig Wirtschaftszweige geben, die von sich am

Ende des Jahres in der Bilanz berichten können, daß sie zur Wachstumsbranche gehören. Der Fremdenverkehr gehört jedenfalls dazu. Wir haben insgesamt im Jahre 1978, im Fremdenverkehrsjahr 1977/78, 9,200.000 Übernachtungen erreicht, wir haben eine Zuwachsrate von mehr als 2,3 Prozent und sind damit im Spitzenfeld auch der österreichischen Fremdenverkehrsländer, die jedenfalls auch in diesem abgelaufenen Jahr ihre Bewährungsprobe abgelegt haben. Bemerkenswert ist an der Tendenz allerdings eines. Im Sommerfremdenverkehr stagnieren wir. Aber, meine Damen und Herren, auch dazu ein offenes Wort!

Das Stagnieren ist ein falsches Wort, denn wir haben in den letzten zehn Jahren jährliche Zuwachsraten zwischen 5, 10 und 15 Prozent erlebt und haben ein hohes Niveau erreicht. Und auf diesem Niveau haben wir uns eingependelt und bewegen uns weiter. Und es ist ein Unterschied, ob die Kurve nach unten zeigt oder ob die Kurve auf einem hohen Niveau weitergeht. (Abg. Loidl: "So ist es!") Für den steirischen Fremdenverkehr gilt, daß die Kurve auf einem hohen Niveau weitergeht, und ich sage das auch mit Genugtuung, weil natürlich da auch eines zum Ausdruck kommt, was heute übereinstimmend auch in der Diskussion in so erfreulichem Umfange und mit Zustimmung gesagt wurde.

Meine Damen und Herren, wir haben eine weitere Beobachtung gemacht. Die ausländischen Gäste sind stark im Zunehmen, und wir haben es im Lande zu etwas gebracht, was ich auch sehr, sehr unterstreichen möchte. Das Gästepotential des Landes bewegt sich zwischen 55 Prozent inländischen und 45 Prozent ausländischen Gästen, das heißt, der steirische Fremdenverkehr steht auf zwei festen Beinen. (Abg. Gerhard Heidinger: "Weil Osterreich auf zwei festen Beinen steht. Das müssen Sie dazusagen!" — Abg. Loidl: "Sonst gäbe es nicht diesen großen Inländerverkehr!" - Abg. Gerhard Heidinger: "Irgendwer muß sich das leisten können. Irgendwer muß das bezahlen!" — Abg. Brandl: "Das hört er nicht!") Herr Kollege Heidinger, wir haben in der Beurteilung des Fremdenverkehrs - ich lege Wert auf diese Terminologie — überhaupt keine Unterschiede, wir beide. (Abg. Gerhard Heidinger: "Dann paßt es so!") Wir mögen in der politischen Beurteilung Unterschiede haben. Aber das setze ich voraus. Ich darf also nur sagen, daß gerade diese Krisenfestigkeit Inlands- und Auslandsgast auch von uns bewußt gefördert und verfolgt wird. Und, meine Damen und Herren, wenn man diese Ziffern kennt, dann kann man auch einige Konseguenzen daraus ziehen. Es ist das heute auch gesagt worden, von Ihnen, Herr Abgeordneter Wimmler! Die Bettenkapazität nicht vermehren, die Schaffung von Allwettereinrichtungen, die Infrastruktur des Fremdenverkehrs noch verstärken! Und was mir noch wichtiger erscheint, die Werbung noch verstärkt fortsetzen. Meine Damen und Herren, mehr als ein Drittel des Fremdenverkehrsbudgets unseres Landes geht in die Werbung. Denn ohne Werbung ist es nicht möglich und nicht denkbar, mit unserer Konkurrenz Schritt zu halten. Denn da zeigt sich also auch eine Situation, die wir nicht übersehen sollten.

Im Sommer ein hohes Niveau, aber keine Zuwachsraten, im Winter besitzen wir eine Monopolstellung. Und diese Monopolstellung hat eben ihren Vorzug, weil man Wintersport nur in den Alpenländern ausüben kánn und da sind wir mit dabei. Nicht von ungefähr haben wir mit Salzburg und mit Tirol - das kann ich heute sagen, ohne daß ich übertreibe — gleichgezogen. Und wenn am Wochenende, meine Damen und Herren, in der Dachstein-Tauern-Region, in der steirischen Schihauptstadt Schladming die erste Herren-Weltcupabfahrt stattfindet, dann ist das nicht nur eine Auszeichnung. (Landesrat Dr. Krainer: "Heuer die erste!" — Abg. Laurich: "Es gibt alle Jahre eine. Das ist die dritte insgesamt!") Heuer! Wenn also heuer erste Herren-Weltcupabfahrt in der Saison 1978/79 stattfindet, ich bitte, damit das sprachlich auch noch korrigiert ist - ich habe in Deutsch immer einen Einser gehabt - dann ist das auch ein Umstand, der uns mit Genugtuung erfüllt, denn vor zehn Jahren hätten wir eine solche Veranstaltung nicht annehmen können, das heißt, es hätte sie uns niemand zugemutet. Heute sind wir dazu in der Lage und wenn dieser Schizirkus niemanden anderen ausgesucht hat als Schladming, dann, meine Damen und Herren, ist es ein Beweis für das, was wir auf diesem Gebiet erreicht haben. Heute früh hat der Bürgermeister von Schladming mir den letzten Telefonbericht durchgegeben und gesagt: Es sind gegenwärtig in Schladming eingetroffen 200 akkreditierte Journalisten vom Fernsehen, Rundfunk und Film und Journalisten natürlich von Tages- und Wochenzeitungen. Ein so großes Journalistenangebot und -aufgebot hat es in Schladming bei allen Veranstaltungen, die wir bisher gehabt haben, überhaupt nicht gegeben. Auch ein Beweis mehr, daß wir gleichgezogen haben. Es sind sechs internationale Filmteams darunter, der Amerikanische Rundfunk, der Bayrische Rundfunk und das Fernsehen, BBC London und mit einem Wort, was mir fast noch wichtiger erscheint, daß die Teilnehmer - mit einem Wort - die Rennfahrer sagen, es ist die schönste Rennstrecke, die sie in ihrer ganzen Konkurrenz, so sie das Winterhalbjahr unterwegs sind, überhaupt kennen. Die schönste, die schnellste und die sauberst gepflegteste! Können wir nicht mit Genugtuung sagen, auch das zählt dazu, gehört nämlich zum Tourismus, daß ein Sepp Walcher und eine Lea Sölkner heuer bei den Schiweltmeisterschaften mit dem Weltmeistertitel aufgewartet haben. Meine Damen und Herren, das ganze Haus könnte klatschen, auch wenn es neun Monate später ist, vor Freude, daß es ein Steirer und eine Steirerin gewesen sind. (Allgemeiner Beifall.)

Wäre vor zehn Jahren ebenfalls undenkbar gewesen. Und ich sage Ihnen nichts Neues. Ein hoher — ich werde ihn nicht nennen — ein hoher Tiroler Schifunktionär hat im Zielhang von Garmisch-Partenkirchen, als Sepp Walcher den Sieg errungen hat, gesagt, jeder hätte es gewinnen können, nur nicht ein Steirer! So haben sie diese Konkurrenz empfunden. Ich sage Ihnen das, weil es auch eine interne Konkurrenz gibt. Ich bin aber (Abg. Hammerl: "Das sind die Tiroler Parteifreunde, die Ihnen

das mißgönnen!" — Landesrat Dr. Krainer: "Und Ihre Kärntner Freunde Ihnen die Autobahn!") Herr Abgeordneter Hammerl, mir fällt zu dieser Sache nichts ein! (Abg. Dr. Dorfer: "Es gibt Menschen, die können die Parteizugehörigkeit nicht ablegen!" — Abg. Gratsch: "Da gehören Sie auch dazu!")

Meine Damen und Herren, damit ist nur gesagt, der Winterfremdenverkehr hat seine Stellung nicht nur ausgebaut, sondern heute können wir sagen — ohne daß wir es übertreiben —, wir haben eine Spitzenstellung auch unter den österreichischen Bundesländern eingenommen.

Ein weiterer Faktor im Angebot der steirischen Fremdenverkehrssituation sind unsere Heil- und Kurorte. Ich verweise auf Bad Gleichenberg, wo wir gerade heute am Vormittag vereinbart haben, daß wir in Bad Gleichenberg ein adäquates Kongreßzentrum dieser Größenordnung dazubauen, weil Bad Gleichenberg im Verlaufe der letzten Jahre eindrucksvoll eine Reihe von kleinen und mittleren Kongressen und Tagungen zur Verfügung gehabt hat, aber wir haben die Räume nicht gehabt. Das werden wir in Bad Gleichenberg mit Hilfe des Landes durchziehen. Ich erinnere an Bad Aussee. Bad Aussee hat auch durch die Hilfe des Landes und durch die Bestrebungen der Gemeinde, auch das muß fairerweise gesagt werden, sein Kurzentrum auf den letzten Stand gebracht. Das ist ein europäisches Angebot, auch das kann ich sagen. Wir haben gegenwärtig das größte Fremdenverkehrsvorhaben des Landes im Bau, das ist Loipersdorf. Auch mit Hilfe des Landes, meine Damen und Herren! Und damit haben wir auch einen Schwerpunkt gebildet in der Oststeiermark für die wirtschaftliche Aufrüstung kommender Jahre. Wir haben in Radkersburg im heurigen Jänner in etwa 1850 Meter Tiefe eine Therme erbohrt, mit einer Minutenliterschüttung von etwa 5000 Liter mit rund 81° Celsius an Wärme. Sie schießt heraus mit fast 80 Atü Druck, und wir sind auch dort dabei, dieses Wasser der Fremdenverkehrsnutzung zuzuführen. Wir haben das Kurmittelhaus in Oberzeiring im Bau, das wir heuer seiner Bestimmung übergeben werden können und damit auch einen entscheidenden Schwerpunkt für das Angebot des Asthmastollens gemacht. Mit einem Wort, auch hier rundet sich die Situation für unser Angebot in entscheidendem Umfange ab. Meine Damen und Herren! Daher noch ein Wort- und damit bin ich in der Zielgeraden meiner Ausführungen, zur Verkehrssituation. Landesrat Dr. Krainer hat heute (Landesrat Dr. Krainer: "Gestern!") bereits zur Pyhrnautobahn seine Bemerkungen gemacht beziehungsweise gestern. Darf ich dazu sagen, daß gerade mit der Verkehrssituation, mit der entscheidenden Verbesserung der Verkehrssituation in unserem Lande auch dem Fremdenverkehr wesentlich neue Impulse gesetzt wurden. Ich verspreche mir von einer anderen Entwicklung noch einen weiteren Zusatz. Mitte des nächsten Jahres wird das letzte Stück der Tauernautobahn zwischen Werfen und Eben im Pongau seiner Bestimmung übergeben. Das heißt, damit ist das obere Ennstal, die Dachstein-Tauern-Region auf der einen Seite und das obere Murtal über die Abfahrt St. Michael im Lungau über Tamsweg und

Murau auf der anderen Seite an einen europäischen Verkehrsstrang angeschlossen. Das hat wirtschaftliche Impulse, die wir heute noch gar nicht absehen können, für den steirischen Fremdenverkehr. Auch ein Umstand, den ich bei einer solchen Gelegenheit mit Dankbarkeit und mit Anerkennung vermerke. Mit Freude stellen wir fest, daß die Deutsche Lufthansa seit dem 1. November des heurigen Jahres eine eigene Linie Graz-Frankfurt in Betrieb genommen hat. Die ganze Landesregierung war am Montag in Frankfurt/Main beziehungsweise in Wiesbaden und hat den Eröffnungsflug im wahrsten Sinne des Wortes genossen. Ich kann nur eines sagen, Journalisten waren der Meinung, wir seien müde zurückgekommen. Im Gegenteil, wir sind aufgeputscht zurückgekommen, weil wir gespürt haben, daß hier wieder ein neuer Verkehrsstrang zur Luft, zugunsten des Landes angesetzt wurde. Ein Vorgang, von dem man nur sagen kann, er war bemerkenswert. Unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes wurde dann mit hessischen Wirtschaftsleuten und mit Industriellen ein stundenlanges Wirtschaftsgespräch geführt. Ich kann Ihnen nur eines sagen, das war die erste Garnitur, die dort aufgetreten ist, auch hier hat sich gezeigt, daß es da Ansatzpunkte gibt, die man auch für das Land in die Tat umsetzen kann. Das heißt, da ist einiges in Bewegung. Ich möchte das auch nur in Klammer vermerken. Meine Damen und Herren! Wenn ich noch ein Wort sage, dann deshalb, weil es auch zur steirischen Gewohnheit gehört. Unsere Beziehungen zu Jugoslawien und zu Slowenien sind geordnet. Ich werde nie vergessen, wie ich mit Landeshauptmann Krainer im Jahre 1952 bei einer Bürgermeistertagung in Straß war, das war knapp vor dem Abschluß des Gleichenberger Abkommens für die Eröffnung des Kleinen Grenzverkehrs. Wir haben uns vorher darüber unterhalten, was wir den Bürgermeistern sagen, damit wir ihre Meinung für den Vorgang gewinnen, denn die Meinung dort war konträr zur Meinung der Landesregierung. Sie haben gesagt, laßt das ja nicht zu, da kommt nichts heraus, dann wird dasselbe sich wiederholen, wie in der Ersten Republik, alle werden hinüberfahren und keiner wird herüberkommen. Wir sind damals aufgetreten und haben gesagt nein, wir legen Wert darauf, Vorhänge auf, Stacheldraht weg, Grenzen auf, miteinander Handel betreiben, mit einem Wort Wechselwirkung. Ich habe nicht den Eindruck damals gehabt, daß die Bürgermeister uns das abgenommen haben, aber es ist genau das eingetroffen, was damals der Landeshauptmann prophezeit hat. Könnte sich heute die Bezirksstadt Leibnitz oder die Bezirksstadt Radkersburg, oder Mureck, oder unsere Landeshauptstadt vorstellen, daß wir nicht diese Beziehung hätten? Dann gehen Sie einmal an einem Vormittag, ist ganz egal wann, nach Leibnitz, nach Radkersburg oder nach Mureck oder in die Herrengasse von Graz, um festzustellen, was ich damit sagen will. Meine Damen und Herren! Das hat sich befruchtend gezeigt und so begrüße ich in gleichem Umfange die Aufhebung des Visumzwanges mit Ungarn. Die Landesregierung hat mit dem Komitat Vas mit dem Sitz in Steinamanger, kann man auch deutsch sagen, ungarisch heißt es Szombathely, aufgenommen, die diese Beziehungen

ebenfalls von Nutzen sind. Man muß auch dazu folgendes sagen, wir machen keine Außenpolitik. Aber eines, wir helfen der österreichischen Außenpolitik mit, daß diese Beziehungen behutsam aufgebaut und verbessert werden. Man darf nicht vergessen, daß wir es mit einem anderen Gesellschaftssystem zu tun haben. Man darf nicht vergessen, was die jüngere Geschichte diesem Volk beschert hat. Aber sollten wir uns abriegeln, sollten wir sagen, das gilt nicht? Nein, aufmachen, Grenzen weg, Stacheldraht weg und schauen miteinander, ich glaube, daß das der Erfolg von morgen und übermorgen ist. Doktor Dorfer, du darfst jetzt nicht böse sein, wenn ich jetzt in einen Widerspruch mit dir gerate, nämlich in der Frage, daß in Budapest, in Budapest vor allem, weniger am Plattensee, Hotels gebaut werden sollen. Auch mit österreichischem knowhow. Da darf ich dir eines sagen, Wenn es wir nicht sind, dann wird es sicher jemand anderer machen. (Abg. Laurich: "Sehr richtig!") Bevor es jemand anderer macht, ist es mir lieber, daß wir es machen. Das muß auch gesagt werden, das ist meine persönliche Meinung und ich vertrete sie. Daher, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir auch damit eine völlig neue Situation antreten, denn wir haben erstens einmal mit Ungarn historische Beziehungen. Sie sind Jahrhunderte alt. Es ist der wirtschaftliche Raum, der mit dem Donauraum umschrieben wird. Warum sollten wir nicht auf dem Gebiet auch den Weg gehen und sagen, ja selbstverständlich, auch das tun wir dazu. Ich glaube, hier müssen wir die Perspektiven langfristig sehen, davon verspreche ich mir Entscheidendes. Ich halte auch daher diesen Fortschritt mit 1. Jänner 1979 für einen entscheidenden Fortschritt. Das, meine Damen und Herren, ist zwar nicht in aller Kürze, aber doch weitestgehend ein Vorgang, der den steirischen Fremdenverkehr und die steirische Fremdenverkehrspolitik bewegt. Nun darf ich noch ein Wort des Dankes sagen, am Ende meiner Ausführungen, zwei Männern der steirischen Landesverwaltung. Dem Vorstand der Rechtsabteilung 1, dem Wirklichen Hofrat Dr. Scherer und dem Vorstand der Rechtsabteilung 5. dem Wirklichen Hofrat Dr. Bruchelt. Beide Herren gehen mit Ende des Jahres in den Ruhestand. Lieber Freund Scherer, mein herzliches Danke persönlich (Allgemeiner Beifall) und ein herzliches Danke namens des Hohen Hauses und ein herzliches Danke für deine Leistungen deines ganzen Lebens in der Landesverwaltung. Ich möchte nur eines sagen, ich habe diese Zusammenarbeit angenehm und menschlich empfunden, und ich habe es dir schon vor wenigen Tagen gesagt, persönlich habe ich auch eine Träne in meinem Auge. Ich danke dir sehr herzlich und brauche nur eines sagen, Glück auf für fernere Jahre. (Allgemeiner Beifall.)

Lieber Hofrat Dr. Bruchelt, Sie gehen mit Ende des Jahres ebenso in den wohlverdienten Ruhestand. Auch Ihnen in gleicher Gesinnung und Wertschätzung ein herzliches Danke für Ihre vorbildliche Leistung, für Ihren Einsatz und für das Beispiel und für das Vorbild, das Sie gegeben haben. Ich möchte das auch in dieser Stunde des Abschiedes lobend hervorheben und Ihnen auch schöne Jahre des Ruhestandes wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Dem steirischen Fremdenverkehr kann ich nur wünschen, meine Damen und Herren, daß es so weitergeht. Dann läuft die Uhr richtig. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wir haben damit den zweiten Teil der Gruppe 7 abgeschlossen. Bevor ich zum dritten und letzten Teil der Gruppe 7 "Wirtschaftsförderung" übergehe, habe ich Ihnen eine Mitteilung zu machen. Heute hat die Steiermärkische Landesregierung getagt und die Steirische Bezügegesetznovelle 1978 beschlossen. Diese Steirische Bezügegesetznovelle wurde als (Unverständlicher Zwischenruf.) — Bitte, wer möchte mich unterbrechen? (Abg. Gerhard Heidinger: "Turek!") Ein Abgeordneter hat nur von seinem Sitz aus zu sprechen (Abg. Gerhard Heidinger: "Hat er keinen!"), Herr Abgeordneter. Diese Steirische Bezügegesetznovelle wurde als Einlaufzahl 94/1, Beilage Nr. 8, in den steirischen Landtag eingebracht. Ich weise dieses Geschäftsstück dem Gemeindeund Verfassungs-Ausschuß zu. Wegen gegebener Dringlichkeit unterbreche ich nunmehr die Sitzung auf zehn Minuten, um dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß Gelegenheit zu geben, diese Gesetzesvorlage zu beraten und sodann im Hohen Hause antragstellend zu berichten. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses (Unverständlicher Zwischenruf des Herrn Landeshauptmannes Dr. Niederl.), bitte, kommt noch, kommt noch — sich in den Rittersaal zu begeben. Kommt ja alles, ist alles drinnen, zuerst der Ausschuß. Ich habe es dem Ausschuß zugewiesen. Die Abstandnahme kommt noch, Herr Landeshauptmann. (Unterbrechung von 15.15 Uhr bis 15.25 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren!

Ich nehme nunmehr die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe dem Hohen Haus bekannt — da ist nichts zum Lachen —, daß der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl-Zahl 94/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bezügegesetz geändert wird (Steiermärkische Bezügegesetz-Novelle 1978) behandelt hat und nunmehr antragstellend berichten kann.

Ich schlage vor, dieses Geschäftsstück auf die heutige Tagesordnung zu setzen und darüber zu verhandeln. Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können nicht auf der Tagesordnung stehende Geschäftsstücke nur dann als dringlich in Verhandlung genommen werden, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder seine Zustimmung gibt.

Ich bitte auch in der Presseabteilung das Glockenzeichen zu beachten!

Außerdem wäre von der Einhaltung der Auflagefrist abzusehen. Ich ersuche die Damen und Herren, die meinen Vorschlägen zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Vorschlag ist angenommen, und wir kommen zur Behandlung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 94/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bezügegesetz geändert wird (Steiermärkische Bezügegesetz-Novelle 1978). Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit dem vorliegenden Entwurf einer Novelle zum Steiermärkischen Bezügegesetz beschäftigt. Die Novelle beinhaltet eine Angleichung an die Herabsetzung der Bezüge der obersten Organe des Bundes, wobei in Analogie zum Staatssekretärbezug der Bezug eines Landeshauptmannstellvertreters von bisher 180 von Hundert des Bezugsansatzes der Gruppe 9/6 auf 170 von Hundert 9/6 gesenkt werden soll. Die Relation der Bezüge der übrigen Landesräte soll 90 von Hundert des Bezuges eines Staatssekretärs wie bisher beinhalten. Ich darf bitten, daß dieser Novelle, die aus verfassungsrechtlichen Gründen dringend notwendig ist, die Zustimmung des Hohen Hauses gegeben wird.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört, wenn Sie ihm Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezeichen.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum dritten und letzten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu der ausgezeichneten Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten kann ich sagen, daß ich in vielen Punkten mit ihm übereinstimme. Ich habe auch etwas von ihm gelernt: wie man sich elegant eines heißen Eisens, konkret einer eigenen Einschätzung der Lage unserer Wirtschaft entledigt.

Er überläßt dies Prof. Horst Knapp, den er zitiert. Prof. Knapp wieder bezieht sich seinerseits auf Hofrat Dr. Kausel vom Statistischen Zentralamt. Dieser Hofrat Dr. Kausel gilt schon seit Jahren als der Berufsoptimist vom Dienst, ihm blieb es bisher immer vorbehalten, auch beim Aufzug der dunkelsten Wolken am Wirtschaftshorizont einen Schönwetterbericht abzugeben. (Abg. Dr. Heidinger: "So wie die Meteorologen!")

Das von ihm praktizierte euphorische Vergleichen einiger makroökonomischer Daten — ohne die Strukturverschiebung im Hintergrund dieses Geschehens zu analysieren — ist eine Methodik der ökonomischen Lagebeurteilung, von der immer mehr Experten bewußt abrücken.

Obwohl Optimist von Natur aus, kann ich mich dieser rosigen, ja dieser rosaroten Darstellung unserer Wirtschaftslage nicht anschließen. Sie stimmt auch mit der bedauerlichen Entwicklung der Wirtschaft der letzten Zeit nicht überein.

Meine Damen und Herren, es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in den letzten vier Jahren die Landund Forstwirtschaft und die gewerbliche Wirtschaft zirka 60.000 Beschäftigte freisetzen mußten. Wenn die Arbeitslosenrate in diesen Jahren erfreulicherweise im wesentlichen gleichgeblieben ist, so ist es — wie schon während dieser Debatte wiederholt gesagt wurde — dem Umstand zu verdanken, daß diese Freigesetzten vom tertiären Sektor aufgenommen werden konnten.

Da die Aufnahmefähigkeit dieses Sektors aber nicht unbegrenzt ist, ist zu fürchten, daß in den nächsten Wochen und Monaten mehr und mehr Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen werden. (Abg. Brandl: "Berufsmäßig!")

Es kann auch nicht wünschenswert sein, zu einer Dienstleistungsgesellschaft zu werden, sie könnte nicht funktionieren, eine gesunde Wirtschaft braucht ein bestimmtes Mindestmaß an Industrialisierung. In den Zeitungen lesen wir nur von großen Brocken, wenn 200, 500 oder gar über 1000 Beschäftigte ihre Arbeit verlieren sollen. In diesen Fällen greift die Bundesregierung durch spektakuläre Maßnahmen ein, wie beispielsweise jetzt bei Eumig: wenn aber 100, 200 oder mehr Kleinbetriebe mit zwei, fünf, zehn, ja 20 und 30 Beschäftigten zugesperrt werden müssen, davon nimmt in Wien kaum jemand Notiz. Hier müssen wir mit unseren Wirtschaftsförderungen einsetzen. Ein Entindustrialisierungsprozeß droht unsere Wirtschaftsstruktur nachhaltig zu verändern. Die Folgen sind in der Zahlungsbilanz ebenso ablesbar, wie im Budget oder in der Arbeitsmarktstatistik, wenn nicht eine neue Kosmetikmethode erfunden wird, diese Statistik weiter zu entlasten.

Unsere ausgewiesene Arbeitslosenrate von durchschnittlich 2 Prozent mit der anderer Länder zu vergleichen, wie es Herr Abgeordneter Gerhard Heidinger getan hat, scheint mir nicht nur gewagt, sie ist schlicht und einfach falsch. Setzt die Vergleichbarkeit doch voraus, daß sich die Regierenden dieser Länder auf die Kosmetik genauso gut verstehen wie die unsrigen und das ist zu bezweifeln. So wurden in den letzten Jahren aus der Arbeitslosenstatistik jene Pensionsbewerber eliminiert, die noch Arbeitslosengeld beziehen. Dasselbe gilt für Mütter, die nach Ablauf ihres Karenzurlaubes noch ihr Arbeitslosengeld konsumieren. Auch sind jene Arbeitnehmer nicht in der Statistik ausgewiesen, die zwar Arbeit suchen, aber vom Arbeitsamt nicht mehr vermittelt werden können. Nebenerwerbsbauern, die ihre Arbeit verloren haben, werden gleichfalls in der Statistik verschwiegen.

Wir alle kennen zur Genüge, welche Rolle die Aktionen "Frühpension" bei den Bemühungen spielen, das Problem der strukturellen oder konjunkturellen Arbeitslosigkeit zu lösen. Schließlich sei noch auf die fragwürdige, oft wertlose, aber kostenspielige Umschulung hingewiesen. Diese Spielart scheint nach neuesten Meldungen auch bei Eumig angewendet zu werden, um unsere Arbeitslosenstatistik nicht zu verschlechtern. Die österreichische Methode der statistischen Vollbeschäftigung zeigt, daß die Arbeitslosenstatistik über die wahre Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt nur sehr unzureichend Aufschluß gibt und für internationale Vergleiche völlig unbrauchbar ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns die Frage stellen: Wieso kommt es bei so erstklassigen und leistungsfähigen Betrieben, wie Steyr-Daimler-Puch, Waagner Biró, Eumig, Bauknecht — ich könnte noch eine Reihe anderer Firmen nennen -, zu diesen Schwierigkeiten, die sie zwingen, Beschäftigte kündigen zu müssen? Die Regierung und die ihr Nachstehenden machen sich die Antwort sehr leicht. Sie schieben die Schuld an dieser Situation den Unternehmen und Managern zu. Ich will gar nicht bestreiten, daß Fehler in der Unternehmensführung vorkommen, aber das sind die Ausnahmen. Eine Unfehlbarkeit gibt es nicht, wirtschaften heißt Risiko übernehmen und wo Risiko ist, kommt es auch zu Fehlentscheidungen. Es ist aber merkwürdig, daß bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Bereich der verstaatlichten Industrie die Schuld der weltweit wirtschaftlichen Situation gegeben wird, im Bereich der Privatwirtschaft jedoch den Unternehmern und Managern. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, das ist nicht nur unfair, sondern auch unseriös. Unternehmer kommt vom Unternehmen, dynamisch sein, sich anpassen an die Verhältnisse, an den Markt. Dieser Anpassung sind aber Grenzen gesetzt, Grenzen durch Faktoren, die der Unternehmer selbst nicht beeinflussen kann, wie Währungsänderungen, neue Steuern, Tarife, Gebühren, Abänderungsgesetze und so weiter. Für diese Faktoren ist die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht nur zuständig, sondern auch verantwortlich. Hier sind die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der genannten Firmen zu suchen. Die jüngsten Kündigungen sind in erster Linie Folgen einer verfehlten Steuer- und Belastungspolitik der letzten Jahre. Wenn in den konkreten Fällen internationale Währungspolitik einen wesentlichen Anteil an den jüngsten Schwierigkeiten der Unternehmen hat, so hat erst unsere allgemeine Kostenentwicklung zur Eskalation der Situation geführt. (Abg. Gerhard Heidinger: "Stimmt sicher nicht für Eumig!") Osterreich ist als kleines Land auf seinen Export angewiesen. (Abg. Gerhard Heidinger: "Es kommt jede zweite Kamera zurück!") Die Bundesregierung hat durch ihre Wirtschaftspolitik zu sorgen, daß die exportorientierte Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit zumindest erhält, liegt doch Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern vergleichbarer Größenordnung immer noch im unteren Mittelfeld. So exportiert Holland 58 Prozent, Belgien 51 Prozent, Norwegen 44 Prozent und die Schweiz 40 Prozent des Nationalproduktes. In Osterreich beträgt der Exportanteil hingegen nur 37 Prozent. Nach Abzug der im Fremdenverkehr erbrachten Leistungen verbleiben an wahren Exporten am Nationalprodukt nur noch 20 Prozent. Ein genereller Belastungsstopp bei den Lohn- und Sozialleistungen, die steuerlichen Begünstigungen der Ausfuhren und eine den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen angepaßte Wechselkurspolitik sind daher unerläßliche Voraussetzungen, um die leichte nominelle Belebung der Exporte der letzten Monate zu erhalten und tausende Arbeitskräfte in der Exportindustrie wirtschaftlich zu sichern. Auch über eine neue Schillingseröffnungsbilanz wird man reden müssen. Für die Wirtschaft ist die Vollbeschäftigung ein ebenso

wichtiges Anliegen, wie für die Regierung und den Sozialpartner. Es muß auch den Regierungsverantwortlichen klar sein, daß Verlustbilanzen auf Dauer alle Arbeitsplätze eines Unternehmens ernsthaft gefährden. Nicht die marktwirtschaftliche Ordnung soll zur Verantwortung gezogen werden, sondern die verfehlte Wirtschaftspolitik unserer Bundesregierung. Wäre die Wirtschaftspolitik vernünftiger, hätten wir heute nicht so große Sorge um die Arbeitsplatzsicherung und wir müßten uns hier im Haus weniger den Kopf zerbrechen über die Arbeitsplatzsicherung und die Förderungsmaßnahmen dieser Wirtschaft. Da uns im nächsten Jahr Wahlen ins Haus stehen, können wir leider kaum mit einer wirtschaftlichen Aktivität unserer Bundesregierung in nächster Zeit rechnen, um so weniger, als Herr Bundeskanzler und sein Finanzminister zur Zeit wegen ungleicher Wellenläge Verständigungsschwierigkeiten haben. Danke schön! (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: "Sie lesen die Zeitungen nicht!" — Beifall bei der OVP.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit dem Abend des 5. November steht fest, daß Zwentendorf zu bleibt, und wir haben das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen, egal ob uns das freut oder nicht. Das Ergebnis dieser Abstimmung soll ja in allen Lagern mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein. Es steht also seit dem Abend des 5. November fest, daß wir in Osterreich ohne Kernenergie auskommen müssen, auch wenn der Stromverbrauch in den vergangenen neun Monaten um 5,8 Prozent und im Vergleich der Monate Oktober 1977/1978 um fast 11 Prozent gestiegen ist.

Die Frage, die wir uns als steirische Abgeordnete vorzulegen haben ist, welche Folgen sich daraus, vor allem für unser Bundesland ergeben. Die finanziellen Konsequenzen sind ja in der Tat nicht unbeachtlich. Zunächst hat sich die zehnprozentige Beteiligung der STEWEAG an Zwentendorf, das sind immerhin 700 Millionen Schilling, als Fehlinvestition erwiesen, die abgeschrieben werden muß. Dazu kommen jährlich mindestens weitere 100 Millionen Schilling an Mehrkosten für den Zukauf von Ol, für den verstärkten Einsatz eigener Kraftwerke und manches andere noch. Wir dürfen ehrlicherweise die Augen nicht davor verschließen. daß irgend jemand diese Kosten wird tragen müssen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Sie reichen von einer Investitionseinschränkung der STEWEAG, was für viele Steirer gar nicht sehr lustig ist, über eine höhere Verschuldung, bis zu einer Kapitalaufstockung durch den Eigentümer, das heißt durch das Land Steiermark und schließlich wurde auch von einigen Landesgesellschaften ganz offen eine Strompreiserhöhung diskutiert beziehungsweise gefordert. Ich glaube, der steirische Steuerzahler hat ein Recht darauf, zu erfahren, und zwar möglichst bald zu erfahren, welche Variante er zu erwarten hat.

So wird vor allem auch der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl als Vorsitzender des Aufsichtsrates der STEWEAG zu erklären haben, ob sich die STEWEAG dem Wunsch anderer Landesgesellschaften auf eine Strompreiserhöhung anschließt. Ich glaube, daß uns der Herr Landeshauptmann um so mehr eine klare Erklärung schuldig ist, als er immerhin zur Abstimmung über Zwentendorf eine sehr eindeutige Stimmempfehlung abgegeben hat. (Abg. Ritzinger: "Der Herr Sebastian auch. Er ist sein Stellvertreter!" - Abg. Jamnegg: "Das ist ein Märchen!" — Abg. Brandl: "Er hat ja gesagt. Der Landeshauptmann hat nein gesagt!" - Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Wenn der Herr Kreisky nicht gesagt hätte, das ist eine Abstimmung für seine Person, wäre es mit ja ausgegangen!") Er darf seine Meinung haben, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, aber er muß sich natürlich auch über die Konsequenzen dieser Meinung sehr wohl bewußt sein. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Ich hätte für ja gestimmt, aber von mir kann man nicht verlangen, daß ich für ja stimme!") Das, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sollten Sie also lieber nicht sagen. Sie kommen also immer mit dem Vorwurf, daß diese Frage verpolitisiert worden wäre. (Abg. Gerhard Heidinger: "Dieter, es stimmt. Sie wollten ein Ja und plädierten für ein Nein!" - Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich kann nicht auf beiden Seiten hören, bitte schön, zuerst Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, dann Herr Landesrat Peltzmann.

So einfach, glaube ich, konnte man das Problem nicht sehen. Aber wenn Sie auf diese Politisierung anspielen, so muß ich Ihnen eines sagen: Es ist noch gar nicht lange her, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl landauf, landab gezogen ist und sich für den Atomstrom stark gemacht hat. Ich habe hier Broschüren, in denen er sich stark gemacht hat und dann hat er die Empfehlung seiner Wiener Parteifreunde nicht zu 100 sondern zu 150 Prozent erfüllt. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen! (Unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Sie haben geglaubt, meine Damen und Herren, die Roten werden den Atomstrom bringen, damit sind die Schwarzen in der Wirtschaft zufrieden und dann können sie die Atomfrage bis zum Wahltag als Dauerbrenner weiterspielen. Diesen Teil Ihres Wahlkonzeptes können Sie wieder einstecken, meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Schilcher: "Sie wissen es immer!" — Abg. Dr. Heidinger: "Wenn ich Ihrer Argumentation folge, dann wollte Kreisky, daß endlich aus ist mit der Diskussion!")

Meine Damen und Herren, ich rede jetzt davon, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl eine sehr eindeutige Empfehlung abgegeben hat, und ich habe vorhin gesagt, er hätte sich der Konsequenzen dieser Empfehlung eigentlich bewußt sein müssen, gar nicht so sehr gegenüber der STEWEAG, deren Interessen er als Aufsichtsratsvorsitzender auch bestmöglich wahrzunehmen hätte, das muß er sich also mit der STEWEAG ausmachen. Aber ich rede von der Verantwortung gegenüber dem Land, meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat ein Ja-Stimmen als unzumutbar

bezeichnet, und man müßte also annehmen (Abg. Dr. Maitz: "Gehen Sie zum Bundeskanzler mit dieser Demagogie Herr Senatsrat, Herr Hofrat — nicht Klassenkampf machen!"), daß in der Steiremark auf dem Energiesektor alles geschehen wäre, was eine solche Wahlempfehlung gerechtfertigt hätte. Man müßte also annehmen, daß die Energiesituation in der Steiermark zumutbar sei. Leider sind die Tatsachen andere. Es ist bis heute in der Steiermark eine Energiepolitik nicht feststellbar, meine Damen und Herren! Man hat der Energiesituation insgesamt in diesem Land die nötige Aufmerksamkeit nicht zugewendet. Man ist jetzt durch den Paukenschlag Zwentendorf natürlich wach geworden und überbietet sich in Erklärungen, was man also alles machen würde. (Abg. Dr. Maitz: "Die größte Niederlage Kreiskys seit Amtsübernahme!")

Meine Damen und Herren! Ein steirischer Energieplan fehlt nach wie vor. Es gibt einen Beamtenentwurf der Landesamtsdirektion, aber dieser Beamtenentwurf verdient sicherlich nicht den Namen "Energieplan". Er stammt aus dem Jahre 1976 und ist in wesentlichen Fragen überholt. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Hat ihn der Herr Staribacher?") Lesen Sie nach, was dort über Alternativenergien steht, erschütternd. Ein einziger kleiner Absatz, in dem ausgeführt wird, daß nach Meinung der Landesamtsdirektion, der Herr Landeshauptmann hat es ja auch zur Kenntnis genommen, den Alternativenergien in den nächsten Jahrzehnten keine Bedeutung zukommen würde. Zum zweiten handelt es sich bei diesem Papier um eine reine Bestandsaufnahme, keine wie immer geartete Prioritätensetzung und zum dritten ist es ein Geheimpapier geblieben, das keiner interessierten Körperschaft, nicht dem Landtag, aber auch nicht sonst der interessierten Offentlichkeit jemals zur Diskussion vorgelegt worden wäre. Darum haben ja wir Sozialisten schon in der vergangenen Gesetzgebungsperiode verlangt, daß man einen solchen Energieplan ausarbeiten sollte, und wir haben diesen Antrag in der jetzigen Periode wiederholt.

Meine Damen und Herren, die sozialistische Fraktion ist darüber hinaus der Meinung und fordert die Einsetzung eines Energiebeirates bei der Landesregierung als oberstes Koordinierungsorgan für alle wichtigen energiepolitischen Fragen, vor allem aber auch zur Vermeidung teurer Fehlinvestitionen bei leistungsgebundenen Energien.

Was weiters die Möglichkeit des Sparens (Abg. Dr. Schilcher: "Beirat für Sparen. Sparmeister!") betrifft, so werden wir uns wohl oder übel zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß künftig nicht mehr wie bisher die Nachfrage das Angebot bestimmt, sondern daß es das Angebot ist, nach dem sich dann die Nachfrage zu richten hat. Allerdings, meine Damen und Herren, so leid es mir tut, auch in diesem Punkt sind die Bemühungen im Land Steiermark um keinen Schritt weitergekommen. Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus den Energiesparerlaß der Landesamtsdirektion zitiert, der doch ein rührendes Beispiel ist, wenn man sich dort mit Empfehlungen an Jugendliche beschäftigt, sie sollen den Gasgriff ihrer Mopeds nicht zu stark

aufdrehen oder man sich mit der optimalen Temperatur unseres Badewassers beschäftigt. Meine Damen und Herren, so wird es nicht gehen!

Viel wirkungsvoller erscheint mir in dem Zusammenhang (Abg. Ing. Stoisser: "Im ORF bekommt man alle Tage solche Empfehlungen!")

Meine Damen und Herren, viel wirkungsvoller erscheint mir in dem Zusammenhang die Einrichtung von Energiesparberatungsstellen, und zwar nicht nur in Graz sondern in allen Bezirksstädten. Wenn die Leute schon durch ihre Meinung zu Zwentendorf ein Energiesparbewußtsein demonstriert haben, so soll man ihnen auch die Möglichkeit geben, das zu tun. Viele Leute würden gerne sparen, aber sie wissen nicht wie. Bei der Einstellung der Ofen, bei der Verwendung wärmedämmenden Materials.

Als weitere Maßnahme zur Stabilsierung der Energiesituation in unserem Land müßte eine gezielte Steuer- und Subventionspolitik, etwa für wärmedämmende und energiesparende Bauweisen Platz greifen. (Abg. Pöltl: "Sagen Sie wo man sparen soll. Das ist ein Witz!") Man soll, glaube ich, die Steuerung über den Preis als letztes Mittel der Lenkung heranziehen. Man soll aber vernünftigerweise auch darüber diskutieren, ob es nicht irgendwann einmal notwendig sein wird, sich zu gewissen administrativen Maßnahmen durchzuringen, um gewisse Energieträger in gewissen Regionen optimal einzusetzen. Genauso wie wir das beim Wasser tun, wie wir es beim Kanal handhaben, weil ohne solche Maßnahmen eine Rentabilität ganz einfach nicht zu erzielen ist.

Meine Damen und Herren, es kommt auch darauf an, die konventionellen Energieträger in unserem Lande auszubauen. Es müßte Aufgabe eines steirischen Energieplanes sein, konkret zu sagen, wie das Ausbaukonzept für die nächsten 15, 20 Jahre aussieht, die Standorte sein sollen, welche Möglichkeiten es überhaupt noch in unserem Land gibt, wie der zeitliche Rahmen beschaffen ist, wo die erforderlichen finanziellen Mittel sind und wie man diese beschaffen kann. (Landesrat Peltzmann: "Fohnsdorf zusperren ist eine Möglichkeit!" — Abg. Ing. Stoisser: "Beton hineingießen!")

Meine Damen und Herren! Wir werden bei der Diskussion dieser Frage auch nicht um das Problem herumkommen, daß das Interesse an einer gesicherten Energieversorgung manchmal mit den Interessen des Umweltschutzes und des Naturschutzes kollidiert und es wird notwendig sein, hier sehr mutige und klare Entscheidungen zu treffen.

Schließlich wird der Forschung und der Forschungspolitik eine große Aufgabe zukommen. Es tut mir leid, auch hier eine Anmerkung machen zu müssen, die vielleicht einigen Herren in diesem Haus nicht ganz gefällt. Wir haben in der Steiermark einen Wissenschafts- und Forschungslandesfonds, der immerhin mit rund 10 Millionen Schilling jährlich dotiert ist. Ich habe im Finanz-Ausschuß die Anfrage gestellt, ob im vergangenen Jahr irgendein Projekt auf dem Energiesektor aus diesem Fonds gefördert worden wäre. Es tut mir leid, daß ich aus der Antwort und aus der Aufstellung, die ich

bekommen habe, nicht entnehmen konnte, daß auch nur ein einziges Energieprojekt durch das Land Steiermark beziehungsweise durch diesen Wissenschafts- und Forschungslandesfonds gefördert worden wäre.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß einen anderen Gedanken. Energiepolitik ist künftighin auch Gesellschaftspolitik. Das hat die Abstimmung über Zwentendorf gezeigt, die ein hohes Maß an politischem Interesse der österreichischen Bevölkerung demonstriert hat und bei der sich die Menschen über alle Parteigrenzen hinweg zur einen oder anderen Meinung entschlossen haben. Man sagt, daß vor allem jüngere Menschen vorwiegend gegen den Atomstrom gestimmt haben. Das mag sein, das mag nicht sein. Aber wenn es so ist, meine Damen und Herren, dann war es nicht nur ein Protest gegen Zwentendorf, sondern es war auch ein Protest gegen (Präsident Feldgrill: "Gegen Kreisky!") gewisse Wirtschafts- und Denkschemata, die uns beherrschen, anstatt wir sie. Wir sollten diese Alternativen sehr ernst nehmen. Wir haben uns mit diesen ehrlichen Überzeugungen sehr ernsthaft auseinanderzusetzen und es soll sich niemand vorschnell freuen und glauben, daß ein Ja oder Nein zu Zwentendorf gleichzeitig ein Ja oder Nein zu einer bestimmten Partei gewesen wäre. Wenn es ein Protest war, dann betrifft er alle (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Wer hat es gesagt?" --Abg. Dr. Dorfer: "So wünscht man es sich!"), und wir haben alle miteinander Grund, mehr darüber nachzudenken. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Das ist eine glatte Verdrehung!") Was meinen Sie? (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Niemand als der Bundeskanzler hat gesagt, das ist eine politische Abstimmung!") Wenn Sie von einer Verpolitisierung dieser Abstimmung reden, dann kann ich Ihnen die Geschichte dieses Atomkraftwerkes noch einmal erzählen. Vom eindeutigen "Ja" der OVP bis zum Abspringen und zur scheinbaren Neutralität garniert mit eindeutigen Nein-Empfehlungen der Herren Dr. Taus und Dr. Niederl. (Abg. Dr. Maitz: "Weil die Wissenschaft in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse hatte!") Wenn Sie von Verpolitisierung reden, dann weiß ich nicht, was in dieser Frage Verpolitisierung ist.

Aber ich möchte mich am Schluß mit dem beschäftigen, was am ersten Tag dieser Budgetdebatte Kollege Schilcher zu den Alternativen gesagt hat. die das Thema der heurigen steirischen Akademie waren. Kollege Dr. Schilcher hat hier vieles gesagt, was man unterstreichen kann. Er hat aber auch einiges gesagt, zu dem ich zwei oder drei Anmerkungen machen möchte. Erste Anmerkung: Es ist richtig, daß wir durch einen gewissen Überfluß an Erdöl verwöhnt wurden, daß diese Verwöhnung gewisse Denkblockaden errichtet hat, und daß jetzt diese Denkblockaden vielleicht durch Zwentendorf weggefallen sind, daß wir alle jetzt mehr die Möglichkeiten haben, in Alternativen zu denken, aber nicht nur in den Energiefragen, sondern in den Fragen aller Lebensbereiche. Zweite Anmerkung: Alternatives Denken kann ruhig einen Schuß Utopie vertragen, alternative Lösungen dagegen, meine Damen und Herren, die müssen realistisch sein. Zugegebenermaßen steht auf der einen Seite die bisweilen sehr selbstbewußte Welt der Wissenschaft, der Technik, der Politik, der Glaube, alles sei machbar. Aber die Alternative dazu ist nicht die Idylle in einer kleinbürgerlichen oder in einer kleinbäuerlichen Welt, in der sich die Probleme im gutnachbarlichen Gespräch lösen lassen und als Begleitmusik das Mühlrad am Bache plätschert. Meine Damen und Herren! Es geht nicht um ein "entweder oder". Es geht um ein "sowohl als auch". Es geht in dieser Frage um einen gesunden Mittelweg. Dritte Anmerkung: Energiealternativen haben wie alle Alternativen auch eine soziale Dimension. Wenn es Gruppen in unserer Gesellschaft gibt, die alle Errungenschaften der modernen Zivilisation erreicht haben, dann erhält ein undifferenzierter Ruf nach Sparen, der andere davon ausschließt, diesen Stand zu erreichen, einen Beigeschmack, der mir nicht gefällt. Das heißt, Alternativen müssen nicht nur sinnvoll und realistisch sein, sie müssen auch sozial vertretbar sein, das heißt, für die Mehrheit der Bevölkerung finanziell zugänglich, was man zum Beispiel heute von gewissen Formen der Alternativenergie noch nicht behaupten kann. Vierte und letzte Anmerkung. Ich habe gesagt, daß man die Alternativdenker sehr ernst nehmen muß. Ich meine damit, es genügt nicht, wenn man ihnen Spielwiesen zur Diskussion überläßt und in dem einen Punkt unterscheide ich mich vom Kollegen Schilcher. Er hat in seiner bekannten Eloquenz alle Alternativdenkenden umarmt und demgegenüber das Feindbild einer nur in Quantitäten und in Statistiken denkenden roten intellektuellen Katze aufgebaut. die durch den Ruf der OVP nach Qualität in allen Lebenslagen wieder verscheucht werden soll. (Abg. Pranckh: "Die denkt ja nicht!")

Meine Damen und Herren! Das ist schon ein bißchen, wie soll ich es nennen, eine Doppelstrategie. Kollege Schilcher, den ich sehr schätze, umhätschelt auf der einen Seite die Alternativdenker, schwört feierlich dem Wachstum ab und 30 Minuten später steht Kollege Dorfer, den ich auch sehr schätze, auf und erklärt, ein Nullwachstum wäre blanker Unsinn. (Abg. Dr. Heidinger: "Auch die Uberzeugung Ihres Generalredners!")

Zweites Beispiel: Kollege Stepantschitz preist in seiner Generalrede und schätzt sich glücklich, daß in der Steiermark die Grund- und Freiheitsrechte neu gefaßt werden und gleichzeitig übt sich der Herr Landesamtspräsident in Fragen einer Schulbroschüre als Zensor. (Abg. Pranckh: "Nicht als Zensor, sondern als Saubermann!" — Abg. Dr. Heidinger: "Wenn, dann haben wir es bei euch gelernt!")

Drittes Beispiel: Der Kollege Schilcher predigt Verzicht in allen Lebenslagen und der Herr Präsident Piaty geht mit seinen Primarärzten auf die Straße, weil das Verzichten halt doch ein bißchen weh tut. Meine Damen und Herren! Das ist so eine Strategie "für jeden etwas, darf-es ein bißchen mehr sein?" "Am besten für jeden etwas". Ich glaube, so kann man es nicht machen. Wir müssen jene, die alternativ denken, ernst nehmen. (Abg. Dr. Dorfer: "Wir sind gegen jede Gleichheit!") Hermann Hesse hat einmal gesagt, die Jugend will sich ernst neh-

men, sie will ein Ziel, sie will sich engagieren. Wir müssen mit diesen jungen Menschen das Gespräch suchen und finden, nicht nur in dieser Frage der Alternativen, sondern in allen Fragen, in allen Bereichen, denn unsere Demokratie braucht diesen Einsatz. Wir müssen mit ihnen diskutieren, auch wenn es manchmal nicht angenehm ist. (Beifall bei der SPO.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harmtodt.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Kollege Kohl hat heute schon sehr ausführlich über die Industrie gesprochen. Ich fühle mich nun berufen, heute über das Gewerbe zu reden. Alle Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch die Bundesregierung sprechen dauernd von der Industrie und vielleicht ein bißchen noch, wenn es mit der Milchpreisregelung zusammenhängt, von der Landwirtschaft und vielleicht auch ein bißchen noch vom Fremdenverkehr. Wenn man vom Arbeitsplatz spricht, dann erwähnt man das Gewerbe überhaupt nicht. Das Handwerk, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat zwar heute keinen goldenen Boden mehr, aber einen sehr festen, einen starken Boden, der leider von Jahr zu Jahr dünner und schwächer wird. Das Gewerbe stellt in der österreichischen Wirtschaft einen wesentlichen Faktor dar. Seine große Bedeutung wird jedoch von vielen Politikern, aber auch zum Teil von der Bevölkerung unterschätzt. In der österreichischen Wirtschaft gibt es 72.000 Gewerbebetriebe; ihr Anteil am Bruttonationalprodukt beträgt 130 Milliarden Schilling. Das Handwerk beschäftigt 530.000 Mitarbeiter, dazu kommen noch die Familienmitglieder. Wir konnten die Abgänge von der verstaatlichten Industrie (Abg. Ing. Stoisser: "Uber 5000!") und zum Teil von der anderen Industrie aufnehmen. In der Steiermark allein gibt es 12.344 Unternehmer mit 73.611 Dienstnehmern wieder plus den Teil der Familienmitglieder. Interessant ist, in der Steiermark hatten wir im letzten Jahr im Gewerbe eine Zunahme von 1,22 Prozent, während die Industrie in der Steiermark im gleichen Jahr einen Abgang von 1,94 Prozent verzeichnete. Von 1970 1977 hat das Gewerbe in der Steiermark zusätzlich 7831 Arbeitsplätze geschaffen. Uber 50 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Lehrlinge, werden vom Gewerbe ausgebildet. In der Steiermark sind das 17.383 Lehrlinge, das sind genau 51 Prozent. Die duale Lehrlingsausbildung hat sich gut bewährt. Laut meiner Erfahrung und das ist die Regel, werden Lehrlinge in Kleinst- und Kleinbetrieben wesentlich besser und vielfältiger ausgebildet. Unsere Landesberufsschulen sind entsprechend ausgebaut und auch die schulische Ausbildung ist entsprechend. Außerdem steht allen Lehrlingen unser Wirtschaftsförderungsinstitut für die Vorbereitungen der Lehrabschlußprüfungen zur Verfügung. Kollege Premsberger und Kollege Loidl haben sich ebenfalls lobend für die ausgesprochen. duale Lehrlingsausbildung

möchte Ihnen daher meinen herzlichsten Dank aussprechen. Besonders möchte ich aufzeigen, daß sich das Gewerbe in der Zeit der Rezession sehr gut bewährt hat. Sie können mit vorübergehenden Schwierigkeiten leichter fertig werden und zwar durch ihr besseres Anpassungsvermögen, vor allem aber durch ihren Fleiß und sie kennen ja keine 45-Stundenwoche, Diese Unternehmer, diese Kleinunternehmer arbeiten ja 60, 70 und 80 Stunden wöchentlich. Das ist auch die Ursache, daß diese Kleinunternehmer diese Rezessionen leichter überstehen. Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Wirtschaft ohne diesen kleinen gewerblichen Unternehmer nicht auskommen kann. Ja sogar in den Oststaaten hat man erkannt, daß man auf die Dauer nicht auf diese gewerblichen Unternehmer verzichten kann. In Ungarn zum Beispiel gibt es zur Zeit 78.000 kleine Handwerker, und diese Zahl soll sogar aufgestockt werden. Man rechnet, daß man im Jahr 1985 etwa 150.000 kleine Unternehmer haben wird. Dort gibt es sogar Schnupperunternehmer, das heißt, Mitarbeiter der staatlichen Industrie können nebenbei, bei uns würde man Schwarzarbeiter sagen, arbeiten. Wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, so können sie sich dann selbständig machen. Das Land Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat für die mittelständische Wirtschaft einige Akzente gesetzt. Hier in diesem Hohen Haus wurden das Jungunternehmerförderungsgesetz und das Mittelstandsförderungsgesetz verabschiedet. Die Handelskammer Steiermark mit Unterstützung der Landesregierung hat einige Einrichtungen für die mittelständische Wirtschaft, für das Gewerbe geschaffen. Ich erinnere nur an den Exportring, an die praktischen Betriebsberatungen und an unser Wirtschaftsförderungsinstitut. Der Exportring ist eine Einrichtung, die die Aufgabe hat, die Exportgesinnung zu wecken. Unsere Mitarbeiter des Exportringes sind immer präsent, für dièse Unternehmer einzutreten. Wir stellen unsere Exporteinrichtung zur Verfügung. Es sind allerdings Schwierigkeiten aufgetaucht und es wird fälschlich betrachtet, daß der Exportring ein Exporteur wäre. Das ist er ja nicht, sondern nur eine Organisation, unterstützt von seiten des Landes. In Verbindung mit der Ausstellung in Kanada haben wir ein bißchen Schiffbruch erlitten und zwar deshalb, weil unsere Exporteure nicht mehr mitkonnten. In Verbindung mit der Einführung der Mehrwertsteuer, dem Wegfall der Exportrückvergütung und vor allem durch die Dollaraufwertung und durch die Dollarabwertung und Schillingaufwertung kam es zu großen Schwierigkeiten. Der Exportring hat sich sehr bemüht und wird sich auch in Zukunft sehr bemühen. Wir haben am 25. September dieses Jahres in München eine Warenhandelsgesellschaft, eine Tochterfirma, gegründet, die dort eine ständige Ausstellung und ein Auslieferungslager hat. Wenn der Export Schwierigkeiten hat, so sind es auch die Belastungen — wir haben das schon gehört —, die sich erst später bemerkbar machen, dafür verantwortlich. Das sind das zweite Abgabenänderungsgesetz, die Lkw-Steuer, sonstige Belastungen und vor allem die Schillingaufwertung. Diese Belastungen werden uns noch größere Schwierigkeiten bereiten.

Jetzt fällt mir ein, wenn der Generalredner von der SPO, mein Kollege Heidinger, gesagt hat, daß der Bund alles gut macht und alles, was hier vom Land gemacht wurde, das sei schlecht, (Abg. Zinkanell: "Das hat er nicht gesagt!") so ist das glaube ich, nicht richtig, weil wir konnten feststellen, daß von seiten des Landes sehr viel gemacht wurde. Ich höre immer "Förderungen"! Die Wirtschaft soll gefördert werden! Wir, meine Damen und Herren, brauchen keine Förderung, wir wollen auch keine Steuergeschenke haben. Geschenke und Teilförderungen verzerren die Wettbewerbsverhältnisse. Was wir wollen, ist, daß unsere Betriebe nicht laufend belastet werden und unsere Unternehmer sollen verdienen, sollen Gewinne machen und klarerweise auch Steuern bezahlen; Steuern zahlen, damit wir den Wohlstand aufrecht erhalten können, daß wir Einrichtungen schaffen können, die wir notwendig brauchen. Wir wollen ja Straßen bauen, wir wollen Wohnungen bauen und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der richtige Weg!

Abschließend noch ein Problem! Sie wissen, Sie kennen das Entgeltfortzahlungsgesetz mit den 3,8 Prozent. Als man wahrgenommen hat, daß dieser Topf zur Neige geht, haben sich die westlichen Betriebe gerührt. Sie glaubten, daß es ein Ost-West-Gefälle wäre. Wir haben festgestellt, wir konnten eruieren, daß es kein Ost-West-Gefälle ist, sondern ein Groß-Klein-Gefälle, das heißt, daß unsere kleinen Unternehmen für die Industrie bezahlen mußten. Das ist eine Tatsache, hier sind Verhandlungen im Gange. Ich hoffe, daß wir zu einer guten Lösung kommen werden.

Noch ein Wort, meine lieben Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Helfen Sie mit, und hier meine ich auch die Presse, daß unser Gewerbe wieder die Bedeutung bekommt die ihm zusteht. Und nur mit Ihrer Unterstützung wird das Gewerbe einen entsprechenden Standort bekommen. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Premsberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Premsberger: Werter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich nun die Gelegenheit habe, als ein aus der Industrie kommender, im praktischen Leben stehender Arbeitnehmervertreter, die Probleme der Wirtschaft zu beleuchten, so wird es hier unterschiedliche Ansichten geben. Das ist ja auch verständlich! Denn ich als Arbeitnehmervertreter sehe nicht zuerst das Geld, sondern meine Aufgabe ist es, den Menschen zu vertreten, daher kommt es automatisch zu einer unterschiedlichen Beurteilung. Heute spricht man von gewissen Sorgen, die für die Arbeitnehmer seit Jahren bestehen. Ich muß ehrlich sagen, in den letzten Monaten bereitet mir die Entwicklung in der Industrie und dadurch auch gegeben die internationale Entwicklung besondere Sorgen und schlaflose Nächte. In einer Zeit- und auch das will ich hier in Erinnerung rufen - wo es in Osterreich einen Beschäftigungsstand von 2,8 Millionen gibt, also ein absoluter Rekord.

Herr Dr. Dorfer, ich bin so korrekt hier zu sagen. das ist die Statistik, aber sie stimmt leider nicht immer ganz, ich weiß das als Kammerrat. Da kommen wir nämlich auf die Arbeiterkammerwahl zu sprechen, vor allem auf die Wahlrechtsreform. Bei diesen 2,8 Millionen sind natürlich von den Arbeitgebern die Frauen und die Erbberechtigten in der Sozialversicherung angemeldet, ja die wären doch beleidigt, wenn man sie jetzt auf einmal Arbeitnehmer nennen würde. Sie scheinen aber (Abg. Dr. Dorfer: "Was sind sie sonst?") in der Sozialversicherung als Arbeitnehmer auf (Landesrat Peltzmann: "Sie verteidigen die Statistikkosmetik!") ja einen Moment — (Abg. Schrammel: "Sind beitragspflichtig!") und Sie möchten jetzt nun, daß sie in der Kammer für Arbeiter und Angestellte, mit der sie überhaupt keine Verbindung haben, (Abg. Dr. Dorfer: "Ist das beleidigend, wenn man sie Arbeitnehmer nennt?") das Recht zur Wahl haben! (Abg. Jamnegg: "Herr Kollege, dann würden Sie in das Selbständigengewerbe gehören!") Aber damit zu Ende, ich gebe Ihnen von meiner Warte aus eine kurze Antwort; Sie können ganz anderer Meinung sein, das steht Ihnen frei! (Abg. Ing. Stoisser: "Wir sind nicht beleidigt, als Arbeitnehmer bezeichnet zu werden!") Da könnte man stundenlang diskutieren. Ich habe nur, weil gesagt wurde, man möge eine Antwort geben, als Kammerrat geantwortet.

Nun, die generelle Beschäftigungssituation kann man in Osterreich als gut bezeichnen und das Wirtschaftswachstum in Osterreich liegt auch über dem OECD-Durchschnitt. Für uns aber, weil auch in der Diskussion hier über das Wachstum und die Einstellung zum Wachstum der Wirtschaft gesprochen wurde darf ich Ihnen als Arbeitnehmervertreter sagen, bin ich ein absoluter Anhänger eines gesunden Wirtschaftswachstums und ich wünsche es mir zumindestens mit 3 Prozent, (Abg. Ing. Stoisser: "Drei ist zu wenig, dreieinhalb!") damit wir all diesen Problemen und Forderungen, die auf uns zukommen, gerecht werden können. Schauen Sie, wir müssen auch in einer Zeit, die bestimmt ernst und schwierig ist, auch zuerkennen — und es ist ja nicht nur die Angelegenheit eines kleinen Kreises oder nur der Regierung - so korrekt bin ich auch, sondern es ist die Einstellung der gesamten Bevölkerung und der Wirtschaft, daß bei uns eine fallende Tendenz bei den Preisen festzustellen ist. Das muß man auch korrekterweise sagen. (Abg. Ing. Stoisser: "Nein, nicht alle!") Zumindest die Inflationsrate konnte unter Kontrolle gebracht werden und wenn ich, werter Kollege Stoisser, das als Sozialist sage, (Abg. Ing. Stoisser: "Das ist etwas anderes!") daß das nicht nur allein der Regierung, sondern auch der Mithilfe der Wirtschaft bedarf, dann glaube ich, bedarf es keines Zwischenrufes. Nun die Negativerscheinungen von 1977, die Verschlechterung der Handelsbilanz hat natürlich die Regierung gezwungen, Maßnahmen zu setzen, die zu enormen Diskussionen geführt haben, denn dieses Maßnahmenkonzept wurde von Ihrer Seite logischerweise abgelehnt und die Mehrwertsteuereinführung, die Luxussteuer von 30 Prozent war notwendig, um auch bei den Importen ein bißchen bremsend zu wirken. Ich darf Ihnen eines sagen,

wenn man hier diese Maßnahmen immer wieder kritisiert, dann darf man doch die Bitte an gewisse Kreise der Wirtschaft richten, daß man auch berücksichtigt, daß der Leistungskatalog der öffentlichen Hand immer größer wird, und daß die Wirtschaft nicht gerne Belastungen entgegennimmt ist verständlich. Auch wir Arbeitnehmer sind nicht gerade begeistert, wenn wir Belastungen im Interesse des Gesamtstaates zur Kenntnis nehmen müssen. Wir müssen uns auch ein wenig mit unseren Wünschen dem Staat gegenüber einschrenken. Jeder möchte weniger Steuern bezahlen, aber immer mehr Wünsche an die öffentliche Hand und an den Staat werden jeden Tag laut und auch von Ihrer Seite werden solche Wünsche immer wieder getätigt. Nun das Gewerbe und der Handel, das möchte ich ausdrücklich herausstreichen, sind für die Wirtschaft des Staates ein ganz wichtiger Faktor und es wäre total falsch, wenn wir als Arbeitnehmervertreter der Industrie so engstirnig wären, daß wir glauben, nur die Industrie sei entscheidend. Nein, das Gewerbe und das bestreite ich nicht, hat im Bereich der Lehrlingsausbildung, der Beschäftigung von Arbeitnehmern eine äußerst wichtige Aufgabe und wenn man von Seiten des Gewerbes nunmehr negativ auch Außerungen gegenüber der Bundesregierung hier in diesem Haus vorbringt, dann möchte ich doch die Bitte äußern, gestehen Sie doch auch zu und anerkennen Sie, daß es noch nie eine Regierung in Osterreich gegeben hat, (Abg. Ing. Stoisser: "Weil es nicht notwendig war. Wir wünschen uns keine Förderungen, wenn die Belastungen nicht so arg wären!") die solche Förderungsmittel auch für das Gewerbe zeitgerecht durchgeführt hat. (Beifall bei der SPO. — Abg. Ing. Stoisser: "Das war unseriös!") Nun möchte ich folgendes besonders herausstreichen. Wir haben seit Jahren echte Sorgen und wenn man in der Zeitung liest, daß die Beschäftigungszahl in der Industrie rückläufig ist, dann muß ich als Arbeitnehmervertreter in der Industrie natürlich das zugeben und ich muß sagen, das sind ja auch die Sorgen, die uns seit Jahren beschäftigen. Denn seit 1966, als wir die erste Wirtschaftskrise in Österreich gespürt haben, ist in gewissen Bereichen der Industrie, ich sage ausdrücklich in gewissen Bereichen und ich komme noch näher daraufhin zu sprechen, weil das alarmierend für uns sein muß, das ist der Produktionsbereich, sehr, sehr rückläufig ist. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, wenn man bedenkt, daß in den meisten Betrieben seit 1966 in den Produktionsbereichen Arbeiter abgebaut werden, so müssen wir uns natürlich echte Sorgen machen und hier wird erwähnt, wir investieren unsere Arbeitsplätze weg. Ja, was heißt denn das? Bei der Diskussion um Kernenergie hatte ich das Vergnügen. weil ich ein Anhänger war, ich war 100 Prozent für die Kernenergie, (Abg. Pöltl: "Das glaube ich!") ganz überzeugt, das darf ich Ihnen sagen, ich werde Ihnen auch noch die Begründung bringen. Da habe ich mich mit jungen Menschen auseinandergesetzt und die haben damals die Meinung vertreten, die Energieversorgung sei für die Arbeitsplatzsicherung und für die Wirtschaft gar nicht so wichtig, man möge doch ein bißchen vernünftiger den Gürtel enger schnallen, ein wenig zurückstecken, wie ich

es auch hier im Haus gehört habe. (Landesrat Peltzmann: "Du meinst bei den anderen!") Moment, auch bei allen, nicht bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei Euch, mein lieber Freund. (Landesrat Peltzmann: "Das meine ich!") Ihr vertragt das ja auch besser als wir, denn bei uns gibt es wenig zu verlieren, aber bitte, auch hier wird dieser Appell nicht so ohne weiteres von uns gewiesen. Aber so einfach geht das ja nicht. Daß diese jungen Menschen glauben, daß wir einfach weniger Maschinen kaufen und weniger investieren sollten, um dafür mehr Leute einzustellen. Ja, das ist doch ein Irrtum, (Abg. Dr. Dorfer: "Sehr richtig!") denn Osterreich ist doch nur ein kleiner Punkt auf dieser Erde. (Abg. Dr. Pfohl: "Das glaube ich!") Wir werden gezwungen, durch die sprunghafte Entwicklung am Weltmarkt, auf dem Gebiet der Technologie zu investieren, damit wir überhaupt wettbewerbsfähig bleiben. Hier kann man also in der Richtung - so schön sich das anhört, wenn die Jugend sagt, weniger Maschinen, sichere Arbeitsplätze — einfach nicht für die Tatsachen in der Wirtschaft zur Kenntnis nehmen, das hat man auch der Jugend zu sagen.

Nun sage ich Ihnen eines, wir in der Wirtschaft brauchen billige Energie. Außerdem reden wir von der Wirtschaft bei den Budgetdebatten meistens an der siebenten Stelle, da haben wir überhaupt keine Zeit mehr, weil wir von unseren Obmännern die Weisung erhalten, uns kurz zu fassen. Ich halte mich heute nicht kurz, (Abg. Dr. Dorfer: "Sehr richtig!") ein paar Dinge, die mir nicht passen, sage ich Euch schon noch. Auch damals hat der Abgeordnete Fuchs mit Recht darauf hingewiesen, als ich über Energie gesprochen hatte, Herr Premsberger, für uns ist es wichtig in der Wirtschaft, daß die Energieversorgung gesichert erscheint und billigst ist, das ist ein ganz wichtiger Faktor. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, auch nicht so uninteressant und das werden wir und die Bevölkerung der Steiermark und Osterreichs noch zur Kenntnis nehmen müssen, auch für den Haushalt. Wir sind es gewohnt alle Stromquellen einzuschalten — ein gewisser Lebensstandard, der selbstverständlich ist. Ich möchte hören, was heute die Frauen sagen würden, wenn sie die Wäsche wieder mit der sogenannten Waschrumpel waschen müßten, statt den Waschautomaten einzuschalten. (Abg. Dr. Heidinger: "Sie können es gar nicht mehr!") Das sind alles Dinge, die man berücksichtigen sollte. Es ist leicht zu sprechen, solange alles zur Verfügung steht. Ich möchte die Regierung und die verantwortlichen Politiker, na ich hoffe, daß ich es dann nicht mehr bin, wenn es so weit kommen sollte, weil die werden dann etwas erleben, da wird ihnen die Bevölkerung andere Dinge sagen, als es heute der Fall ist - und ich kann Ihnen sagen, der Energiebedarf steigt jährlich. Wenn Dr. Musil, ich bin davon überzeugt, daß er mehr von der Wirtschaft versteht als ich, denn sonst müßte ich nicht den Zentralbetriebsratsobmann spielen, dann würde ich schauen, daß ich Direktor würde, dann bekäme ich mehr bezahlt, aber (Landesrat Peltzmann: "Ich weiß nicht!") dieser Dr. Musil. Ja, ich sage Ihnen schon, was ich bezahlt bekomme, ich habe einen Partieführerlohn und nicht mehr, bei mir gibt es keine Sonderzahlung als

Zentralbetriebsratsobmann. Das möchte ich Ihnen sagen! (Landesrat Peltzmann: "Das müssen Sie mir nachher vorrechnen!") Wenn es in einem Betrieb gut geht, ist es immer nur die Führung, wenn es aber schlecht geht, dann wollen sie von mir als Zentralbetriebsratsobmann, daß ich die Probleme löse. So einfach geht die Geschichte ja auch wieder nicht! Und dieser Dr. Musil sagt also folgendes: Durch das Ablehnen der Kernenergie würde in den nächsten zwei bis drei Jahren in Osterreich keine Stromverknappung eintreten. Weiters sagt er, das hat er gesagt, ich habe es ja in Ihrer Zeitung gelesen, ich lese ja auch Ihre Zeitung, (Landesrat Peltzmann: "Hat das die Partei gestattet? — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Na Sie, in meiner Partei ist es gestattet, so demokratisch ist unsere Partei. Wenn bei Ihnen bei der OVP es verboten sein sollte, eine sozialistische Zeitung zu lesen, dann ist es eine andere Angelegenheit. Er meinte weiter, daß durch die Ablehnung der Kernenergie auch die Wirtschaft mit keinen Wachstumseinbußen zu rechnen hat. Da hat er aber scheinbar doch ein paar Dinge in der steirischen Wirtschaft und auch darüber hinausgehend übersehen. Denn eines möchte ich Ihnen sagen. (Abg. Ing. Turek: Sofort geändert!") Bei Euch, bei der Freiheitlichen Partei, mein Lieber, Ihr macht es Euch ja sehr einfach, das ist ja altbekannt bereits, bei der Sozialversicherung, Wirtschaftsfragen, da macht Ihr es kurz und bündig, ja bitte schön, wir werden darauf . . . (Abg. Ing. Turek: "Wir lassen uns von Euch nicht beraten!") Von uns Arbeitnehmern werdet Ihr noch die gebührende Antwort bekommen!

Aber nun möchte ich folgendes sagen: Wenn man glaubt, daß es in der Industrie durch die Ablehnung der Kernenergie keine Auswirkungen und keine Wachstumseinbußen gibt, dann ist das ein gewaltiger Irrtum. Man darf nicht übersehen, daß in der steirischen Industrie, sowohl in der Forschung als auch in den Werkstätten — weil wir überzeugt davon waren, das sei eine zukunftsträchtige Sparte — sehr viel investiert haben, enorme Risken in Kauf genommen haben.

Bei den Auseinandersetzungen, die es in der letzten Zeit mit der Konkurrenz gegeben hat, haben wir mitangeboten, haben Kampfpreise getätigt, haben auf diesem Gebiet nichts verdient, sondern investiert, nehmen Sie das zur Kenntnis. Wir waren der Meinung, daß dies ein Problem der Energieversorgung ist und hier von der österreichischen Industrie der Anschluß nicht verpaßt werden darf. Diese Bereiche der Industrie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß diese werkstättenintensiven Aufträge des Apparatebaues — übersehen Sie das nicht, die Produktionsbereiche, auf die komme ich noch zu sprechen — natürlich (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: "Nicht zu lange!") Was heißt "nicht zu lang", das werden Sie sich jetzt noch anhören, hier geht es um Menschen, hier geht es um Beschäftigung, da werden Sie heute noch etwas Zeit haben müssen! (Abg. Dr. Pfohl: "Wir reden von der Atomenergie!") Ich sage Ihnen, diese Negativerscheinungen werden wir noch zu spüren bekommen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Wer sagt, daß wir keine Zeit haben?") Nein, ich höre da die Zwischenrufe, Herr Landes-

hauptmann! (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Wir haben bis morgen Zeit!") Na ja, das beruhigt mich, Herr Landeshauptmann! Ich habe ja nur hier die Zwischenrufe "nicht zu lange" gehört. (Abg. Dr. Dorfer: "Du hast schon recht Premsberger. Nur nicht treiben lassen!") Nun, wie ich hören und lesen konnte, hat Dr. Musil darauf hingewiesen, daß die Strompreiserhöhungen, die notwendig wären, nicht auf die Wirtschaft abgewälzt werden dürfen, weil die Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt würde. Und ich muß Ihnen ehrlich sagen, irgendwie ist das auch verständlich, denn am 5. Dezember 1978 lese ich in der Tagespost unter anderem. Maßnahmen zur sparsameren Verwendung der elektrischen Energie müssen gesetzt werden, was eine fühlbare Anhebung der Strompreise notwendig mache, besonders im privaten Konsum! Na, auf Kosten der breiten Masse, die sollen also die Belastungen hier zur Kenntnis nehmen. Umgekehrt lese ich gerade gestern in der Zeitung, wo darauf hingewiesen wird, natürlich Strompreiserhöhungen, denn auch in Deutschland habe die Industrie um 18,3 bis 21,5 Prozent weniger an Kosten für (Abg. Ing. Turek: "Im ,Profil'!" — Landesrat Peltzmann: "Ich habe die Zeitung da!") Jawohl, das lesen wir alle! Ja, wir sind ja Politiker, aber hier wird darauf hingewiesen! (Abg. Ing. Turek: "Weil Sie es so spannend machen!") Sie werden mir wohl gestatten, Herr Turek, daß ich das hier bringe, das ist auch ein Vorteil für die österreichische Wirtschaft und ich lehne es ja nicht ab. Im Gegenteil! Ich habe vorher gesagt, wir brauchen billigen Strom, billige Energie, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verlieren. (Abg. Dr. Pfohl: "Warum hat Kreisky nicht entschieden? Das ist seine Aufgabe als Regierungschef. Er hätte es machen können!") Mein lieber Herr Dr. Pfohl! Da haben wir gestern Herrn Turek (Abg. Ing. Turek: "Jawohl!") in Zwischenrufen aufmerksam gemacht, als er sagte, der Bürgermeister von Graz habe nichts zu entscheiden, das haben die Ressortchefs! Wofür ist er dann Bürgermeister, er hat zu entscheiden, genau wie in einem Betrieb! (Beifall bei der SPO.)

Und nun verlangt man . . . (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Na ja, was heißt denn, ich werde auch von einem Direktor eines Betriebes, vom Chef, logischerweise die Verantwortung verlangen. Und wenn sich dieser auf seinen Abteilungsleiter ausredet, lehne ich es ab! (Abg. Dr. Dorfer: "Wollen Sie mit dem Götz?" — Abg. Schrammel: "Da werden bald alle nichts mehr zu reden haben!") Es wird nun die Neuerstellung eines Energieplanes verlangt, und wenn man von diesem Energieplan spricht, dann muß ich Ihnen auch noch ein paar Dinge sagen. Es wird hier der Ausbau der Wasserkraftwerke gefordert und da erinnere ich Sie daran - ich habe in diesem Haus schon des längeren darüber gesprochen — übersehen Sie den Naturschutz nicht. Der Naturschutz ist begrüßenswert und natürlich auch daran interessiert, daß unser schönes Land nicht verunstaltet wird. Nun haben wir damals gehört, daß die STEWEAG geplant hat, in Hohentauern einen Staudamm zu errichten, und da haben wir sofort erlebt wie die ganze Bevölkerung dagegen war. (Abg. Wimmler: "Der Grassegger!") Ja Kollege

Grassegger, mein Freund auch, ja natürlich! (Landesrat Peltzmann: "Ein Eigentor!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe und allgemeine Heiterkeit.) Ja, jetzt sagt Landesrat Peltzmann wieder zu mir, ein Eigentor! Wenn der Bürgermeister von Trieben mit Recht (Landesrat Peltzmann: "Jetzt hat er wieder recht!") für seine Bevölkerung Bedenken hat, wenn da oben ein Staudamm errichtet wird und wenn die Staumauer bricht oder wenn etwas passiert, schwemmt es sie unten alle weg ist doch irgendwie verständlich. Ja aber, ich möchte Ihnen nur sagen, so einfach geht die Geschichte nicht, wenn Sie von einem neuen Energieplan sprechen — Ausbau der Wasserkraftwerke. Wir haben (Landesrat Peltzmann: "Das ist ein Freund von Dir!") Herr Landesrat Peltzman, Ihre Zwischenrufe sind mir bekannt, ich muß Ihnen sagen, jetzt bringen Sie mich aber nicht mehr aus der Ruhe! (Allgemeine Heiterkeit! — Abg. Schrammel: "Heute ist der Premsberger nicht zu bremsen!") Hier haben wir in Osterreich Beispielgebendes geleistet, wir haben weitgehend die Möglichkeit der Wasserkraftwerke genutzt und werden sie auch noch weiter nutzen. Wenn man aber liest, daß zum Beispiel der Stausee des Maltakraftwerkes indirekt von gewissen Kreisen für das Erdbeben, (Abg. Dr. Dorfer: "Aber nicht der Premsberger!") das in Italien spürbar war, verantwortlich gemacht wird, daß jeder Eingriff in die Natur sehr gefährlich sei, dann muß ich Ihnen sagen, wie werden wir die Pobleme der Energieversorgung lösen, wenn hier in all diesen Bereichen der Angstfaktor größer ist als alles andere. Ich muß Ihnen sagen, ich als Laie weiß fast keinen Ausweg mehr und wenn man von kalorischen Kraftwerken spricht, dann ist es die Luftverschmutzung, die hier an und für sich wieder ins Treffen geführt wird. Ich habe weiters gehört (Unverständliche Zwischenrufe.) Entschuldigen Sie, ich habe ja Sorge um meine Arbeitspläze bei Waagner-Biró. Sie werden wohl gestatten, daß ich als Abgeordneter zu diesen Problemen Stellung nehme. (Abg. Ing. Turek: "Wie ein Dompteur!") Ja, wie ein Dompteur, da müßte ich mit Ihnen auftreten, Herr Turek. (Beifall bei der SPO.) Wie ich gehört habe, (Abg. Schrammel: "Warum hast Du ein so rotes Gesicht?") Ja, weil es mir warm ist, mein lieber Freund. (Abg. Schrammel: "Nicht soviel aufregen!") Nun habe ich auch gerade in letzter Zeit gehört und das ist sehr bedauerlich, daß die OVP-Jugend und die FPO-Jugend im Bereich Voitsberg, Bedenken gegen die Errichtung dieses Großkraftwerkes in Voitsberg geäußert haben. Wenn das auch noch der Fall ist, (Abg. Neuhold: "Die SPO-Jugend gehört auch dazu!" - Abg. Ing. Turek: "Das hast Du in der Neuen Zeit gelesen!") dann muß ich Ihnen sagen, würde das eine Katastrophe, nicht nur für die Industrie, sondern für den Bereich der Wirtschaft in der Weststeiermark und auch Graz und Umgebung bedeuten.

Hier haben alle Politiker die Aufgabe, ein bißchen klärend (Abg. Ing. Turek "Aufklärend!") einzugreifen oder aufklärend. Dr. Musil hat auch seine Bedenken geäußert, daß bei der Kreditlenkung auch zu sehr der Staat die Investitionssteuerung an sich reißen würde. Die Strukturprobleme in bestimmten

Betrieben und Branchen zwingen uns dazu, neue zukunftsorientierte Produktionen aufzunehmen, Umschichtungen in qualitativ höheren Arbeitsplätzen, das heißt, Ausbau der Finalindustrie im Bereich auch des Anlagenbaues, und wenn man weiß, daß die Bundesregierung Steuerbegünstigungen für Investitionen gewährt, dann glaube ich, ist es nicht übertrieben, wenn wir seitens der Arbeitnehmer den Wunsch äußern, so wie in Frankreich und anderen Ländern, einen gewissen Einfluß bei der Kreditgewährung (Abg. Ing. Turek: "Richtig!") für Investitionen verlangen, (Abg. Ing. Turek: "Planwirtschaft!") damit, nein nicht Planwirtschaft. Hören Sie auf mit dem Unsinn, den Sie die ganze Zeit bringen. (Beifall bei der SPO. — Allgemeines Gelächter.) Sondern um Überschneidungen in gewissen Bereichen der Investitionen zu verhindern. Es gibt heute Industriebetriebe, die seit Jahrzehnten mit Entbehrungen und mit Risken investieren, modernisieren mußten und wenn man jetzt der Meinung ist, im nächsten Betrieb macht man das ganz gleiche, das ist ja ein Hinausschmeißen des Volksvermögens. Eine gewisse Koordinierung muß stattfinden und wenn Sie das so auf die leichte Schulter nehmen. dann tut es mir leid, das sage ich Ihnen. (Abg. Ing. Stoisser: "Eben nein!") In Richtung auch unserer Arbeitsplatzsicherung, denn eines (Abg. Ing. Turek: "Im Osten!") Hören Sie mit dem Osten auf, Herr Turek. Sie können mit allem möglichen kommen, ich kann Ihnen sagen, für mich ist es entscheidend, daß wir hier auch in Osterreich eine Koordinierung bei den Investitionen durchführen, um die optimale Auslastung in unseren Betrieben zu erreichen. Auf billigstem Weg auch, das ist doch auch eine Selbstverständlichkeit. (Abg. Dr. Pfohl: "Herr Betriebsrat, Herr Abgeordneter!") Ja, sagen Sie Betriebsrat, ich bin es ja. (Abg. Dr. Pfohl: "Was macht die Chemie Linz? Die konkurrenziert den Aibl. Das ist ein klassisches Beispiel!") Nun bestreiten wir nicht, daß die Preise bei den Exportgeschäften seit langem stagnieren und sogar fallende Tendenz aufweisen. Man muß auch in diesem Haus hier, das wird auch allgemein bekannt sein, doch erwähnen, daß es eine schwere Konkurrenz aus Japan und Süd-Korea für unsere Industrie gibt. Wir haben von Kollegen, die es selbst erlebt haben, gehört, daß es in Japan als eine Selbstverständlichkeit gilt, kostenlose Überstunden zu machen, um der japanischen Industrie bei den Exportgeschäften zu helfen. So wissn wir, daß diese Probleme, dieser Preisverfall nicht nur kurze Zeit, sondern länger anhalten wird, und daß es notwendig ist, daß in der ganzen Welt wieder eine Aufwärtsbewegung in der Wirtschaft stattfindet, ansonsten, das bestreite ich nicht, werden wir schwerlich diesen Konkurrenzkampf bestehen. Wenn wir auch noch weiter wissen, daß in Frankreich und Schweden die Stahlindustrie wohl vom Staat überlegt gestützt werden. Hier muß ich sagen, ist in Österreich derzeit auch der Wunsch laut geworden, und man darf nicht übersehen, daß es am Weltmarkt Gebiete gibt, wo man das Material um 30 bis 40 Prozent billiger einkauft und damit auch wieder der österreichischen Industrie und dem Gewerbe, die hier laut EWG für das Material ihre Preise zu bezahlen haben, wieder die Konkurrenzfähigkeit zum Teil nimmt, denn die Schweiz verfügt über diesen Bereich des Billigeinkaufes des Materials. Das bringt uns aber eines in Erinnerung, daß man nicht vergessen soll, daß die Alpine nach 1945 beim Aufbau der österreichischen Wirtschaft, besonders auch der steirischen, ihre Hilfe in der Richtung geleistet hat, daß sie damals ihren Rohstoffpreis nicht den Weltmarktspekulationspreisen angepaßt hat, sondern billig im Interesse der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat. Das hat uns auch den Aufbau erleichtert. Da dürfen wir auch unsere Kohlenkumpel nicht übersehen, die damals für diese Wirtschaft, für die Bevölkerung ihr Bestes gegeben haben. (Beifall bei der SPO und bei der OVP.)

Nun zeigt das FORD-Institut folgendes auf. Herr Dr. Dorfer jetzt komme ich nämlich auf etwas hin, was mir wirklich Sorgen bereitet. Das FORD-Institut zeigt nämlich auf, daß eine Milliarde Schilling mehr im Export, 1400 neue Arbeitsplätze schaffen würde. Ich frage mich aber wirklich wo? Zugleich weisen die Experten des Institutes darauf hin, daß eine Milliarde Inlandsauftrag nur 1000 neue Arbeitsplätze schaffen würde. Diese Statistik und Berechnung kann nicht stimmen. Schauen Sie, die Exportaufträge in Milliardenhöhe bringen für die Firmen ein großes Auftragsvolumen, aber zugleich eine rückläufige Beschäftigungsentwicklung auf produktiven Sektor. Diese Aufträge erfordern große Risken, Ausfallshaftungen des Staates und auch Vorfinanzierungen von Industrieanlagen im Ausland. Das bringt ein großes Auftragsvolumen und gute Bilanzen, was den Banken große Freude bereitet. Für die Arbeitsplatzsicherung im produktiven Bereich bringt es uns wenig.

Ein paar Beispiele und dafür habe ich mich heute überhaupt zu Wort gemeldet, auch wenn es ein bißchen länger dauert. (Abg. Dr. Schilcher: "Jetzt wird es interessant!") Früher — ja, das ist aber ganz interessant, wenn man über Wirtschaft spricht und die Auswirkungen, dann soll man auch das berücksichtigen, das wir nicht jeder ganz hundertprozentig in der Tasche haben!

Ein Auftrag von einer Million Schilling, brachte früher 600 bis 700 Werkstattstunden im produktiven Bereich, ein arbeitsplatzsichernder Faktor! Heute, bei den neuen Aufträgen, die wir erhalten, bringt ein Auftrag von einer Million Schilling nur mehr 200, im Höchstfall 300 Werkstattstunden. (Abg. Doktor Schilcher: "Das ist die Inflation!") Aber jetzt werde ich Ihnen gleich etwas sagen! Mein lieber Herr Professor, das ist vollkommen falsch! Alles andere - das ist der Konkurrenzkampf am Weltmarkt, den wir leider nur in der Richtung bestehen können, ich werde Ihnen die Zahlen noch sagen wird mit Zukäufen aus Billigstländern korrigiert. Unsere Techniker und Kaufleute haben hier einen Weg des geringsten Widerstandes beschritten. Aber glauben Sie, daß auf die Dauer die Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft und in der Arbeitsplatzfrage nur mit diesem Handel betrieben werden können? Ich sage Ihnen, nein! Wir schaffen nämlich auf dieser Weise für das Ausland Arbeitsplätze, aber nicht für unser eigenes Land!

Bei Erholung — ja über die Dinge muß man sprechen - unserer Wirtschaft, kann es uns dann nämlich passieren, daß auch in übrigen Bereichen der heutigen Billigländer, die Forderungen auch der dortigen Belegschaftsvertreter - was ich mir ja wünsche — einsetzen und auch sie sich uns angleichen und daß die Wirtschaft sich weltweit erholt, dann können sie keine Billigeinkäufe, Zukäufe mehr tätigen und es wäre dann sehr bedauerlich, wenn wir, weil wir den Weg des geringsten Widerstandes gegangen sind und weil er der leichteste in der Wirtschaft ist, in dieser Zwischenzeit unsere leistungsfähigen Produktionsbereiche oder so eingeschränkt haben, daß wir dann vor fast unlösbaren Problemen stehen. Darüber glaube ich herrscht Klarheit, wir können nur mit Industrie, Gewerbe und Handel leben. Ohne die Industrie kann es keinen Fortschritt (Abg. Ritzinger: "Jawohl!") geben, das müssen wir zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der SPO.)

Wenn nun der Präsident des Steirischen Industriellenverbanders auch besorgniserregend die Äußerung getan hat, daß er mit Bedauern feststellt, daß er in seinen eigenen Reihen nicht mehr die Unterstützung findet, dann scheint es mir bedenklich. Wir können nur, wenn Industrie, Handel und Gewerbe florieren die Arbeitsplätze und unsere Produktionsstätten erhalten und vergrößern, nur so können wir die 370.000 neuen Arbeitsplätze für Osterreich, die notwendig sind, schaffen. (Abg. Ing. Turek: "Was tun Sie dazu, daß das floriert?") Wir helfen mit, Herr Turek, wie Sie das so machen, ganz einfach, er beutelt den Arm und alles ist erledigt. (Abg. Ing. Turek: "Was tut's Ihr!") Er hat die tollsten Entdeckungen, ich muß ehrlich sagen, \ als er gestern sagte, Stoiser sei unfähig, na, wenn er einmal die Leistungen erbringen würde, die Stoiser international anerkannt, erbracht hat, dann begrüße ich Sie! Das möchte ich Ihnen schon sagen. (Abg. Ing. Turek: "Eine Unterstellung!") Sie haben ihn gestern beleidigt! (Abg. Ing. Turek: "Das ist eine Unterstellung!") Aber was, Unterstellung! Hören Sie auf! Ich befürchte als Arbeitnehmer, und ich habe das auch an anderen Stellen schon öfters gesagt, daß wir in der österreichischen Wirtschaft einen Fehler, der vielleicht schwer gutzumachen ist, begangen haben. Wir haben auf dem technischen Gebiet ein bißchen den Anschluß und die schnelle Entwicklung am Weltmarkt verpaßt. (Abg. Ritzinger: "Das hat die Regierungspolitik dazu geleistet!") Aber gehn's hören Sie auf, reden Sie sich nicht auf die Regierungspolitik aus, wir (Abg. Dr. Schilcher: "Heidinger hat die Wahlwirtschaft abgelehnt. Ich habe das Konzept da!") wir bekennen uns zur freien Marktwirtschaft und da möchte ich Ihnen etwas sagen: Die Wirtschaft ist an erster Stelle verantwortlich für die Arbeitsplätze, die Wirtschaft hat dafür zu sorgen, daß das Management in Ordnung ist, daß die Techniker den Anschluß nicht verpassen und die Wirtschaft kann sich nicht ausreden, daß die Gemeinden, die Länder und der Bund zu jeder Zeit Förderungen durchzuführen haben, Ing. Turek: "Ihr müßt eine anständige Wirtschaftspolitik machen!" — Abg. Dr. Maitz: "Androsch kassiert mit dem Steuerbüro!") damit sie bestehen

können, sondern die Offentliche Hand hat nur die Aufgabe, bei gewissen Überbrückungen helfend einzugreifen! Mehr nicht! Sie und keine Regierung ist Schuld, wenn es daneben geht! Das möchte ich Ihnen sagen, denn seit 12 Jahren wissen wir in den verschiedensten Branchen, daß die Werkstattstunden rückläufig sind, daß sich der Weltmarkt in der Richtung entwickelt. Unsere Techniker haben es verpaßt, zeitgerecht dem Management die Weisung zu erteilen, (Abg. Ritzinger: "Das hat damit nichts zu tun!") doch auch dafür zu sorgen, daß die Entwicklung zeitgerecht in den Betrieben stattfindet. Ich warne Sie davor, dies auf die leichte Schulter zu nehmen. Auch die Banken, die sehr viele Betriebe besitzen, die dafür eintreten, daß (Abg. Dr. Maitz: "Vor allem die verstaatlichten Banken!") Aber hören Sie auf, die Verstaatlichung, eine so kleine Privatbank wird schwerlich Großbetriebe in ihren Abwicklungen halten können. (Abg. Ritzinger: "Die Bawag!" — Abg. Laurich: "Die Neumarkter Bank!") Im Grunde genommen ist es aber so, daß die Banken in Osterreich entscheidende Wirtschaftszweige kontrollieren. Daher müssen sie auch zur Kenntnis nehmen, daß nicht nur immer Bilanz, (Abg. Gerhard Heidinger: "Jawohl!") Auftragsvolumen und kaufmännisches Denken ausschlaggebend sind, sondern sie haben auch den Menschen nicht zu vergessen, der dort beschäftigt ist. Sie haben auch, wenn eine Krise auftritt, nicht gleich zu Kündigungen zu greifen, sondern zu versuchen, volkswirtschaftlich hier für den Staat die richtigen Entscheidungen zu treffen. (Beifall bei der SPO.)

Und damit Sie nicht zu sehr nervös werden, (Abg. Ing. Turek: "Wir zittern schon!") darf ich nur noch ein Beispiel bringen und ich appelliere auch heute in diesem Haus, daß auch in der Vergabepraxis in Osterreich ein Umdenken notwendig ist. (Landesrat Peltzmann: "Bravo!") Wenn die Handelskammer an den Konsumenten appelliert, er möge mehr österreichische Waren kaufen, dann soll der Importeur auch mehr an sein Heimatland denken. Ich weiß, daß wir durch Gesetze diese Probleme nicht lösen können, weil wir internationale Verpflichtungen zu erfüllen haben. Aber denken Sie, daß ein an die inländische Wirtschaft vergebener Auftrag sowohl Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, Betriebssteuer und Sozialversicherung, also in allen Bereichen Steuern erbringt.

Bei der Vergabe an einen ausländischen Betrieb fallen diese Steuern für Osterreich weg. Das heißt, in diesen Berechnungen, daß 38 Prozent mehr Kosten bei der Vergabe an eine österreichische Firma noch keinen Verlust für den Fiskus bedeuten. — Das soll man auch berücksichtigen. Daher appelliere ich, daß man bei der Auftragsvergabe in erster Linie auch an die österreichische Wirtschaft denkt. Wenn man auch immer wieder hört, eine Schillingabwertung sei für den Export wichtig, dann sage ich ein klares Nein! (Abg. Ritzinger: "Nein!") Denn noch kein Land, das seine Währung abgewertet hat, hat seine Strukturprobleme lösen können. (Abg. Loidl: "Genau!" — Abg. Ileschitz: "Bravo!" — Beifall bei der SPO.)

Denken Sie daran, daß wir auch von Importen abhängig sind, und daß das zu einer enormen Preis-

entwicklung nach oben führen würde. Die weltweite Entwicklung zwingt uns Maßnahmen auf in Richtung Forschung, aber ganz besonders auf dem technischen Gebiet. Glauben Sie mir eines, wenn im Betrieb kritisiert wird, wird immer gesagt, wir müssen den Verkaufsapparat vergrößern, das ist total falsch, denn man hat den technischen Anschluß verpaßt. Die Techniker haben versagt, weil wir die Produkte leider nicht mehr verkaufen können. Daher ist dem technischen Gebiet in der Forschung besonderer Vorrang einzuräumen. (Abg. Ing. Turek: "Die Bundesregierung soll helfen!") Reden Sie sich nicht auf die Bundesregierung aus. Das ist eine Aufgabe der Wirtschaft, der Allgemeinheit. Die Produktionsbereiche müssen erhalten bleiben in Osterreich. Die Sicherung der Energieversorgung ist auch in preislicher Hinsicht für unsere Wirtschaft wichtig und nun möchte ich Ihnen auch noch sagen, das hören vielleicht nicht alle gerne, ein bißchen mehr, Stahlfreundlichkeit in diesem Land des Eisens, (Allgemeiner Beifall.) auch bei Hochbauten. (Beifall bei der OVP.)

Die Autobahnen, die gebaut werden, (Abg. Ing. Turek: "Aus Stahl gebaut werden!") sind die Straßen für die Zukunft. Wir müssen um den Zentralisierungstendenzen, die in gewissen Konzernen vorherrschen, Einhalt gebieten. Daß wir hier für Graz, für die Steiermark, Betriebe erhalten können für die Zukunft (Abg. Kanduth: "Saustall!" — Abg. Ing. Turek: "Einen Saustall haben wir so!" — Allgemeine Heiterkeit.) ist es notwendig, daß auch die Überführungen über diese Autobahnen eine höhere Lichthöhe aufweisen. (Allgemeiner Beifall.) Eine höhere, wir haben 4,20 Meter und wir brauchen heute 5 Meter Lichthöhe, um Großstücke noch liefern zu können. Gerade die Tagespost (Abg. Ritzinger: "Die beste Zeitung Mitteleuropas!") schreibt heute von einem 120-Tonnen-Großtransport der Waagner-Biró AG. Wir können, weil der Kesselbau in Graz liegt, heute schon Großstücke unter schwierigsten Bedingungen nach Wien transportieren. Abschließend möchte ich Ihnen noch sagen, damit Sie nicht zu sehr nervös werden, aber ich hoffe, daß Sie mich auch ein wenig unterstützen, daß das Großprojekt Voitsberg im Interesse der weststeirischen Wirtschaft und ich bin gar nicht so unbescheiden zu sagen, auch im Interesse meiner Arbeitsplatzsicherung, wenn möglich, vorgezogen wird. Diese Bitte und dieses Ersuchen richte ich an diejenigen, die hier am Steuer sitzen, damit es uns ein bißchen besser geht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile es ihm.

Abg. Marczik: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Premserl, jetzt hör zu, Sie haben soeben in den Ausführungen des (Abg. Premsberger: "Er ist wild auf mich!"), Herr Präsident, also bitte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben gerade in den Ausführungen, oder aus den Ausführungen des Kollegen Premsberger einige Dinge gehört, die ich

sachlich nur ganz kurz beleuchten möchte. Und zwar will ich, wie alle Jahre, kurz einige Bemerkungen zur Lage der Verstaatlichten Industrie machen, denn aus diesem Raum komme ich ja, und ich fühle mich heuer besonders verpflichtet, dazu einige Bemerkungen zu machen. Zunächst aber nur eines, meine sehr verehrten Damen und Herren. Für das gesamte, ich möchte mich sehr kurz halten, für das gesamte Auftrags- und Ertragsdebakel ist es nun Usus, in allem und jedem die soziale Machtwirtschaft schuldig zu sprechen. Es ist niemandem eingefallen, bisher, bitte sehr, einmal konkret auszusprechen, daß es eine ganze Reihe von "hausgemachten" gibt, die hier sehr wesentlich ins Gewicht fallen. Ich nenne nur den laufenden Kostendruck, ich nenne das zweite Abgabenänderungsgesetz, ich nenne den hohen Mehrwertsteuersatz und ich nenne die Luxussteuer, meine Damen und Herren, die auf vielen unserer Fabrikate lasten! Das allein sind sehr wesentliche Dinge, die uns die Exportschwierigkeiten im weitesten Bereich bescheren, und wenn man sehr ernst diese Dinge betrachtet, dann soll man das auch von dieser Warte aus, bitte schön, sehen und nicht um den Brei herumreden. Zum zweiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es uns klar, daß besonders die Stahlkrise nun bereits konstant das vierte Jahr andauert und trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Palette der Maßnahmen, die hier gegen diese Krise oder um dieser Krise begegnen zu können, gesetzt wird, eine sehr reiche. Sie reicht nämlich etwa, wenn Sie nach Süditalien schauen, vom Einmotten ganzer Konzerne bis hin zu kräftigen Finanzspritzen durch den Staat, und ich möchte es nicht versäumen, als positiv zu bewerten, daß man zumindest von der Kreditseite her und von der Haftungsseite sich jüngst getroffen hat, um für die Verstaatlichte auch in Osterreich diesen 10-Milliarden-Rahmen abzustecken.

Nun aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe versprochen Sie nicht lange aufzuhalten, möchte ich zu einem Problem kommen, das mir nicht nur auf den Nägeln brennt, sondern das unter die Haut geht und das weit hinaus über den parteipolitischen Rahmen uns alle in der soviel gepriesenen Region Aichfeld-Murboden betrifft. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vor einer Woche oben die Barabarafeier gehabt, es war die letzte Barbarafeier im Hinblick auf die Schließung des Kohlenbergbaues in Fohnsdorf. Erlauben Sie mir auch dazu noch eine Bemerkung. Ich habe jedes Jahr von dieser Stelle aus hier auf die Bedeutung der heimischen Energiereserven hingewiesen, und für mich ist das Argument, das ich jüngst im Fernsehen hörte und sah, daß es also nur eine wirtschaftliche und eine Kostenfrage sei, in dem Moment kein Argument mehr, zumindest kein stichhältiges, nahezu in jedem einzelnen Fall, bereits zugunsten der heimischen Kohle ausfallen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Energieknappheit sich verdichtet, wenn die Schwierigkeiten weltweit größer werden, sperren wir zu. Wir sperren also nicht nur den Woschitzky-Schacht, das ist also der Schacht mit 1100 Metern Sohlentiefe; wir sperren auch den Karl-

August-Schacht, wo 300 Leute beschäftigt sind, der nicht nur hervorragende Kohlenvorräte, qualitativ, sondern auch quantitativ beherbergt. Wir sperren diesen Schacht zu, noch dazu so fest, daß man nie mehr etwas aufmachen kann. Meine Damen und Herren! Ich möchte das nur in den Raum stellen und sagen, ich kann das einfach nicht verdauen und nicht kapieren, und aus diesem Grund habe ich mit meinen Freunden hier noch einmal den Antrag eingebracht, ein letztes Mal, um die Möglichkeiten zu prüfen, ob es sich nicht doch lohnt, in diesem zweiten Revier oben, im Karl-August-Schacht nachzusehen, ob es sich nicht doch rentiert und möglich gemacht werden kann, diesen Schacht offen zu halten. Nun aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich in die Zielgerade! Ich muß sagen, ich tue mir heute nicht wegen des Redens schwer, sondern mit dem Herzen! Ich komme nun in meinen Ausführungen auf ein Problem zu sprechen, das uns halt allen nicht nur weh tut, sondern das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es realisiert wird, einen Aderlaß bedeutet, in dieser sogenannten vielgepriesenen Region, der einfach nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die gesamte Wirtschaft, für die gesamte Region unerträglich und katastrophal ist. Es handelt sich, meine Damen und Herren, um das VEW-Werk in Judenburg. Ich möchte dazu folgendes sagen: Man hat vor einiger Zeit beschlossen, das dortige Stahlwerk zu sperren. Ich sage Ihnen offen, heute und hier noch einmal: Ich bin absolut dagegen und habe mich bis jetzt nicht überzeugen lassen, daß dies notwendig ist. Bisher hat uns die Fusion, die so oft gepriesene, nämlich nur Amputationen gebracht, sonst gar nichts in Judenburg, und ich sage Ihnen jetzt auch, bitte schön, warum. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man behauptet und wenn man sagt, man könne Strukturen nicht versteinern lassen, bitte schön, nun gut, wenn es nicht anders geht, dann muß man halt für Ersatzarbeitsplätze sorgen, und es wurde im mittelfristigen Investitionsprogramm 1978 bis 1982, ich befasse mich ja laufend mit diesen Dingen, eine Gesamtinvestitionssumme von 400 Millionen Schilling beschlossen, um Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen hier berichten, man spricht zwar von einer Vorverlegung der Schließung, ich betone aber, daß vom gesamten Ausbauprogramm erst die erste Ausbaustufe und von dieser ersten Ausbaustufe überhaupt erst die erste Rate freigegeben wurde vom Vorstand. Das heißt rund 70 Millionen Schilling, von der ersten Ausbaustufe, die im gesamten 165 Millionen Schilling beträgt. Das bedeutet, meine Damen und Herren, rund ein Sechstel ist überhaupt erst freigegeben worden, aber man spricht von der Vorverlegung der Schließung des Stahlwerkes. Und jetzt, bitte schön, kommt der Gipfelpunkt! Und das hat uns — ich gesteh es — allen miteinander, ohne Unterschied der Farbe, der politischen, ohne Unterschied der Stellung, ohne Unterschied des Berufszweiges wirklich den Schrecken in die Knochen gejagt. Nun kam plötzlich die Meldung, diese ominöse, diese katastrophale, diese wahnwitzige Idee, uns mitzuteilen, daß nicht nur das Stahlwerk, meine Damen

und Herren, sondern auch das Walzwerk und auch die Wärmebehandlung geschlossen werden sollen. Wenn das realisiert würde, meine sehr verehrten Damen und Herren, um Ihnen nur einen Zahlenvergleich zu geben, dann würden von den derzeit 1898 Arbeitnehmern mit den Lehrlingen — das sind 112, die sind hier integriert, soviel sind es derzeit, ursprünglich waren es über 2000, durch die Aufnahmesperre wurde diese Zahl laufend reduziert dann würden von dieser Zahl, bitte schön, vorderhand meine Damen und Herren, sage und schreibe in Judenburg 500 Leute übrig bleiben. Wenn das kein Aderlaß ist, meine sehr Verehrten, dann weiß ich nicht mehr, was einer ist, und dann muß ich Ihnen sagen, von wem immer dieses Konzept stammt — in dem Fall vom Vorstand — das ist nicht nur abzulehnen, sondern ich bezeichne es noch einmal als einen Wahnsinn, ja ein "Wahnsinnskonzept"! Ich möchte aber sagen, ich mache auch, bitte schön, als einer der Vertreter von oben alle jene mitverantwortlich, die so ein Konzept billigen würden. Und ich sage nur eines, wenn es da jetzt geheißen hat in er Presse, es geschieht bis zum Jahresende bestimmt nichts, dann sage ich Ihnen eines dazu, meine Damen und Herren! Dann ist das mehr als ein schlechter Witz! Wenn Sie bedenken, daß in einigen Wochen dieses Jahr zu Ende geht. Ich sage Ihnen jetzt in diesem Zusammenhang noch etwas. Diese 500 Leute, die dort bleiben würden, das wäre ja auch nur vorübergehend, denn ich wage mit Recht zu bezweifeln, daß Judenburg dann weiterhin als Standort der Industrie überhaupt ausersehen ist. Und wenn man sich hier - bitte sehr — als Vertreter, ganz egal von welcher Seite, wählen läßt und dazu schweigen würde, auch in fortgeschrittener Stunde, dann meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre ich stets umsonst hier gesessen, das kann ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen. Und wir werden auch über alle Parteigrenzen und über alle wirtschaftlichen Unterschiede hinweg alles daransetzen, und ich ersuche die Verantwortlichen des Landes alle miteinander sehr sehr herzlich, uns hier nicht im Stich zu lassen, denn ich sage Ihnen, Fohnsdorf war - Sie wissen das alles mit dem Pendlertum - Aderlaß genug, nicht nur für das Kommunalwesen, sondern für die gesamte Wirtschaft oben. Und ich darf Ihnen sagen, das hat ja weitestgehende Auswirkungen. Man hat ein wunderbares Regionalprogramm, ich will nicht in die Weite gehen, aber das noch anführen - hingestellt mit Wohnungen, wunderbar, Bauwirtschaft belebt, Baunebengewerbe belebt. Was ist aber das Fazit nun aus dieser gesamten Geschichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Fohnsdorf und in Judenburg? Na, wenn die Knappen drüben und wenn dies zugedreht wird und die die Schließungsprämie nicht mehr haben, dann werden sie sich diese Wohnungen nicht mehr leisten können, meine Damen und Herren, weil diese ja nicht erbaut sind nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, daher gibt es keine Subjektförderung. Was werden die mit diesen vielen Wohnungen machen?

Und dasselbe, meine Damen und Herren, dasselbe Schicksal ist auch in Judenburg zu erwarten, in der VEW. Es geht nicht um die Überstunden, sondern es geht hier um die nackte Existenz. Und ich frage Sie, bitte schön, wo sollen die Arbeitnehmer alle hingehen? Und die Dinge, die Begleitmaßnahmen, die man hier gehört hat, man wird Autobusse zusammenstellen und sie nach Kapfenberg oder irgendwohin fahren, ich danke sehr dafür! Ich kann nur eines sagen, wenn das die "Segnungen" sein sollten, die man uns beschert hat in dieser Region, dann muß ich Ihnen sagen, heute dreimal danke und nicht morgen! Ich bitte Sie daher sehr herzlich und danke Ihnen wirklich, daß Sie mir alle zugehört haben — ich bitte Sie sehr, diese Dinge ernst zu nehmen, und ich bitte Sie sehr, uns hier auch wirklich helfend beizustehen, denn meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, das Ganze wäre unerträglich und unvorstellbar! Ich möchte aber zum Abschluß es nicht versäumen, zu sagen, sicherlich haben wir in der Region auch einen Lichtblick, wir werden am 13. dort die Jubilarehrung vornehmen. Heute findet sie in der VEW in Judenburg statt. Und am 13. wird sie in Zeltweg stattfinden, das ist unser einziger Lichtblick in der verstaatlichten Industrie oben. Wir freuen uns darüber, es ist die Auslastung voll gegeben, es werden die Kostensenkungsmaßnahmen 1979 voll zum Tragen kommen. (Landesrat Dr. Krainer: "Zeltweg mußt du noch einmal sagen!") Zeltweg, Zeltweg, jawohl, danke vielmals! Und zwar auf Grund von zwei Dingen, um das noch kurz anzuführen. Dort ist es möglich gewesen, auf Grund - ich möchte fast sagen, eines "Jahrhunderttreffers" — durch die Entwicklung der Streckenvortriebsmaschinen jetzt die Entwicklung im sogenannten "Weltbergbau" günstig zu nützen. Überall, meine Damen und Herren, sucht man jetzt nach Energien, werden Energien erschlossen und wir können dort mit diesem Erzeugungsprogramm nachstoßen. Weltbergbau also Positivum Nummer eins!

Positivum Nummer zwei, die sogenannte "Welteisenbahn"! In den Ländern der Dritten Welt beginnt man das Eisenbahnnetz zu verdichten, und dies kommt natürlich, meine Damen und Herren, marktmäßig genau dem Weichenbauprogramm von Zeltweg zugute. Das ist also das Positivum, dieses Werk blüht und gedeiht, aber ringsherum, meine sehr verehrten Damen und Herren, ranken sich die Sorgen, und ich bitte Sie zum Abschluß, helfen Sie der Bevölkerung, helfen Sie uns allen, daß wir diese Sorgen nicht mit uns weitertragen müssen, und daß diese Sorgen verringert werden durch Intervention beim Eigentümervertreter, beim Herrn Bundeskanzler, durch massive Intervention beim Vorstand und allen zuständigen Körperschaften. In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Pöltl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pöltl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach diesen sehr leidenschaftlichen Beiträgen einiger Vertreter aus den Ballungsräumen, möchte ich mich einem Problem zuwenden — und es hat mich der Abgeordnete Zinkanell ja eigentlich schon an-

gekündigt - noch einmal im Rahmen dieser Wirtschaftsdebatte zu den Problemen der Arbeitsplätze der Nebenerwerbsbauern Stellung zu nehmen. Und es ist eigentlich die Gruppe 7 die geeignete Gruppe, wo man als Nebenerwerbsbauer auch diese Fragen kombiniert vorträgt. Meine Damen und Herren, er hat auch angekündigt, daß der Präsident sozusagen als Vorbote und wir als die Bumser (Abg. Brandl: "Böller nicht Bumser!") vom Bauernbund nachkommen werden und daß kein Blei und kein Schrot dabei wären, ich hoffe, daß ich solche Schrote nicht dabeihabe. Meine Damen und Herren, der Generalredner hat sich bemüht, auch zu sagen, daß der Bund sehr intensiv und endscheidend raumordnungspolitisch in verschiedenen steirischen Regionen eingegriffen hätte und das hat mich eigentlich bewegt, daß man auch nachdenkt, welche Raumordnungsund Strukturkonzepte in der Vergangenheit von dieser Seite her uns angeboten wurden. Und es ist sicherlich vorbei - und Herr Abgeordneter Zinkanell hat angedeutet mit dem Freund Trummer, daß diese Zeiten vorbei sind. Aber ich sage es nochmals, daß vor kurzem der Bundeskanzler bei einer internationalen Raumordnungskonferenz ausgeführt hat, daß es zwei Postulate sind, die langsam aber sicher abbröckeln. Das erste Postulat sei, daß dort und wir haben dies gerade aus den Beiträgen gehört -, wo Arbeitsplätze vorhanden sind, nicht automatisch Arbeitsplätze sich von selbst entwickeln und geschaffen werden. Und das zweite, daß aus den ländlichen Regionen die Bauern und die ländliche Bevölkerung in diese Ballungsräume wandern. Ich möchte wirklich, also wirklich sagen, daß dieses Bedauern nicht notwendig ist, weil es im Grunde ja unsere Gesinnungsgemeinschaft war, in den verschiedenen Behörden und gesetzlichen Interessensvertretungen, diese vernünftige Entwicklung einzuleiten, die wir jetzt vorfinden. Meine sehr verehrten Freunde! Das Leben ist eigentlich mehr als eine Rechenaufgabe auch konkret in der Wirtschaft, und wir haben damals uns entschieden, daß wir zu dem bäuerlichen Familienbetrieb ja sagen, aber aus den verschiedensten Einkommenskombinationen. Es haben damals sehr viele geglaubt, daß dieser Nebenerwerbsbauer eine Übergangslösung ist, daß er seinen Betrieb veräußern wird, daß er seine landwirtschaftliche Basis freigeben wird. Im Gegenteil, und der Herr Landesrat Krainer hat in einer Statistik genau aufgezeigt, wie es im Grünen Plan ersichtlich ist, daß die Entwicklung eher zu diesen kombinierten Einkommen sich entwickelt. Ich möchte keine Zahlen bringen, sondern nur ein Faktum, warum diese Bauern eine solche Entwicklung befürworten. Wo liegen eigentlich die Probleme und wo ist eigentlich das Ziel der Maßnahmen, daß wir die Probleme dieser betroffenen Bauern lösen können. Meine Damen und Herren! Wir wissen, wir haben eine unveränderliche Betriebsstruktur, wir wissen, daß die Auswirkung der Mechanisierung und vor allem ist auch ein Faktum, daß die kürzere Generationenfolge in den bäuerlichen Familien ein zusätzliches Einkommen erfordern. Meine Damen und Herren! Es ist also klar, daß bei den Problemen, und hier möchte ich Sie bitten, aufzupassen, einerseits, vor allem in erster Linie in Betrieb und in Familie, die Überforderung der Familienangehörigen im Mittelpunkt steht und es hat einmal einen Ausdruck gegeben, die Nebenerwerbsbauern, wie man sie so abtatscheln wollte, seien die SSM-Bauern, die Samstag-, Sonntag-, Mondscheinbauern. Meine Damen und Herren! Irgendwo eine Charakteristik der Überforderung der Frauen bei diesen Nebenerwerbsbauern, und der Herr Abgeordnete Zinkanell hat also aufgenommen, wie es um die Schönheit der Bäuerinnen gegangen ist. Ich wundere mich, daß unsere Bäuerinnen so schön sind. (Abg. Gerhard Heidinger: "Brauchst dich nicht wundern, die Steirerinnen sind alle schön!") Ich weiß ja nicht, vielleicht ist die Bravheit der Bauern und der Nebenerwerbsbauern die Ursache, aber ich stelle nur fest, daß diese Überbelastung sicherlich keine Schönheitskosmetik ist, das möchte ich nur in den Raum stellen und vielleicht das natürliche Leben und die Ausgefülltheit im Beruf die Grundlage ist, daß wir so hübsche Frauen noch vorfinden. Meine Damen und Herren! Das zweite, vor allem die Gefahr in diesen bäuerlichen Nebenerwerbsbetrieben, daß das unselbständige Einkommen durch die Übermechanisierung eben nicht jenen Effekt erreicht, wie er im Grunde ja vorgesehen ist. Da möchte ich mich ein bißchen aufhalten, weil ja auch meine Vorredner sich bemüht haben, den komplexen Bereich, den sie behandeln, anzureißen. Es besteht die große Gefahr und es gehört zu den Problemen, daß der Nebenerwerbsbauer gerade in der jetzigen Situation eigentlich als der leichtkündbare Arbeitnehmer hingestellt wird. Meine Damen und Herren! Dies vor allem deshalb, weil eben auf Grund der jetzigen Arbeitsmarktsituation eine echte Berechtigung besteht und eine Stagnation laut des Berichtes des Arbeitsamtes berechtigt ist. Meine Damen und Herren! Nur einige Zahlen. Wir haben also seit dem Vorjahr 12 Prozent mehr Arbeitslose, wir haben 106 Prozent Suchende von Lehrstellen, wir haben 14 Prozent mehr Bezieher von Arbeitslosengeld und wir haben also 62,4 Prozent weniger offene Lehrstellen; das sind nur einige Gedankengänge. Daß meine berechtigte Sorge nicht unbegründet ist, möchte ich also ein bißchen und das wäre eigentlich das Blei, das ich fürchte, das verschossen wird, ein bißchen untermauern. Wir haben ja das große Problem, daß zusätzlich die Arebitslosenversicherung für Nebenerwerbsbauern gesetzlich, und ich möchte betonen, das nicht zu überhören, gesetzlich nicht geregelt ist, zur Gänze nicht geregelt ist. Wir haben die Begrenzung mit dem Richtwert 44.000,-Schilling Einheitswert und es besteht wirklich die Gefahr einer Freistellung, wie man dies seit neuem ausspricht und mir ist, und wenn man aufmerksam die Zeitung liest, aufgefallen, daß in einer steirischen Zeitung vom 28. November 1978 eine "Geheimstudie", ich weiß nicht, ob es so etwas überhaupt gibt, aber es steht in dieser Zeitung, ausspricht, unter folgendem Bericht, unter dem Punkt Zielgruppen, daß angeblich, und dies ist erarbeitet von SPO-Gewerkschaftern, die Unterwanderung durch und Probleme mit den Nebenerwerbsbauern, die Nebenerwerbsbauern sind lange nicht zu gewinnen, daß ist sicherlich nicht politisch gedacht. Ich möchte nur ohne Leidenschaft feststellen, daß

unsere Nebenerwerbsbauern (Abg. Zinkanell: "Das ist nur das Gegenteil dessen, was ich vor zwei Jahren vorgelesen habe vom Landeshauptmann Krainer!") Das ist in der "Kleinen Zeitung" gestanden. Ich stelle nur fest, meine Damen und Herren, ich stelle nur fest, daß unsere Nebenerwerbsbauern keine politischen Missionare der OVP sind. sondern solide, gewissenhafte Arbeitnehmer, nur daß hier nichts hinten bleibt, meine Damen und Herren. Wenn man — (Abg. Gerhard Heidinger: "Ist da irgendwo ein Gegensatz?") Da ist kein Gegensatz, ich stelle nur fest, was sozialistische Gewerkschafter denken. Aber ich stelle fest, daß die Sorge berechtigt ist, trotz Arbeitslosenversicherung, trotz niederem Richtsatz, daß eben diese Gefahr besteht, und ich möchte sagen, warum löst man dieses Problem nicht. Ich finde da keinen Grund, ich finde echt keinen Grund, es gibt ja keinen sachlichen Grund dazu; daß man mit 44.000,— Schilling den Richtsatz ansetzt. Es kann nur ein politischer Grund sein und da habe ich festgehalten, und ich glaube, es ist vielleicht dieser, weil man also aus dem Fazit — (Abg. Gerhard Heidinger: "Hast recht, das läßt sich nicht vereinbaren!")

Bitte ich habe schon einmal gesprochen zu dieser Sache, analog den unselbständig Tätigen ist dies eine Ungerechtigkeit, das stimmt. Meine Damen und Herren! Was sind aber die weiteren Auswirkungen? Die weiteren Auswirkungen sind, daß Arbeitswillige in der Landwirtschaft keinen unselbständigen Arbeitsplatz finden. Es ist eigentlich eine versteckte Arbeitslosigkeit dahinter auf Grund dieser Arbeitsmarktsituation, und wir müssen eben versuchen, daß unsere Politik in dieser Situation eben jene Maßnahmen trifft, die tatsächlich die Wirtschaftsförderung wieder effektvoller machen. Wir alle wissen, und ich hätte fast Lust mit einem Beispiel das zu erklären. Ich war vor kurzem bei einer Barbarafeier, da hat die (Abg. Brandl: "Das ist ein Stehsatz!") Betriebsleitung berichtet, und zwar folgenden Wortlaut: "Das Jahr 1978 war ein gutes Jahr, wir haben also keine Unfälle im Betrieb gehabt, wir konnten mit den natürlichen Abgängen die Beschäftigten halten, aber das Jahr 1978 war auch ein schlechtes Jahr, weil wir Verluste hinnehmen mußten wegen des Lkw-Steuersatzes beim Transport dieses Produktes vom Betriebsort zur Bahnverladestelle." Wie ich mich persönlich erinnern kann, war diese Lkw-Steuer ja eigentlich zur Verlagerung in Richtung Schienenverkehr gedacht. Und ob das vernünftig ist? Für solche verkehrsintensive Betriebe eine Sonderregelung zu treffen, wäre echt einer Überlegung wert. Es hat -(Abg. Zinkanell: "Das ist so geschehen!")

Ja vielleicht ist das nicht voll ausgeschöpft, aber da wäre ich gespannt, wie das in der Praxis funktioniert. Dieser Betrieb leidet sehr stark unter diesem Aspekt, aber der zweite ist vor allem mit 95 Prozent Exportanteil, daß eben diese Produkte auf Grund der Währungsproblematik, die Hartwährungspolitik, nicht jenen Absatz in Zukunft finden können, wie es erforderlich ist für diesen vorher genannten Betrieb, um in Zukunft zu garantieren, daß eben der Beschäftigtenstand und der Betrieb aufrecht bleiben kann. Meine Damen und Herren! Wir

brauchen also, wenn wir die Forderungen aufstellen, für diesen ländlichen Raum mehr Arbeitsplätze in zumutbarer Nähe. Das ist eben sehr leicht gesagt, aber ich möchte behaupten, wie vorher mit diesem Beispiel angekündigt, es ist nur möglich, wenn in der Wirtschaftspolitik nicht nur die Wirtschaftsförderung gesehen wird, sondern eine umfassende Wirtschaftspolitik in Vereinbarkeit mit Währungspolitik, in Vereinbarkeit mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, daß wir exportfähig sind, und daß wir in zweiter Linie vor allem auch eine Konkurrenzfähigkeit auf weite Sicht erhalten. Meine Damen und Herren! Ich muß aber auch anknüpfen, daß eine aktive Agrarpolitik nach wie vor eine der besten arbeitsplatzsichernden Maßnahmen ist. Jetzt noch einen Gedanken, daß die Arbeitsplätze innerhalb der Landwirtschaft am wenigsten Energie pro Arbeitskraft brauchen.

Ich möchte diesen Aspekt in den Raum stellen, weil man eigentlich ja im Grunde gerade für die kleinstrukturierten Bereiche und Betriebe im ostwest-steirischen Raum genügend Möglichkeiten hätte, um hier Arbeitsplätze zu sichern. Es hängt also die Existenz von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab und die allgemeine Entwicklung geht in jene Richtung, daß der Bauer im Grunde immer mehr Bedeutung erhält. Gerade in einer Zeit, wo man von Alternativen spricht. Es wurde aber immer wieder angekündigt im Rahmen der Debatte, daß eine stärkere SPO für die Zukunft der bessere Weg sei, und wir lesen auch Plakate in dieser Richtung. Ich bin also persönlich der Auffassung, daß wir dem Auftrag sicherlich gerecht werden, aber wir wünschen uns im ländlichen Bereich, daß vor allem wir in Zukunft auch zu diesen meisten Osterreichern dazugehören, denen es besser geht als je zuvor — es ist ein Beisatz, es schmeckt nach Horoskop. Du kannst es annehmen oder auch nicht annehmen!

Meine Damen und Herren, wir von der Osterreichischen Volkspartei werden uns also einsetzen, daß wir diesen Funktionärswunsch der sozialistischen Parteimitglieder verwirklicken können, aber nach unserer Auffassung mit einer stärkeren Osterreichischen Volkspartei! (Beifall bei der OVP. — Abg. Zinkanell: "Die Landtagswahl ist schon vorbei!" — Landesrat Bammer: "Das war ja fast der Schluß einer Wählerversammlung!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: "Hat er euch überzeugt?" — Landesrat Bammer: "Restlos!")

Dritter Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollmann.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor etwa zwei, drei Monaten war ein junger Mechaniker bei mir, und er bat mich um einen Rat, er wollte eine Werkstatt eröffnen auf einem Grundstück, das ihm seine Eltern zur Verfügung gestellt hatten. Und ich gab ihm den Ratschlag, er soll zunächst die Meisterprüfung machen, und wir werden dann weitersehen. Vor wenigen Tagen ist der junge Mann wieder zu mir gekommen und hat mir gesagt, daß er über meinen Ratschlag nun auch

einen Meisterprüfungsvorbereitungskurs besucht, daß er bereits Vorbereitungen trifft für die Betriebsgründung, daß es noch Schwierigkeiten gebe mit dem Stromanschluß, daß er auch noch Finanzierungsschwierigkeiten habe, aber etwas anderes mache ihm besondere Sorge. In diesem Kurs, den er nun besucht, hätten die meisten seiner Kollegen ihn davor gewarnt, selbständiger Unternehmer zu werden. Sie sagten zu ihm, Selbständigkeit sei heute kein Anreiz mehr und bedeute nur Mehrarbeit, bedeute Risiko, Einsatzbereitschaft und Verzicht auf soziale Leistungen. Und nun hat mich dieser Mann gefragt, was er tun solle. Ob das wirklich so schrecklich sei?

Meine Damen und Herren, das ist leider kein Einzelfall, das kommt immer wieder vor. Und ich glaube, Hohes Haus, es ist sehr, sehr bedenklich, wenn ein solcher Zustand eintritt, daß junge, tüchtige Leute, Fachleute, die das Zeug zum Unternehmer hätten, davor zurückscheuen, die Verantwortung auf sich zu nehmen und in die Selbständigkeit zu gehen. Ich glaube, daß ist nicht nur eine Gefahr für die Vielfalt unserer Wirtschaft, ist nicht nur eine Gefahr für die Lebensqualität, für die Nahversorgung, es ist auch eine eminente Gefahr für die Arbeitsplätze in unserem Land. Denn Sie wissen ja alle, daß die Arbeitsplätze nachgewiesenermaßen vom kleineren und mittleren Gewerbe und Handwerk am besten gesichert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist natürlich auch etwas bestürzend, immer wieder feststellen zu müssen, daß der Unternehmernachwuchs trotz aller Förderungsmaßnahmen auch des Landes Steiermark und trotz dieser großzügigen Jungunternehmerförderung, die wir beschlossen haben, nicht in allen Berufssparten mehr gesichert werden kann. Diese Scheu der Jugend vor dem Selbständigwerden ist menschlich und durchaus verständlich. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist doch in erster Linie nicht nur die große Belastung, sondern es ist auch die Diskriminierung der Selbständigen, die bei den jungen Leuten den Eindruck erzeugt, es sei nicht erstrebenswert, man wird, sobald man selbständig ist, ein Mensch zweiter Klasse! Wir haben im heurigen Jahr etwa 355 Förderungsanträge von Jungunternehmern im Rahmen der Jungunternehmerförderung zu registrieren. Und nur relativ wenige davon mußten abgelehnt werden, weil einfach die Voraussetzungen nicht zutrafen. Ich möchte sehr herzlich danken allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses, daß Sie diese Möglichkeit der Jungunternehmerförderung durch Ihren Beschluß im Vorjahr erreicht haben. Und ich möchte auch bitten, daß in Zukunft dieser Jungunternehmerförderung sehr wesentliches Augenmerk beigemessen wird.

Meine Damen und Herren, die zahlreichen Barbarafeiern, die jetzt im Lande abgehalten wurden, die Jubilarehrungen in der Verstaatlichten Industrie und vor allem die dort getroffenen Aussagen kompetenter Herren, darf ich zum Anlaß nehmen, noch einige Worte über die Verstaatlichte Industrie, speziell meiner näheren Heimat, sagen. Anläßlich einer solchen Barbarafeier in Eisenerz — Herr Landesrat Dr. Krainer hat ja die Stimmung bei dieser Feier

schon so eindrucksvoll geschildert - hat der Generaldirektor der VOEST-Alpine, Dkfm. Apfalter, wörtlich erklärt, ich zitiere: "Der steinige Weg nach der Fusion ist wesentlich härter gewesen als geglaubt!" Und in Donawitz hat Generaldirektor Apfalter wörtlich versprochen: "Wir werden nun in der VOEST-Alpine jene Bürokratie abbauen, die sich im Zuge der Stahlfusion breit gemacht hat." Hut ab vor diesen ehrlichen Aussagen eines Generaldirektors, der offenbar mit beiden Beinen in der Verstaatlichten Industrie steht. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Ein Mordsbursch!") Und ich glaube, daß es wirklich allerhand ist, so unumwunden zuzugeben, daß unsere Einwände, die Einwände der OVP, gegen die vor sechs Jahren so überhastet und unvorbereitet durchgeführte Fusion richtig waren. Wir waren ja nicht gegen die Fusion, sondern gegen die Art und Weise und gegen das Unvorbereitetsein. Und, meine Damen und Herren, so ganz ohne durchdachtes Konzept, so ganz ohne fix fertigen Organisationsplan hätte man eben eine solche Entscheidung nicht treffen müssen oder treffen dürfen. Das wissen wir heute, das weiß auch Generaldirektor Apfalter heute; aber da kann man nichts mehr ändern. Wir müssen nun schauen, mit dieser Fusion fertig zu werden. Die überdimensionale Bürokratie, von der Generaldirektor Apfalter gesprochen hat, meine Damen und Herren, kann sich heute niemand leisten und schon gar nicht ein Unternehmen, das seit Jahren mit einer zugegebenermaßen weltweiten Stahlkrise kämpft und daher in tiefroten Zahlen steckt. Das Unternehmen - wir wissen es alle - hat bereits tausende Arbeitsplätze verloren und weitere tausende Arbeitsplätze - es steht zu befürchten - werden noch wegrationalisiert werden müssen. Das wird in erster Linie die Mur- und Mürz-Furche betreffen, und ich glaube durchaus, daß es der Konzernführung des VOEST-Alpine Konzerns keineswegs daran gelegen ist, Arbeitskräfte freizusetzen. Ich konzediere den Verantwortlichen, daß sie sich bemühen, Arbeitsplätze mit allen Mitteln zu halten. Aber es wird leider doch nicht anders möglich sein, als eben die Arbeitsplätze weiter zu vermindern und sei es nur durch den natürlichen Abgang, durch Pensionierungen. Erschwerend für diesen Arbeitsmarkt in unserem Bereich sind natürlich gleichzeitige Bergbauschließungen. Wir wissen es alle, in der Radmer wird bereits im nächsten Sommer nicht mehr Erz abgebaut, über Fohnsdorf brauche ich nichts mehr zu sagen, da hat Kollege Marczik schon gesprochen, und es wird auch in den achtziger Jahren der Grubenabbau am Erzberg stillgelegt. Meine Damen und Herren, wenn ich in wenigen Worten noch die Situation im Gerichtsbezirk Eisenerz streifen darf, dann aus einem ganz bestimmten Grund. Weil kaum eine Region mit dem Bergbau so verbunden und gleichzeitig geographisch etwas isoliert und abgeschieden ist. Eine Region, die noch vor wenigen Jahrzehnten mitten im Herzen Osterreichs ein wirtschaftlich blühendes Land war, das aber nun fast planmäßig entvölkert wird. Das geschieht wieder nicht bewußt, aber diese tragische Entwicklung nimmt unaufhaltsam ihren Lauf. Die fortgeschrittene Technik raubt dem steirischen Erzberg laufend Arbeitsplätze und — wie schon gesagt — in Radmer sieht es nicht besser aus, obzwar dort weniger Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Ein OVP-Landtagsantrag, eingebracht vor über einem Jahr, hat glücklicherweise zur Einbeziehung des Gerichtsbezirkes Eisenerz in das ERP-Sonderprogramm für Entwicklungsgebiete geführt und hat es der Landesregierung ermöglicht, durch Verhandlungen einen Ersatzbetrieb für Radmer zu bekommen. Ich darf für diese Bemühungen der Regierung sehr herzlich danken.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen vielleicht zur Illustration noch drei Zahlen sagen darf. Im Jahr 1961 gab es am Erzberg noch 4500 Arbeitsplätze, heute sind es genau 2005 und in den Jahren nach 1980 soll sich die Anzahl der Arbeitsplätze auf 1200 Arbeiter und Angestellte am Erzberg einpendeln. Das ist also ein Schwund von rund 75 Prozent der Arbeitsplätze innerhalb von 20 Jahren. (Abg. Marczik: "Leider!") Das kann eine Region nicht so einfach verkraften und diese Region wird auch nicht in der Lage sein, das irgendwie anders auszugleichen, weil diese Region eben ganz und gar auf den Bergbau eingestellt ist. Schwierig ist es besonders dann, wenn diese Fluktuation schleichend und langsam vor sich geht und nicht ruckweise, so daß man beispielsweise sagen könnte, nun werden 50 Arbeitskräfte frei und für 50 muß man nun einen Betrieb suchen. Drei andere Zahlen. Noch vor einigen Jahren, meine Damen und Herren, füllten die Eisenerzer Taferlklassler jedes Jahr sechs erste Volksschulklassen; derzeit gibt es vier erste Volksschulklassen und in drei Jahren, bitte hören Sie jetzt genau zu, werden nur noch 35 Sechsjährige die Bank der ersten Klasse drücken. Das bedeutet nichts anderes, als daß ein bis zwei Volksschulklassen anstelle von bisher sechs Volksschulklassen in Eisenerz sein werden. In einer Stadt mit noch über 10.000 Einwohnern. An sich ist es fast belanglos, wodurch und wie die Prosperität einer Region gesichert wird, aber die Verstaatlichte Industrie wird sich sicherlich der hohen Verantwortung für diese Ballungsräume speziell auch für den Raum Eisenerz nicht entziehen können. Ich glaube auch nicht, daß sie es will. Man wird sich bemühen und vielleicht wird es gelingen, in gemeinsamer Anstrengung doch Ersatzbetriebe in diesen Raum zu bekommen.

Die Prosperität eines Betriebes aber ist wohl sehr, sehr entscheidend auch davon abhängig, inwieweit man die Arbeitnehmer im Bereich des Betriebes stärker motivieren kann. Generaldirektor Apfalter hat in Leoben davon gesprochen, daß die stärkere Motivation der Mitarbeiter noch ein ungehobener Schatz ist. Das ist durchaus richtig, aber es wird natürlich nicht in allen Werken so leicht möglich sein, die Arbeitnehmer besser zu motivieren. Vor allem dann nicht, wenn man weiß, daß der eine oder andere Betrieb oder Teilbetrieb in relativ kurzer Zeit wird schließen müssen. Es wird aber auch aus einem anderen Grund schwer sein, stärker zu motivieren. Der VOEST-Alpine-Konzern ist nach wie vor zu zentralistisch geführt. Alle wichtigen Entscheidungen, und das wissen wir hier, fallen in Linz, und glauben Sie mir, meine Damen und Herren, die Belegschaften in den steirischen Werken fühlen sich in vielen Fällen nicht mehr von ihrem Werksdirektor geleitet, der ohne Prokura und ohne Entscheidungsmöglichkeit dasteht, sondern eher schon in manchen Fällen von ihrem Betriebsratsobmann. Was ich damit meine, weiß der Herr Kollege Kirner sicherlich sehr genau.

Ich darf abschließend in wenigen Sätzen noch sechs Jahre zurückblenden. Vor dem Vollzug der Fusion versuchte man die besorgten Alpine-Belegschaften unter anderem damit zu beruhigen, daß man neben der Generaldirektion in Linz auch Zweigniederlassungen in Leoben und Wien installierte. Diese Zweigniederlassungen in Leoben und Wien wurden auch im Handelsregister eingetragen und erhielten im ersten Organisationsplan des neuen Konzerns bedeutende Kompetenzen übertragen. Mittlerweile hat die Hauptverwaltung Leoben alles von der ihr damals zugedachten Bedeutung eingebüßt. Nur noch zwei Direktoren in erster Berichtsebene, also in der Ebene unter dem Vorstand, haben in Leoben ihren Sitz, alles andere ist in tieferen Berichtsebenen gelagert. Meine Damen und Herren! Ich habe hier vor mir den Handelsregisterauszug Nr. B 94 des Kreisgerichtes Leoben. Eingetragen sind unter anderem die Namen von 62 Direktoren und Managern der VOEST-Alpine, denen das Unternehmen die Prokura verliehen hat. Ich kenne sicherlich nicht alle Werksleiter in der Steiermark, aber doch die der größeren Betriebe. Ihre Namen, also die Namen dieser Werksleiter und auch des Bereichsdirektors für das Hüttenwesen, der in Donawitz sitzt, finde ich nicht auf dieser Liste der Prokuristen. Meine Damen und Herren! Das ist schon ein schlechtes Zeichen, wenn von 62 Prokuristen keiner in der Steiermark oder in einem steirischen Werk seinen Sitz hat. Nun aber kommt die böse Uberraschung. Wie ich vorgestern aus verläßlicher Quelle erfahren konnte, will man die ohnehin schon bedeutungsmäßig demontierten Hauptverwaltungen Wien und Leoben nun auch formell auflösen und aus dem Handelsregister streichen lassen. Meine Damen und Herren! Könnte man nicht daraus lesen, welche Entwicklung man den steirischen VOEST-Alpine-Werken zugedacht hat? Offenbar jene, wie sie eine steirische Tageszeitung kurz vor der Fusion im Dezember 1972 ungefähr so formuliert hat: "Ihr werdet es sehen, in Linz ist der Erbhof und in der Steiermark werden nur mehr die Almhütten stehen." Verehrte Damen und Herren! Wir von der OVP können und wollen uns mit so einer Entwicklung in den steirischen VOEST-Alpine-Werken nicht abfinden, und wir verlangen, daß auch in den steirischen Werken Entscheidungszentren vorhanden sind. Gerade weil die Chance, eigenverantwortlich zu sein, die Motivation zu Eigeninitiativen und Ansporn zu besonderen Leistungen, auch für die Belegschaften sind. Bei Betriebsfeiern und Jubilarehrungen trifft man immer wieder Spitzenpolitiker der sozialistischen Reichshälfte, die dort sehr oft die Behauptung aufstellen, die früheren Alpine-Werke würden nicht mehr bestehen können, wäre nicht die Fusion gekommen. Diese Überlegungen, meine Damen und Herren, sind nicht nur unbeweisbar, sondern sie sind geradezu denkunmöglich, und ich darf diese Herren bitten, mit uns die Entwicklung der Verstaatlichten Industrie in der Steiermark aufmerksam zu beobachten und künftig mitzuhelfen, ein weiteres Absinken der Bedeutung dieser Werke gegenüber anderen Zentralräumen, vor allem Oberösterreich, zu verhindern. Ich glaube, daß die tüchtigen Belegschaften der steirischen Verstaatlichten Industrie diese Hilfe verdienen. Ich danke. (Beifall bei der OVP und FPO.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

Abg. Neuhold: Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Eigentlich hätte ich mich mit meinen kurzen Ausführungen zur Untergruppe Landwirtschaft zu Wort melden müssen. Nachdem aber die Landwirtschaft weiterhin ein integrierter Teil der Gesamtwirtschaft ist, so seien mir also von der Sicht und in Verbindung mit der schon viel zitierten Arbeitsplatzsicherung doch einige Gedanken gestattet.

Es ist sicherlich keine Frage, daß die Arbeitsplatzsicherung nicht nur in der Diskussion hier im Hohen Haus ist, sondern darüber hinaus auch die kleinste Gemeinde beherrscht. Die Eltern der lehrplatzsuchenden jungen Menschen genauso wie den Hilfsarbeiter, der eben in den Landesdienst überstellt werden möchte. Und ich zweifle auch nicht daran, daß jeder und jede der hier Anwesenden genau so wie wir alle, die wir draußen Mitverantwortung im politischen und wirtschaftlichen Leben haben, die Arbeitsplatzsicherung ehrlich und ernst nehmen und daß es hier auch keine politischen Differenzen geben dürfte. Und so lassen Sie mich ganz kurz in dieser Einsicht und Gesinnung doch auf eine Bevölkerungsgruppe zu sprechen kommen, die in ihrer eigenen Art und vielleicht auch billigsten Art eine Arbeitsplatzsicherung betreibt. Und das sind die 13.500 landwirtschaftlichen Betriebe in unseren steirischen Grenzbezirken, welche sich auf die landwirtschaftlichen Sonderkulturen spezialisiert haben, trotz geringer Flächenausstattung. 45.000 Betriebe haben wir mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von nur 4,5 Hektar. Trotz wirtschaftlich ungünstiger Grenznähe und trotz engerwerdender Grenzen des landwirtschaftlichen Erzeugungsspielraumes, weil wir mit vielen Produkten schon am Plafond sind, haben diese Bauern, diese Kleinbauern vorwiegend, ihre Existenz erhalten, gesichert und auch ausgebaut. Es sind die klimatischen Voraussetzungen dafür gegeben und die Sonderkulturen bieten Möglichkeiten und Chancen, auf kleinen Flächen ein angemessenes landwirtschaftliches Einkommen zu erzielen, eine ländliche Region wirtschaftlich tragfähiger zu machen und die Arbeitsplätze sowohl in der Urproduktion als auch in der Verarbeitung sichern zu helfen.

Vielleicht nur ein Beispiel aus dem Bezirk Feldbach. Die Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft Feldbach hat eine interne Berechnung angestellt, laut der es möglich wäre, bei einem weiteren Anbau von etwa 100 bis 150 Hektar Spezialkulturen 600 Arbeitsplätze in diesen bäuerlichen Familienbetrieben zu erhalten und zu sichern, damit sie

andererseits nicht auf den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt drängen müssen. Und zusätzlich gesehen wäre dies auch wiederum eine Entlastung anderer Betriebszweige, wo wir in gewisse Schwierigkeiten geraten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Illustration, welchen Stellenwert die Spezialisierung in der Landwirtschaft einnimmt, sei auch hier nur eine Zahl genannt. In der Volkseinkommensrechnung des Feldgemüse-, Garten-, Obst- und Weinbaues als Sonderkulturen gesehen, machten diese Erzeugnisse in der Steiermark im Jahre 1977 einen Endproduktionswert von 1,7 Milliarden Schilling aus. Dies erzeugt auf rund 16.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche! Leider und selbstverständlich wie überall, wenn man heute den Kollegen Marczik gehört hat, gibt es auch hier Risken. Es sind einmal die Naturunbilden, die wir heuer zur Genüge erlebt haben, Frost, Hagel und Unwetter und es sind aber auch die Probleme, die auf uns zukommen, die wir echt befürchten, die des Außenhandels, des Importdruckes eben dieser Erzeugnisse, die vom Ausland zu uns hereinkommen. Der Einfuhrwert dieser Produkte machte im Jahre 1977 6,7 Milliarden Schilling aus, während es der Ausfuhrwert nur auf 670 Millionen Schilling brachte. Somit ein Handelsbilanzdefizit in diesen spezialisierten Kulturen von 6 Milliarden Schilling. Und es ist umgekehrt die Exportdiskriminierung, das ungleiche Verhältnis zu unseren Ungunsten, welche uns eigentlich eine unglückliche EWG-Politik in dieser Hinsicht und auch die Ostliberalisierung be-

So, meine sehr verehrten Damen und Herren der Sozialistischen Partei, und das sei an die Adresse der Bundesregierung gerichtet, kann man keine positive Arbeitsplatzsicherung betreiben. Ich hätte hier noch einige Beispiele anzuführen, aber bitte sehr, der Zeitpunkt ist fortgeschritten, und ich möchte abschließend nur eines sagen. Wir brauchen hier eine Abschöpfungsregelung, endlich eine Abschöpfungsund Erstattungsregelung, ähnlich nach dem Muster der EWG. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Grüne Bericht sagt alles aus, der ja einen Spiegel der steirischen Landwirtschaft darstellt, was diese Spezialisierung in der Landwirtschaft und auch gesamtwirtschaftlich bedeutet, und der Herr Präsident Koiner hat vom Garten Osterreichs gesprochen, und ich glaube, dazu kann man nur sagen, daß, wenn es weiterhin möglich ist und das möchte ich abschließend feststellen —, viel Mut und Eigeninitiativen weiterhin bei unseren Grenzlandbauern vorhanden sind, bei diesen 13.500 spezialisierten Bauern und bei zusätzlich noch weiteren, wenn es möglich ist, daß weitere wertvolle Erkenntnisse, wissenschaftliche Erkenntnisse der Untersuchungsanstalt Wies-Burgstall ausgewertet werden können und wenn diese großartige Forschungsarbeit auch ihre notwendige Anerkennung findet, dann können wieder neue Spezialbetriebe entstehen, dann können neue Arbeitsplätze geschaffen werden und damit wäre auch erfüllt, daß viele bäuerliche Familienbetriebe nicht Angst um die Zukunft hinsichtlich des Arbeitsmarktes haben müßtèn. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm!

Abg. Hammer: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Kurz!")

Eigentlich könnte ich sagen, was soll ich noch, die Wiese ist abgeräumt, dies hat mein Vorredner, der Kollege Kollmann gemacht. Leider ist es nicht so! Meine Damen und Herren, wir sprechen hier immerhin von einer Region, die 18.000 Menschen die Heimat gibt, die sieben Gemeinden betrifft und, wie mein Kollege Kollmann bereits betont hat, doch geographisch etwas abgeschlossen ist und eine gewisse Eigenständigkeit besitzt dort oben und es ist wert, daß man die Problematik dieser Gegend aufzeigt. Wird es doch in nächster Zeit notwendig sein, dort neue Initiativen zu schaffen, wie sie auch in der Vergangenheit bereits gesetzt wurden. Ich darf zurückkommen, lieber Freund Kollmann, auf die Fusionierung der VOEST-Alpine. Gerade wir Bergleute vom steirischen Erzberg wissen sehr genau, was für Vorteile uns diese Fusionierung gebracht hat. Ich darf nur zurückerinnern an das Theater, welches immer vorausgegangen ist, den Erzlieferungsverträgen von Jahr zu Jahr, weil man beim Alpine-Management der Meinung war: "Wenn einer ein Erz will, dann soll er zu uns kommen, wir tragen uns nicht an." Und ich glaube, da sind Fehler gemacht worden und nicht nur einmal, sondern des öfteren mußte die Belegschaftsvertretung einspringen und dann die Direktoren der Alpine unterstützen, damit die Erzlieferverträge wieder unter Dach und Fach gebracht werden konnten. Und diese Situation haben wir mit der Fusionierung Gott sei Dank bereinigt. Und wir haben in unserem Rücken einen starken Bruder, auf den wir uns stets verlassen können. Und wenn Sie die Verwaltung ansprechen in Leoben, lieber Herr Kollmann, muß ich Ihnen Recht geben. Um jeden Arbeitsplatz, der uns in der Steiermark verloren geht, ist schade. Und wir brauchen die Arbeitsplätze für unser Gebiet sehr notwendig. Nur eines muß man dabei auch sehen. Man kann nicht von Föderalismus sprechen und dann zulassen, wie es der Herr Generaldirektor Apfalter sehr mutig gesagt hat, daß sich die Verwaltung selbst zu verwalten anfängt. Denn dann wird es für den Mann am Arbeitsplatz problematisch, der produktive Arbeit leistet, dessen Leistung im Mittelpunkt steht und das Geld für das Unternehmen hereinbringt. Und ich glaube, hier muß eine vorsichtige und sicherlich eine sehr bestimmte Bereinigung geschehen und durchgeführt werden. Sie haben bereits die Zahlen genannt, wie es unseren Belegschaftsstand getroffen hat. Wir Bergleute haben nie lamentiert, sondern wir haben versucht, unsere Probleme selbst zu lösen und es ist uns, glaube ich, immer recht gut gelungen, daß wir unsere Probleme nach dem Sprichwort: "Hilf dir selbst, dann ist dir geholfen!" gelöst haben. Aber doch einmal kommt der Punkt, wo das Ende ist und wo man Partner braucht, die zu einem stehen. Und hier appelliere ich an Bund und Land, diese Region nicht zu vergessen!

Der Bund hat bereits durch das ERP-Sonderprogramm seine Unterstützung zugesagt. Der Bund gibt in Form von Straßenbau Mittel in die Region, in die Region Eisenerz, und hier darf ich vielleicht noch wörtlich aufzählen, damit man es auch deutlich vor Augen hat. Zur Region Eisenerz gehören für uns selbstverständlich die Gemeinden Radmer, Hieflau, Landl, Gams, Palfau und Vordernberg, denn all diese Tätigkeit oder diese Investitionen, die für Eisenerz getätigt werden, strahlen dahin aus. Der Bund hat im heurigen Jahr rund 19 Millionen Schilling in den Straßenbau investiert, was immerhin Aufträge für die dortige Wirtschaft waren. Man darf auch eines nicht übersehen, und ich möchte es anerkennend feststellen, daß auch die Wirtschaft, das Gewerbe, das Kleingewerbe zur Erhaltung der Arbeitsplätze wesentlich beitragen, und ich wünsche es mir, daß die Aktivitäten von Gewerbe und Wirtschaft auch in weiterer Zukunft sehr aktiv werden. Denn gerade auf dem Fremdenverkehrssektor könnten wir hier von der privaten Hand sehr viele Initiativen gebrauchen, doch leider, so schade es manchmal ist und so sehr man unsere schöne Heimat damit doch etwas unterbewertet, spielen eben gewisse Besitzverhältnisse in dieser Region eine Rolle, daß man dieses wunderbare Gut, nämlich die schöne Heimat, die herrliche Luft und die Bergwelt in Eisenerz nicht so für den Fremdenverkehr nutzen kann, wie es notwendig wäre. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat mir im vergangenen Jahr wunderbarerweise geholfen, für die Werkssportvereinigung, mit einem großzügigen Zuschuß von Geldern einen Schidoo anzukaufen und hier werden Initiativen gesetzt für die Zukunft, man wird damit eine wunderbare Langlaufloipe den Winter über permanent pflegen können. Denn nur so, glauben wir, wenn Fremdenverkehr und Industrie — gerade wir in unserer Region haben die Chance, daß Fremdenverkehr und Industrie gemeinsam gehen können - uns gemeinsam helfen, können wir die Probleme lösen. Aber auch die VOEST-Alpine bemüht sich immer wieder, weil wir sie und auch die Belegschaftsvertretung einfach dafür für moralisch verantwortlich halten, daß sie eine Verpflichtung hat, die fehlenden Arbeitsplätze oder diese Arbeitsplätze, die durch die einfach notwendig gewordenen Investitionen im Bergbau verloren gehen, zu ersetzen. Die VOEST-Alpine hat in den Jahren 1973 bis 1977 416 Millionen Schilling am Steirischen Erzberg investiert. Wir wissen ganz genau, daß diese Investitionen dringend notwendig waren, denn nur wer mit der Zeit Schritt hält, kann für die Zukunft auch bestehen und die VOEST-Alpine bemüht sich daher, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Die Hauptwerkstätte in Eisenerz wurde von einem reinen Reparaturbetrieb zu einem Finalbetrieb umgestaltet, der bereits zu 80 Prozent von Fremdaufträgen seine Beschäftigung erhält und nur mehr zu 20 Prozent eigene Reparaturen durchführt. Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal darauf zurückkommen, heute sagt man so einfach "die Verstaatlichte Industrie", da stimmt das nicht und dort stimmt jenes nicht. Es wurden halt Fehler begangen in der Vergangenheit, und der Herr Kollege Marczik hat mich auf etwas aufmerk-

sam gemacht. Das Werk Zeltweg mit seinen Bergbaumaschinen und der Herr Vorstandsdirektor Walch, der hat dort die Sparappelle und die Zusammenhaltappelle, die damals vom Herrn Generaldirektor Roth, dem Präsidenten, ausgegeben wurden, nicht so strikte befolgt und hat sich ein eigenes Programm trotz stärkstem Widerstand aufgebaut und dieses Programm ist die Stütze für das Werk Zeltweg heute. Gott sei Dank müssen wir sagen. Das sind Dinge! (Abg. Kollmann: "Wenn der Bund nicht gewollt hätte, hätte man das nicht gekonnt!") Wissen Sie was bei uns oben, Herr Kollege Kollmann, weil Sie so geringschätzig deuten, für ein Sprichwort kursiert ist, bei den Bergleuten, die Alpine hat noch Hufeisen geschmiedet und hat es übersehen, daß die Bauern schon längst mit dem Traktor fahren und keine Pferde mehr haben. Da sind die Fehler gelegen, weil halt dort Leute gesessen sind, die mit ihrem Kind, der Verstaatlichten Industrie, keine Freude und keine Beziehung gehabt haben. Das ist es. Aber auch jetzt noch leistet doch der Betrieb ein erhebliches Maß für die Beschäftigung und für die Ruhe in unserer Region. War es doch möglich, auch heuer wieder, die Lehrlinge aus diesem Gebiet alle aufzunehmen. Es wurden alle Lehrlinge, die sich beworben haben, in unserem Betrieb untergebracht, und ich glaube, das ist eine Leistung, die hier die VOEST-Alpine vollbringt, die beispielgebend sein dürfte. Denn meiner Meinung nach ist es unbedingt einmal notwendig, den jungen Menschen in Heimatnähe oder in Familiennähe eine Arbeitsmöglichkeit zu geben, damit sie die Grundbegriffe kennenlernen für ihr weiteres Leben. Aber auch mit großer Freude haben wir vermerkt, daß der Herr Landesrat Krainer bei der Barbarafeier uns die Mitteilung gemacht hat, daß uns bei Bautenminister Moser ein gemeinsamer Durchbruch gelungen ist, daß nun nach dem wunderschönen Ausbau der Präbichl-Nordrampe auch das gröbste Stück der Präbichl-Südrampe in Angriff genommen wird. Dank an Bautenminister Moser für diese Entscheidung! Nur eines stimmt mich etwas traurig und nachdenklich, daß die Planung für die Südrampe noch nicht fertig ist. Ich hoffe, daß die Planer so rasch arbeiten, daß hier keine Verzögerung eintritt, daß die Pläne genauso schnell da sind, wie Bautenminister Moser sich zum Ausbau entschieden hat und das Geld, oder die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat. Meine Damen und Herren! Wenn wir gemeinsam an die Lösung der Probleme herangehen, dann wird uns sicherlich einiges gelingen. Der Bergbau Radmer wird in Kürze ausgeerzt sein und auch hier steht uns ein Problem ins Haus. Aber es gibt Lösungsmöglichkeiten und dank einer Privatinitiative wird es uns dort gelingen, die auch wir, ich möchte jetzt nicht einseitig sein und auch wieder großzügig sagen, in gemeinsamer Arbeit unterstützen, weil es im Interesse unserer Belegschaft dort liegt, weil es im Interesse der Bewohner von Radmer, der Kollegen und Kolleginnen von Radmer ist. Daher müssen wir uns bemühen, diesen Bereich zu fördern. Aber auch hier mein Appell an die privaten Grundstücksbesitzer, uns entgegenzukommen, damit wir dieses Problem Radmer lösen können, damit dieses

Tal nicht einfach stirbt, weil man vielleicht jetzt irgendwelchen falschen Informationen, aus Emotionen und aus politischen Überlegungen heraus möglicherweise zaudert und sich zu keiner Entscheidung durchringen kann. Ich hoffe, daß wir auch diese Barriere in gemeinsamer Arbeit erledigen können. Meine Damen und Herren! Es wird sicherlich möglich sein, auch hier in gemeinsamer Arbeit die Probleme zu lösen, und ich warte auf den Augenblick, wo auch das Land aktiv wird, wo sich auch unser Herr Landeshauptmann für diese Region zu interessieren beginnt. (Landesrat Dr. Krainer: "Na bitte. So eine starke Rede und so ein schwaches Ende! Das ist sehr billig!") Ich ersuche ihn sehr höflich dazu, Herr Landesrat, ich hoffe es ja, daß er zu uns kommt (Abg. Brandl: "Darf er ja nicht!"), daß er sich für die Probleme und Belange unserer Region interessiert. Wenn das der Fall ist, dann bin ich glücklich, denn dann gibt es für uns sicherlich keine Sorgen beziehungsweise werden wir diese Sorgen bestimmt im Interesse der Bevölkerung und im Interesse unserer Kollegenschaft dort lösen können. (Landesrat Dr. Krainer: "Das paßt gar nicht zu dir!") Es gibt einen alten Bergmannsspruch: "Die Bergleute sind kreuzbrave Leut!" Das stimmt auch; ich hoffe, das bleibt so. Herr Landesrat, aber sie können auch ungemütlich werden, wenn man sie in ihrer Not im Stich läßt und deshalb richte ich noch einmal einen Appell an alle, daß wir für diese Region gemeinsam arbeiten, um Lösungsmöglichkeiten zu finden. Glück auf! (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn man die letzten Wortmeldungen der Kollegen, die hier gestanden sind, genau verfolgt hat, so hat man also echt den Eindruck gewonnen, daß es jedem meiner Vorredner echt um die Problematik, die im Raum steht, in unserem Lande steht, gegangen ist. Es ist jedem darum gegangen, für die Arbeitsplatzsicherung einzutreten, was ich doch als schön und angenehm empfinde. Und was ich also doch als schön und angenehm empfinde, gerade in dieser jetzigen Stunde, daß niemand versucht hat, irgendwie daraus ein politisches Spiel zu machen. Das ist deshalb gut und richtig, weil eben diese Problematik viel zu ernst ist, um damit spielen zu wollen. Und, meine Damen und Herren, wenn am vergangenen Samstag in einigen steirischen Bergbaugemeinden Barbarafeiern abgehalten wurden, und so auch am vergangenen Samstag in Fohnsdorf, es war der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart auch dort anwesend, auch der Herr Bundesminister Weißenberg, so war diese letzte offizielle Barbarafeier sicherlich kein Anlaß zu Hochstimmung oder zu Jubel. Aber eines ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Und zwar von allen Rednern, die bei dieser Barbarafeier gesprochen haben, nämlich, daß doch versucht wurde und auch wieder im Zusammenwirken vieler Kräfte, daß also die menschlichen und wirtschaftlichen Probleme, in erster Linie aber die wirtschaftlichen Probleme der Kumpels von

Fohnsdorf doch auf eine Art und Weise gelöst wurden, daß sie also wenigstens materiell keinen Schaden haben.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Grube selbst. Ich kann es nicht abschätzen und nicht beurteilen, ob es sinnvoll wäre, die Grube weiterzuführen, das entzieht sich also meiner Kenntnis, das kann ich nicht sagen. Wenn ich als sogenannter Laie weiß und gehört habe, soundso viel Kohle wäre noch vorhanden, natürlich drängt sich automatisch die Frage auf und noch dazu in der jetzigen Situation und Zeit, daß man sagt: "Na gäbe es nicht doch eine Möglichkeit?" Aber wie gesagt, hier muß ich also echt sagen, muß ich es den Fachleuten überlassen, die also beurteilen können, ob das noch vertretbar ist oder nicht.

Und nun, meine Damen und Herren, auch ich möchte mich nun diesem Reigen meiner Vorredner anschließen und auch meiner Sorge für unseren Betrieb, für unser Werk Judenburg Ausdruck verleihen.

Bereits vor eineinhalb Jahren hat sich auch der Bezirksausschuß Osterreichischen des Gewerkschaftsbundes im Bezirk Judenburg Sorgen und Gedanken gemacht über die Entwicklung in unserem Werk und es wurde auch ein entsprechendes Schreiben, eine Anfrage an den Herrn Generaldirektor Baier gerichtet. Es hat nicht lange gedauert, es kam also fast postwendend die Antwort und aus dieser Antwort war eigentlich zu entnehmen, daß kein Anlaß zur Sorge sei. Das hat also dann die Menschen, vor allen Dingen aber die in diesem Werk Beschäftigten, doch wieder beruhigt, bis zu eben dem Zeitpunkt, wo vor acht Monaten das sogenannte Strukturbereinigungskonzept vom Vorstand der VEW beschlossen wurde. Wo also das erste Mal in Judenburg ein Schritt vorgesehen war, der vor allen Dingen auch einer Gruppe von Beschäftigten, die auf Generationen zurückgeht, nämlich auf die Arbeiter des Stahlwerkes, keine angenehme Auswirkung gehabt hat. Es wurde aber in diesem vor acht Monaten beschlossenen Strukturbereinigungskonzept als Aquivalent vorgesehen oder ausgesagt, daß dafür, daß das Stahlwerk geschlossen wird, das Federwerk ausgebaut wird, das Walzwerk ausgebaut wird und auch der Blankstahlbetrieb ausgebaut wird. Und nun, meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen ist nun ein neues Konzept von diesem gleichen Vorstand vorgelegt worden. In diesem Konzept wird nun ganz etwas anderes vorgeschlagen als seinerzeit, nämlich, daß nicht nur das Stahlwerk in Judenburg geschlossen werden soll, sondern daß zusätzlich das Walzwerk, die Schmiede und alle Warmbehandlungswerkstätten geschlossen werden sollen.

Und das, meine Damen und Herren, würde bedeuten für diesen einzigen Betrieb — und das Gußstahlwerk ist also für die Stadt Judenburg der einzige Großbetrieb, es ist der Lebensnerv dieser Stadt —, daß durch das Stillegen dieser Betriebe 1206 Arbeiter und Angestellte zuviel wären. Meine Damen und Herren, abgesehen von dem örtlichen Problem, das also die Stadt betrifft, in ihrer Steuerkraft und das auch die ganzen Gewerbetreibenden in dieser Stadt, in dieser Umgebung betrifft; die

ganzen Geschäfte würden das zu spüren bekommen. Es kommt ja noch etwas dazu, daß also beim heutigen Belegschaftsstand in Judenburg an die 600 Pendler sind, die also aus dem Bezirk Murau, aus dem Gebiet Hohentauern, aus Fohnsdorf nach Judenburg in diesen Betrieb einpendeln. Und das, meine Damen und Herren, wäre meines Erachtens wirklich, wenn das verwirklicht werden sollte, was ich ja nicht hoffe, eine Katastrophe. Und ich möchte nur mit einem Wort zu diesem Vorschlag des Vorstandes der VEW Stellung nehmen. Ich muß sagen, dieser Vorschlag ist für mich und für viele, viele Judenburger ideenlos. (Abg. Marczik: "Für alle!") Mehr kann ich also dazu nicht sagen!

Ich möchte doch sagen, Sinn und Zweck, meine Damen und Herren, einer Fusionierung kann es ja nicht sein, daß man aus drei zwei Werke macht und noch dazu wäre es auf Kosten von Judenburg. Hier können wir also in keiner Weise zustimmen oder überhaupt Verständnis dafür haben. Und wir stehen auf dem Standpunkt und damit auch alle Judenburger und vor allen Dingen die, die es betrifft, wenn Einschränkungen notwendig sind und niemand bezweifelt das, wenn man sich also die Situation auf dem Eisen- und Stahlsektor auch weltweit ansieht, die ja schon länger als vier Jahre dauert, wenn Einschränkungen notwendig sind, aber dann bitte überall zu gleichen Teilen.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, weil also auch von dieser Stelle der Appell gerichtet wurde. Zur Information darf ich sagen, daß wir fraktionell bereits vorstellig waren beim Herrn Bundeskanzler, der uns also zugesagt hat, daß er nicht bereit ist, einer solchen Lösung zuzustimmen. (Abg. Marczik: "Das ist klar!") Weiters darf ich also hier sagen - sofern es nicht bekannt ist —, daß auch unser Parteivorsitzender und Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian ganz klar und deutlich erklärt hat, auch er wird in keiner Weise einer solchen Form zustimmen. Zum dritten darf ich sagen, daß auch der Zentralbetriebsrat und Landesrat Sepp Gruber ebenfalls öffentlich eine Erklärung abgegeben hat, daß er, soweit es in seiner Macht liegt und soweit er mitzubestimmen hat, in keiner Weise bereit sein wird, diesem Vorschlag zuzustimmen! Und ich darf auch sagen, meine Damen und Herren, daß auch der Sozialistische Landtagsklub sich voll und ganz diesen Aussagen angeschlossen hat. Ich hätte wirklich auch jetzt eine Bitte, und ich bitte, das jetzt nicht mißzuverstehen, aber ich würde den Herrn Landeshauptmann echt bitten, von dieser Stelle aus, sich auch ehest, sofern es nicht geschehen ist — das weiß ich nicht —, mit dem Herrn Generaldirektor in Verbindung zu setzen und sich unseren Dingen anzuschließen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Ist schon geschehen. Ist schon lange geschehen. Ist schon zweimal geschehen!") Ich höre also gerade, es ist schon geschehen!

Ich möchte, meine Damen und Herren, abschließend zu diesem Problem und zu diesem Thema eines sagen und zwei Forderungen aufstellen, und ich bin überzeugt, daß Sie mich, sofern Sie können, alle hier in diesem Hause damit unterstützen werden und somit auch die Betroffenen, daß so rasch.

als möglich für unser Werk in Judenburg die bereits beschlossenen Investitionen durchgeführt werden, das ist leider bisher noch nicht der Fall gewesen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Wissen Sie, Herr Abgeordneter, ich lade zu diesen Dingen nicht die Presse ein, wie Ihre Leute. Darum weiß man es nicht!") Herr Landeshauptmann, dazu muß ich aber sagen, erstens einmal bin ich überrascht, das muß ich schon dazusagen, und zweitens glaube ich, ist es unsere Pflicht, egal in welchem politischen Lager iemand steht, wenn man in der Offentlichkeit etwas zu vertreten hat und Sorgen zu übernehmen hat, Herr Landeshauptmann, dann ist es selbstverständlich, daß man auch eine Aussage treffen müßte. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Ich wollte nur sagen, darum wissen wir es nicht. Ihre Leute wissen es. unsere nicht!") Ja. ich habe es noch nicht gelesen, aber ich nehme das sehr gerne zur Kennt-

Und, meine Damen und Herren, mein zweiter und letzter Satz beziehungsweise Wunsch dazu ist es, und nicht nur mein Wunsch, sondern ich möchte es als Aufforderung an den Vorstand der VEW gerichtet sehen, daß ehest und so rasch als möglich ein anderes als das nun vorliegende Konzept für unser Werk, aber im gesamten für die VEW erarbeitet wird. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Ileschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zuerst zu einer Berichtigung kommen, und zwar zur Richtigstellung von Ausführungen, die Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart im Hinblick auf die Belastung der Osterreicher durch Steuern gebracht hat. Ich habe hier einen Auszug aus der "Wiener Zeitung", der man sicher nicht unterjubeln kann, daß sie Politik für die Sozialistische. Partei macht, sondern ich glaube, daß sie zu jenen Zeitungen gehört, die zu den neutralsten Zeitungen unseres Landes überhaupt zählen. (Landesrat Peltzmann: "Ist eine Regierungszeitung!" Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Ist überhaupt keine Zeitung!") In dieser Zeitung gibt es eine Aufstellung, die sicherlich von Ihnen schon berichtigt worden wäre, wenn sie nicht den Tatsachen entsprechen würde. Da steht zum Beispiel im Text mit einer entsprechenden Graphik die Behauptung, Osterreich sei eines der Länder mit der höchsten Steuerlast. Das stimmt nicht; wir liegen im Mittelfeld und das ist ja allgemein richtig. Wir lesen weiter (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Wir wissen es!"): Sicherlich, wir wissen es, aber das war ja auch ein strittiger Punkt, Herr Landeshauptmann, zwischen uns, nicht mit den Deutschen. Ein Drittel der gesamten Steuerquote entfällt auf die Beiträge zur Sozialversicherung. Von der Steuerquote im engeren Sinne (24 Prozent) wiederum entfallen rund 40 Prozent auf die Einnahmen von Ländern, Gemeinden, Kammern und so weiter. Die Steuerbelastung, die durch den Bund entsteht, beträgt zirka 15 Prozent. Wenn ich mir nun die Graphik betrachte, so liegt Osterreich mit 36,3 Prozent absolut in der Mitte. Das niedrigste Steueraufkommen hat also Japan mit 19,8 Prozent und das höchste, man höre und staune, hat das heute konservativ regierte Schweden mit 53,5 Prozent. Die Bundesrepublik liegt nach uns in der Höhe des Steueraufkommens und vor uns, also niedriger, ist nur Großbritannien. Ich könnte die Länder alle aufzählen. Ich wollte nur berichtigen, wir liegen im Mittelfeld. Das ist also eine gegebene Tatsache. Es stimmt nicht, wenn man sagt, in Osterreich wäre es nicht möglich, durch die gewaltige Steuerbelastung Wirtschaft zu betreiben.

Nun aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich doch noch äußern zur Frage der Wirtschaftsförderung und möchte sagen, daß die Grundlage für die Wirtschaftsförderung in unserem Lande zwei Gesetze sind: Das steirische Mittelstands- und das steirische Industrieförderungsgesetz. Beide Gesetze wurden 1977 beschlossen und in Kraft gesetzt. Wir haben das Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmer bekommen, ich möchte aber dazu sagen, daß es ein gewisses Mitwirkungsrecht ist. ohne daß wir die gesetzliche Basis dazu gefunden haben. Im Gesetz selbst ist verankert, daß zur Durchführung des Gesetzes Geschäftsordnungen zu erlassen sind. Geschäftsordnungen, auf die wir bis heute noch warten. (Landesrat Peltzmann: "Die liegen in der Lade!") Die Mittel, meine sehr verehrten Damen und Herren, die der Wirtschaftsförderung zuzurechnen sind im Budget 1979 belaufen sich nach den ausgewiesenen Ansätzen im ordentlichen Haushalt auf 94 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt auf rund 30 Millionen Schilling, das sind zusammengenommen 124 Millionen Schilling. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren sind die Ansätze für die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen recht drastisch reduziert worden. Während im ordentlichen Haushalt, wie schon betont, 94 Millionen Schilling ungefähr dem Stand des vorigen Jahres entsprechen, sind die Ansätze im außerordentlichen Haushalt nominell auf 30 Millionen Schilling geschrumpft, nachdem man 1977 und 1978 noch rund 300 Millionen Schilling ausgewiesen hatte. (Abg. Dr. Heidinger: "Herr Präsident, Sie haben nur die Einleitung gelesen! So ist es nicht!") Hören Sie ein bißchen zu und werden Sie nicht nervös. (Abg. Dr. Heidinger: "Ich habe es schon gelesen!") Die unter Kapitel 4, Sonstige Förderungsmaßnahmen, angeführten Ansätze wurden vollständig herausgenommen. Insgesamt haben wir demnach im vorliegenden Budget nur mehr ein Drittel der Wirtschaftsförderungsmittel vergangener Jahre angesetzt. Diese Ansätze sind jedoch rein nominell zu sehen, denn wie der Herr Finanzreferent hier schon ausgeführt hat, ist die Bedeckung dieser Mittel seit Jahren dieselbe. Es wird ein Rahmen beschlossen, welcher nunmehr auf Grund der Beratungen in den Beiräten nach den Wirtschaftsförderungsgesetzen ausgenutzt wird.

Lassen Sie mich nun zu der bisherigen Förderungstätigkeit auf Grundlage der beiden Wirtschaftsgesetze einige Feststellungen treffen. Insgesamt gelangten in den Beiräten bisher 57 Fälle zur Behandlung. Davon entfielen auf Betriebe, die dem Mittelstandsförderungsgesetz zuzuordnen sind, 43

Fälle gegenüber nur 14 Fällen nach dem Industrieförderungsgesetz. Dieses Ungleichgewicht, meine Damen und Herren, kommt auch in den Förderungssummen zum Ausdruck, die zum weitaus stärkeren Teil in den Bereich des Mittelstandes gingen, als an Betriebe der Industrie. (Abg. Ing. Stoisser: "Diese erhalten auch die Arbeitsplätze!")

Es zeigt sich aber auch, daß ein beträchtlicher Teil der verhandelten Fälle schon wiederholt von der Landesregierung gefördert worden ist, so daß ein Kreis ständiger Subventionsnehmer immer deutlicher sichtbar wird. Die Förderungsmaßnahmen betrafen zu einem Großteil Krisenfälle, wobei die Mittel zur Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt wurden. Hiebei zeigt es sich immer wieder, daß die Krisen dieser Unternehmungen vorwiegend oder in vielen Fällen durch schlechtes Management, also durch Unternehmerversagen herbeigeführt wurden. Die Feststellungen des Kreditverbandes von 1970 - und diese Einrichtung dürfte Ihnen bekannt sein -, wonach 90 Prozent der Insolvenzfälle auf Fahrlässigkeit, Unsachlichkeit und persönliches Verschulden des Unternehmers zurückzuführen sind, wird damit eindeutig und eindrucksvoll bestätigt. Für eine aktive Strukturpolitik blieb bei der bisherigen Förderungstätigkeit sehr wenig Raum. (Abg. Ing. Stoisser: "Gott sei Dank habt Ihr einen Sündenbock. So ein Blödsinn. Das darf man nicht ernst nehmen!")

Ich glaube auch sagen zu können, daß aus der bisherigen Tätigkeit ein positiver Struktureffekt nicht ableitbar ist, da die Mittel zum großen Teilin Problembranchen unseres Landes gingen und es daher zu einer Strukturkonservierung gekommen ist. Die beiden Gesetze haben zwar das Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmer bei der Wirtschaftsförderung des Landes gebracht. Wesentliche Fragen, wie vor allem das Verfahren in den Beiräten, sind, wie ich schon betonte, ungeregelt geblieben. Diese Lücken sollen durch Geschäftsordnungen, welche in den Gesetzen vorgesehen sind, geschlossen werden. Bis heute ist es trotz andauernder Bemühungen der Arbeitnehmerseite nicht zu diesen Geschäftsordnungen gekommen. Die Praxis in den Beirädementsprechend unzufriedenstellend ten und in der Auswirkung eine Beschneidung des Wirkungsrechtes der Arbeitnehmer. So wurden die bisherigen Sitzungen des öfteren, vor allem anfänglich, so einberufen, daß zwischen Benachrichtigung und Sitzungstermin meistens weniger als eine Woche Zeit zur Verfügung stand und dazu kam, daß die Unterlagen erst oft knapp vor der Sitzung zugestellt wurden und das nur in unzureichendem Umfang. Eine fundierte Prüfung der Förderungsfälle durch die Beiratsmitglieder ist durch diese Vorgangsweise sehr erschwert worden. Eine weitere gravierende Beschneidung des Mitwirkungsrechtes muß auch darin gesehen werden, daß die Landesregierung alle den Beiräten zur Verhandlung vorgelegten Fälle selektiert, wodurch natürlich die Förderungstätigkeit in eine ganz bestimmte Richtung hingelenkt werden kann. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß sich die zuständige Abteilung bisher geweigert hat, den Arbeitnehmervertretern alle bei ihr eingelangten Förderungsanträge bekanntzugeben. Ganz wesentlich erscheint es, meine Damen und Herren, daß gerade in der jetzigen Wirtschaftslage der Einsatz der Wirtschaftsförderungsmittel zwischen Bund, Land und Gemeinden harmonisiert wird. Die Steiermark hat hier meiner Meinung nach viel versäumt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil man glaubte, aus politischen Motiven unbedingt steirisch eigenständig handeln zu müssen. Zum Vergleich dazu ist es Oberösterreich und auch Niederösterreich gelungen, bei den ERP-Mitteln (Abg. Ing. Stoisser: "ERP-Mitte!") beträchtlich mehr zu erreichen, als unser Bundesland. Vom Bund, meine Damen und Herren, wurden schon lange Versuche unternommen, die Investitionstätigkeit der Gebietskörperschaften zu harmonisieren. Dazu wurde auch schließlich die Osterreichische Raumordnungskonferenz ins Leben gerufen. Aber ein falsch verstandener Föderalismus hat es hier leider bisher verstanden, alle Ergebnisse nach dieser Richtung hin zu verhindern. Ein Zusammenwirken im Sinne des kooperativen Bundesstaates wird auch die Steiermark in Zukunft nicht umgehen können.

Meine Damen und Herren, die vom Österreichischen Institut für Raumplanung erstellten Prognosen zeigen für die Steiermark die ungünstigsten Ergebnisse unter allen Bundesländern. Unser Land wird in den kommenden Jahren das größte Arbeitsplatzdefizit aufzuweisen haben, mit welchem wir wohl kaum auch wieder auf steirisch-eigenständig fertig werden können. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Land sind im Vergleich zu anderen Bundesländern sicherlich nicht die günstigsten, aber es ist vollkommen falsch, dies als eine unabänderliche Tatsache schicksalsergeben hinzunehmen. Die Wirtschaftspolitik des Landes besteht in der Hauptsache in einem Reagieren und nicht in einem Agieren. Nicht umsonst ist die Volkseinkommensentwicklung in unserem Land weit unter dem Bundesdurchschnitt, und wir werden hier bereits vom Burgenland überholt. Nicht umsonst auch, meine Damen und Herren, entwickelte sich die steirische Industrieproduktion ebenfalls weit unter dem österreichischen Durchschnitt und liegt gegenwärtig an achter Stelle im Bundesländervergleich. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Das stimmt nicht!") Das stimmt, Herr Landeshauptmann!

Bereits im Jahre 1967, wo ja so deutlich die Strukturschwächen unseres Landes zu Tage getreten sind, hätte mit einer tiefen Strukturpolitik, zum Beispiel forcierter Ausbau der Straßen, auf der Grundlage eines Wirtschaftskonzeptes begonnen werden müssen. Aber angesichts des im Jahre 1968 wieder einsetzenden konjunkturellen Aufschwunges glaubte man hier im Lande offensichtlich, daß nunmehr Strukturpolitik und ein Wirtschaftskonzept überflüssig seien. Dies ist um so bedauerlicher, als es eine anerkannte Tatsache ist, daß die Strukturverbesserungsmaßnahmen am besten in einer günstigen Konjunktursituation zu verwirklichen sind. Die Folgen dieser Versäumnisse müssen nun tausende steirische Arbeitnehmer tragen.

Meine Damen und Herren, die Unternehmungen der Verstaatlichten Industrie scheinen für die Wirtschaftspolitik des Landes und im besonderen für die Förderungspolitik so gut wie fast nicht zu existieren. Dies ist um so bedauerlicher, als es gerade diese Unternehmungen in unserem Bundesland sind, die ihrer sozialen Verpflichtung den Arbeitnehmern gegenüber voll nachgekommen sind. Man scheint an den Verstaatlichten Unternehmungen einfach vorbeizugehen und jene Einstellung scheint hier noch immer vorhanden, welche es verhindert, daß sich diese Unternehmen rechtzeitig an die Entwicklungen der internationalen Wirtschaft anpassen konnten. Wenn dies, meine Damen und Herren, von Ihnen abgeleugnet wird, so möchte ich eine Episode in Erinnerung rufen.

Im Jahre 1964 wurde vom damaligen Ressortverantwortlichen, Vizekanzler Dr. Pittermann, ein Vorschlag zur Neuordnung der verstaatlichten Betriebe in Osterreich unterbreitet (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Der war nicht gut!"), in welchem die damals schon so notwendigen Schritte der Ausweitung in die Finalindustrie und zur Konzentration vorgesehen waren. Diese Vorschläge damals riefen den heftigsten Widerstand der Osterreichischen Volkspartei hervor und in der von den Herren Maleta, Schmitz, Igler, Weißmann, Haramach, Fröhlich und Graf unterzeichneten Stellungnahme wurden alle Maßnahmen für eine Reorganisation und Stärkung der Wettbewerbskraft in der Verstaatlichten Industrie als unnotwendig abgelehnt. (Abg. Dr. Pfohl: "Ganz stimmt das nicht!") Die Folge dieser Haltung war, daß wertvolle Jahre vergangen sind, in denen die ausländischen Konkurrenten grundlegende Umstrukturierungen vornahmen, die österreichischen Betriebe aber in ihrer Entwicklung stagnieren mußten. (Abg. Dr. Maitz: "Das kann nicht wahr sein!") Es zählt wohl zu den bedauerlichsten Tatsachen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte, daß die verstaatlichten Unternehmungen nach dem Willen der OVP durch Jahre und Jahrzehnte an der Ausweitung der Finalindustrie und der branchenweisen Zusammenführung gehindert wurden. Wenn Sie sich nun von der OVP jetzt auf einmal zur Verstaatlichten Industrie bekennen, müssen im Lichte der Vergangenheit wohl ernsthafte Zweifel auftreten, und man muß sich fragen, ob dies nicht wie vieles andere aus reinen Opportunitätsgründen erfolgt. (Abg. Kollmann: "Eine Zwischenfrage. Wer hat das Verstaatlichungsgesetz beschlossen?") Aber sie haben nicht mehr mitgewirkt daran, und Sie haben es abgelehnt, die Ausweitung in Richtung Finalindustrie vorzunehmen. Sie müssen ein bißchen aufpassen, dann hätten Sie es verstanden!

Abschließend möchte ich auch noch ein paar Worte zu der Entwicklung in einigen steirischen Kernbetrieben der privaten und halbprivaten Bereiche der Banken sagen, weil hier die OVP versucht, aus der traurigen Lage der Arbeitnehmer, die Opfer von Massenkündigungen bei diesen Betrieben werden sollten, politisches Kapital zu schlagen. Eine unsachliche Argumentation schiebt der Bundesregierung die Schuld in die Schuhe (Abg. Dr. Maitz: "Sehr richtig!") und der Bundesobmann der OVP, der steirische Abgeordnete Dr. Taus, verkündete lauthals, daß der Bundeskanzler die Verantwortung für die Massenkündigungen bei diesen

Unternehmungen trage. Er spricht davon (Abg. Kollmann: "Das ist eine Schreibtischarbeit!"), Sie haben nicht mitgehört — aus dem privaten und halbstaatlichen Bereich (Abg. Kollmann: "Wer ist der Eigentümer?") — Er spricht davon, daß diese Unternehmungen einem Belastungsdruck ausgesetzt wären, den sie einfach nicht mehr ertragen können. Aber gerade bei den Unternehmungen wie Eumig, Bauknecht und auch jenen halbprivaten Banken kann man wohl schwer von einem Belastungsdruck sprechen, wenn man jene Beträge betrachtet, mit welchen sie von der öffentlichen Hand gefördert worden sind. (Abg. Haas: "Das war zu wenig!")

Die Firma Eumig hat für Fürstenfeld allein aus öffentlichen Mitteln über 60 Millionen Schilling bekommen. Die Gründung des Werkes Fohnsdorf ist ebenfalls nicht zum Schaden dieser Firma erfolgt. 280 Millionen Schilling wurden hier vom ERP-Fonds eingesetzt.

Meine Damen und Herren, man kann ruhig sagen, daß Eumig ein Unternehmen ist, welches von der öffentlichen Hand jede nur denkbare Unterstützung erhalten hat. Noch gigantischer, meine Damen und Herren, sind die Summen, die für die multinationalen Unternehmungen, wie zum Beispiel Bauknecht, von Land und Bund aufgewendet worden sind. Für das Werk Rottenmann wurden insgesamt 100 Millionen Schilling bereitgestellt. Beim Werk Spielberg haben Bund und Land über 150 Millionen Schilling eingesetzt. Das ist also der Belastungsdruck, unter welchem diese Unternehmungen zu leiden haben. (Abg. Jamnegg: "Herr Kollege Ileschitz, man nimmt ihnen auf der einen Seite sehr viel und gibt ihnen auf der anderen ein bißchen zurück!" — Abg. Schrammel: "Die Ziffern stimmen nicht!") Die Ziffern stimmen, meine Herren, die sind richtig. Wir haben aus öffentlichen Mitteln diese Beträge, sie sind sehr wohl kontrolliert und überprüft, aufgewendet.

Aber ich glaube, es ist noch ein ganz anderer entscheidender Umstand insbesondere im Fall Eumig anzuführen. Es war hier eindeutig eine falsche Unternehmerentscheidung, für welche tausend Arbeitnehmer büßen sollten. Dafür, daß die Polaroidfertigung keinen Markt bisher finden konnte, kann wohl schwerlich der Bundeskanzler verantwortlich gemacht werden.

Meine Damen und Herren, bisher waren es eigentlich nur immer multinationale Unternehmungen, welche kaum Hemmungen gezeigt haben, wenn es darum ging, Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen. (Abg. Trummer: "Sie haben das falsche Konzept!") Jetzt müssen wir erleben, daß ein alteingesessenes österreichisches Industrieunternehmen Massenkündigungen nach rein kapitalistischer Art durchführen wollte. In dieser Haltung zur sozialen Verantwortung zeigen sich jetzt die Unterschiede zwischen verstaatlichten und privaten Unternehmungen, wobei die letzteren konkret zu den größten Subventionsnehmern in unserem Staat gehören. Bei all diesen Angriffen stellt sich eigentlich die Frage, ob die OVP nicht von der Tatsache ablenken will, daß die Marktwirtschaft eben mit den Problemen, die dieses System immer wieder bringt, nicht fertig wird (Abg. Dr. Pfohl: "Wer gibt denn die Subventionen? Die Regierung an die eigenen Leute!" — Abg. Dr. Maitz: "Da war der Premsberger gescheiter. Der hat nicht einen solchen Klassenkampf angeschlagen wie Sie!") und daß der öffentlichen Hand letztlich die schwere Aufgabe zukommt, dort massiv mit Förderungen einzugreifen, wo das sogenannte freie Unternehmertum nicht mehr zu Rande kommt. Wenn ich vorhin darauf hingewiesen habe, daß in der Förderungspraxis dem Klein- und Mittelbereich ein ganz besonders breiter Raum eingeräumt worden ist, so möchte ich zum Schluß doch einige Feststellungen treffen. Für uns bedeutet Mittelstandsförderung, Mitteleinsatz nach qualitativen Gesichtspunkten, das heißt, daß eben dort die Mittel eingesetzt werden sollen, wo sie wirtschaftlich den größten Nutzen erzielen können. Die ideologisch-politische Grundbedeutung, die man jetzt mit dem Begriff Mittelstand zu verknüpfen versucht und wonach alles, was klein, wunderbar ist, lehnen wir ab. Diese Mittelstandsideologie erweist sich, wenn man sie nüchtern betrachtet, als ein Sammelsurium von Glaubenssätzen, die aber nicht in der Lage sind, den Beweis zu erbringen, daß sie unter den uns vorgegebenen ökonomischen Bedingungen eine Daseinsverbesserung bringen könnte. Ich betrachte dies auch als den Anfang einer recht gefährlichen Entwicklung, weil sie im wirtschaftlichen Denken der Kleinkariertheit und dem Greißlertum in unserem Lande ein weiterer Wegbereiter ist. (Abg. Dr. Dorfer: "Aber Herr Präsident!") Meine Damen und Herren! Dazu möchte ich jetzt nun Herrn Professor Dr. Herbert Krejci zitieren, der in der Zeitung "Die Industrie" — Sie wollen ja nicht sagen, daß das eine Arbeitnehmerzeitung ist folgendes kürzlich schrieb: "Besonders bedenklich ist der in den letzten Jahren deutlich zu beobachtende Rückschritt in der Diskussion über die Stellung der Industrie in unserem Staatswesen." (Landeshauptmanstellvertreter Wegart: "Gar nicht wahr!") Nachdem sich durch Jahre die Sektionen Industrie und die Industriellenvereinigung bemüht haben in der Offentlichkeit Verständnis für industrielle Dimensionen und industrielles Denken zu erwecken, ist nun schon seit geraumer Zeit eine Gegenbewegung wahrzunehmen. Von der Industrie spricht man eben nicht gerne. (Abg. Dr. Dorfer: "Weil die Industriepolitik der Bundesregierung restlos versagt hat!") Desgleichen beklagt sich auch Dipl.-Ing. Göss-Saurau, daß die Industrie nun allein zu stehen scheine, Arbeiterkammer und österreichischer Gewerkschaftsbund hätten mehr Verständnis für den Bereich der Industrie gezeigt, als von Natur aus nahestehende Organisationen und er fragt sich abschließend: "Setzen sich die Träumer und Okoromantiker durch und gibt eine gewisse Partei diesen Strömungen Raum, um auf dieser Welle die Stimmen der Jugend zu gewinnen?" Das sind die Worte von Göss-Saurau. (Abg. Dr. Dorfer: "Aber Sie wissen, wo die zusätzlichen Arbeitsplätze entstanden sind in den letzten Jahren?") Vielleicht ist es nicht zuletzt dieser so stark propagierten Mittelstandsideologie und Okoromantik zuzuschreiben, daß sich in unserem Lande in der Industrie eine ganz bedenkliche Entwicklung abzeichnet. Die Wertschöpfung im Industriebereich ist in den letzten 20 Jahren nur unterdurchschnittlich gestiegen, das heißt, die Industrie erreichte hier nur eine Zunahme von 7,6 Prozent, während die Gesamtwirtschaft um 8,5 Prozent jährlich zugenommen hat. Dies bedeutet, daß der Anteil der Industrie am Bruttonationalprodukt ständig, wie eine Studie von Professor Seidl deutlich zeigt, zurückgegangen ist, und zwar von 28 Prozent auf 23 Prozent. Eine weitere Fortsetzung dieser Entwicklung und die zunehmende Industriefeindlichkeit, welche sich auch bei den letzten politischen Ereignissen gezeigt hat, ist gesamtwirtschaftlich gesehen sehr problematisch, denn sie hätte ernste Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum und für das Außenhandelsgleichgewicht.

Es ist eine unbestrittene Gesetzmäßigkeit, daß die Steigerungsrate der Industrieproduktion als Basisbereich und jene des Bruttonationalproduktes engstens verknüpft sind. Die Industrie ist nun einmal der Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Wachstum in erster Linie darin zu sehen, daß man der Industrie zusätzliche Impulse gibt und die unvermeidlichen strukturellen Anpassungsprozesse in jeder nur erdenklichen Weise unterstützt.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich auf diese Basis begeben, werden Sie in der Sozialistischen Partei die besten Wegbereiter für einen gemeinsamen und besseren Weg in die Zukunft finden. (Beifall bei der SPO. — Abg. Lackner: "Das hättest du auswendig wissen müssen, nicht hinunterlesen!")

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Anton Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Gerhard Heidinger: "Das hören wir jedes Jahr!")

Es ist mein 15. Budget, das erste war 1963. Wir machten damals das Budget für 1964 und es ist erstmalig, soweit ich mich erinnern kann, daß die Gruppe 7 "Wirtschaftsförderung", darin enthalten sind die Landwirtschaft, der Fremdenverkehr und der übrige Bereich, einen ganzen Tag abgehandelt wurde. Es freut mich. Es waren ja auch sehr viele positive Beiträge. Nur, Herr Präsident Ileschitz, ich würde den Sekretär, der Ihre Rede schreibt, entlassen. Ich meine, da stimmt ja die Hälfte nicht mehr, von dem was da drinnen steht. Schauen Sie, wenn er selbst geredet hätte, dann wäre es wahrscheinlich sehr gut gewesen. Aber ich komme zum Schluß auf diese Behauptungen zur Wirtschaftsförderung zurück. Ich darf im vorhinein schon feststellen, daß bis jetzt auch nach dem Gesetz alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Ich darf feststellen, daß Sie bei keiner einzigen Sitzung waren Herr Präsident, Sie haben sich wohl vertreten lassen (Abg. Ileschitz: "Wir haben keine Geschäftsordnung, die das vorsieht!"), und ich darf feststellen, daß wir ausgemacht... So eine billige Ausrede hätte ich Dir nicht zugetraut, lieber Herr Präsident. Ich halte Dich an und für sich für einen sehr tapferen Mann, der das ja gar nicht notwendig hat. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Das ist er!") Wir haben ausgemacht, Herr Präsident, auch wir zwei, daß wir zuerst eine Zusammenschau zwischen den Beamten

versuchen sollen. Wenn das nicht mehr gelingt, setzen wir uns zusammen. Für das Mittelstandsförderungsgesetz, habe ich gehört, ist der Beirat durch, dort gibt es keine maßgeblichen Unterschiede. Das Industrieförderungsgesetz ist etliche Wochen jetzt, glaube ich, bei meinen Kollegen in der Rechtsabteilung 10 gelegen und ich hoffe, daß wir uns zusammensetzen werden, um die Punkte, über die sich unsere Mitarbeiter nicht einigen konnten, zu besprechen. (Abg. Ileschitz: "Mehr wollen wir nicht, Herr Landesrat!") Aber das legt sich doch etwas anders dar, als es Ihre Ausführungen jetzt im hohen Hause dargestellt haben. (Abg. Dr. Maitz: "Da muß man hingehen!")

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ansätze meines Ressorts in dieser Gruppe veranlassen mich, weniger ein vergleichendes Zahlenspiel über Soll und Haben zu betreiben, als einige realistische Fakten der Wirtschaft und der damit verbundenen, im Budget sich niederschlagenden Wirtschaftsförderung aufzuzeigen. Wenn ich mir in der jetzigen Zeit, die stichwörtlichen Aussagen des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung für den Oktober 1978, über die gegenwärtige Wirtschaftslage vor Augen führe, so ist sie wünschensvoll, hoffnungsvoll, wie schon lange nicht mehr. Es heißt unter anderem, die Industriekonjunktur erholt sich, Auslandsnachfrage weiterhin recht kräftig, Arbeitsmarkt weiter stabil. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wir in den letzten Wochen immer wieder mit diesen Fragen unserer eigenen Wirtschaft im Lande konfrontiert worden sind und wir befassen uns ja noch immer damit, muß ich wirklich sagen, ist von diesen fröhlichen Prognosen sehr wenig zu verspüren. Ich möchte den Sachverhalt dieser Feststellungen — (Abg. Gerhard Heidinger: "Sie reden immer von Eumig. Kein einziger ist abgebaut worden!") Ja, mein sehr geehrter Herr Direktor, ich komme schon noch auf die einzelnen Problematiken! — gar nicht in Frage stellen, sondern wir können, glaube ich, aus diesen Fakten, das heißt, aus der Voraussage und den Fakten in unserem Heimatland hier in der Steiermark feststellen, wie ungenügend die Bundesregierung, die letztendlich für die Wirtschaft nach der Verfassung zuständig ist, ihrem verfassungsmäßigen Auftrag, unsere Republik Osterreich als ein einheitliches Wirtschafts-, Währungs- und Zollgebiet einzurichten und zu gestalten, nachgekommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen selbst die Arbeitslosenstatistik brauche Sie Ihnen nicht vorlesen. Wir wissen, daß wir bei 2,2 Prozent liegen und wir wissen, daß in vielen Regionen unseres Heimatlandes diese Zahlen noch höher liegen oder sich leider unter dem Landesdurchschnitt ausweisen. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das muß doch irgendeinen Grund haben! Es ist doch nicht anzunehmen, daß die Steirer nicht arbeitswillig seien. Es ist nicht anzunehmen, daß die Steirer nicht leistungsbewußter als die Menschen in anderen Landesgebieten oder im übrigen Bundesgebiet sich darstellen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre wohl sehr, sehr billig, die Dinge so darzustellen, wie sie aussehen könnten. Vielleicht ist Ihnen bewußt geworden, Herr Präsident, aus der Statistik — und die Arbeiterkammer hat eine sehr gute statistische Abteilung -, daß der Anteil der verstaatlichten Industrie in der Steiermark am höchsten von allen Bundesländern ist. Und wenn Sie sagen von den halbverstaatlichten oder halbprivaten Banken, dann wüßte ich nicht mehr, was von der CA noch privat ist und bezüglich der Länderbank lasse ich mir noch Informationen geben. (Abg. Premsberger: "Auch bei der Länderbank!") Auch dort ist der Bund Eigentümer der Banken und damit auch der Konzernbetriebe. Alles andere entspricht ja nicht der Wahrheit, das muß man doch echt sagen! Und ich darf Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es uns in der Vergangenheit wirklich gelungen ist, soweit es für uns beeinflußbar war, durch die freiwillige Wirtschaftsförderung des Landes die Marktanpassung in Handel und Gewerbe finanziell zu unterstützen und zu beschleunigen. Es uns auch gelungen ist, große Betriebe in die Steiermark zu bringen. Zum Beispiel der vor zwei Jahren fast heilig gesprochene Renommierbetrieb EUMIG. Heute hörte ich es anders; so schnell wandeln sich da die Dinge! Nicht von "und wegen Management" bis zum "na, das ist ein weltweites Unternehmen" oder Philips und Siemens! Ich darf eines feststellen, auch diese Unternehmungen haben Ihre Verträge bezüglich Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die sie mit dem Land Steiermark abgeschlossen haben, voll eingehalten. Das muß ich sagen. Es hat ja gar keinen Sinn, hier die Dinge vielleicht anders in den Raum zu stellen, wie sie sich wirklich darlegen. Aber man muß es zugeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache es mir nicht so billig, bei Gott nicht! (Abg. Ileschitz: "Ich habe es mir auch nicht billig gemacht. Das sind Tatsachen!") Ich habe gesagt, ich könnte das tun, ich habe es nicht getan. Ich habe nur angezeigt, was man tun könnte, wenn man hier politische Faxen reißen würde.

Ja, meine Damen und Herren, eines steht fest, der Konkurrenzkampf ist weltweit härter geworden. Daran gibt es gar nichts zu ändern. Diese Tatsache müssen wir zur Kenntnis nehmen. Und Sie haben meinen Kollegen Wegart zitiert — ich will es jetzt nicht hier zitieren, was er gesagt hat - aber die Zeitschrift heißt "Zukunft", sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Dezember 1978. (Landesrat Gruber: "Ist gut, wenn Du das aufmerksam liest!") Dort steht das drinnen, was der Kollege Wegart hier ausgesagt hat, nicht mehr! Weil Sie, Herr Präsident, meinen Kollegen hier berichtigen mußten. Noch einmal, Ihr Mitarbeiter soll das Zahlenmaterial von jetzt nehmen (Abg. Ileschitz: "Das ist ja lächerlich. Das sind Zahlen von jetzt!") und nicht vielleicht versehentlich das, was vor fünf oder sechs Jahren gegolten hat. (Abg. Turek: "Hast schon einmal eine falsche Liste gehabt!" — Abg. Ileschitz: "Ich habe die Wiener Zeitung zitiert. Blödsinn!") Und wir haben ja auch bei einer Diskussion mit Wirtschaftskollegen feststellen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um das geht es letzten Endes gar nicht, ob Höchststeuer oder nicht Höchststeuer. Es geht um die Produktionskosten! Weil, meine Damen und Herren, wir

sind ja nur dann konkurrenzfähig, wenn wir in der Lage sind, ein gutes Produkt und ein preislich günstiges Produkt zu erzeugen und zu verkaufen. Und ich stelle nur fest, daß wir außer Schweden die höchsten Lohnnebenkosten Europas besitzen. (Abg. Ileschitz: "Das stimmt nicht!") Darüber gibt es gar keine Diskussion. Entschuldigen Sie, ich sage aber auch, es muß uns doch ein oder zwei Prozent wert sein, daß es uns gelungen ist, durch 30 Jahre einen Arbeitsfrieden zu halten. Man soll doch beides sagen, nicht nur das eine und das andere läßt man weg. Das finde ich unanständig! Das tut man nicht! (Abg. Ileschitz: "Aber so einen hohen Preis haben wir nie verlangt, daß wir die höchste Steuerbelastung haben!") Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, es ist härter geworden und die Pferde, die man zur Tränke führen könnte, aus denen vielleicht etwas wird, ja - meine sehr geehrten Damen und Herren - erfrischen sich in zunehmendem Maße an den Ufern der Donau, weil dort die strukturpolitischen Voraussetzungen besser gegeben sind als leider Gottes hier in der Steiermark. Und hier wird uns teilweise das Wasser abgegraben. Und, wenn man endlich wieder kämpfen müßte und schauen, daß man dieses Wasser herbekommt, denken wir zum Beispiel nur an die Glasindustrie in der Weststeiermark, sagen Sie, dort ist das Management schuld! Das Land hat getan, was es konnte. Wir haben geholfen, daß das Erdgas, eine günstige Energie für diesen Produktionszweig nicht nur vom Preis her, (Abg. Ileschitz: "Und trotzdem gehen sie weg!") sondern auch von der Qualität her, diesem Raum zur Verfügung gestellt wird und ich sage, dort liegen diese Dinge.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen Sie vielleicht sagen, daß die Abgabenpolitik der letzten fünf Jahre wirtschafts- und investitionsfreundlich war? Ich glaube, das wissen Sie wohl selbst auch! Sie war es nicht! Wir wollen gar nicht über die Notwendigkeit sprechen, wir wollen doch über die Wirtschaft reden. Sehen Sie, aber es wird heute jedem Unternemen sehr schwer gemacht, Investitionen durchzuführen. Und es hat einer meiner hochgeschätzten Vorredner gesagt, ja der Staat Osterreich gebe doch Investitionsanreize. Wo, möchte ich wissen! 2 Prozent Investitionssteuer bezahlt jedes österreichische Unternehmen, das 1978 auch nur einen Ziegel bewegt oder eine Maschine kauft. Oder ist es investitionsfördernd, wenn jeder Kreditnehmer - und wer ist heute noch in der Lage, aus Eigenmitteln Investitionen durchzuführen — (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Niemand!") Kreditsteuern bezahlen muß. Ja das geht nicht einmal mehr in die Promillsätze. (Abg. Ileschitz: "Er redet nichts von den Abschreibungen!") Und wenn einer einen Kredit aufnimmt, dann bezahlt er schon wieder Strafe durch die 0,8 Prozent Kreditsteuer, die es nirgends sonst gibt. Bei Diskussionen im Frühsommer 1978 in Bayern, mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, hat man mir das gar nicht geglaubt! Das hat man mir nicht geglaubt. Man hat geglaubt, hier müsse ein Irrtum vorliegen, als ich erklärte, daß der Investitionsanreiz in Osterreich zur Zeit dadurch gehoben wurde, indem man die Kreditkosten auf diese Weise erhöht

hat. Schauen Sie, daß unser Land eine fleißige Bevölkerung hat, das wissen wir, und daß gerade unser Land, ich glaube, einen Großteil der Aufbaulasten in dieser Republik getragen hat von 1945 herauf mit Kohle und Stahl, darüber gibt es gar nichts zu diskutieren. Und deswegen fordern wir auch, glaube ich, mit Recht nicht Geschenke, sondern eine stärkere Dotierung der Bundesausgaben für unseren Bereich, um diese Randlage, in der wir drinnenstecken, etwas auszugleichen. Und für mich wird es keinen schöneren Tag geben, als den, wenn mein Kollege Krainer uns dezidiert sagen kann, am So-und-so-vielten ist die Pyhrnautobahn und die Südautobahn fertig! Dann haben wir ein bißchen etwas erreicht, was den Ausgleich uns bringen könnte. Den Ausgleich, den wir so notwendig brauchen, daß diese wirtschaftsrelevanten Verkehrsverbindungen auch der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Sie können mir auch glauben, daß die Lkw-Steuer einen Salzburger Betrieb bei weitem nicht so trifft als einen steirischen Betrieb. Das ist ein ganz klarer Fall; das sind einmal die Entfernungen. Was machen Sie mit einem Betrieb in Radkersburg, Hinterland Null! Die Ströme müssen eben in die Zone, wo allein durch den Beförderungsablauf sich das Produkt erhöht. Und wir haben uns hier wirklich bemüht, wir haben geglaubt, in der Bundesregierung Unterstützung zu bekommen. Der Herr Landeshauptmann, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, mein Kollege Dr. Klauser waren mit im Bundeskanzleramt, als wir uns bemüht haben, das Dieselmotorenerzeugungsprodukt, die Produktionsstätte in die Steiermark zu bekommen. Wir wurden nicht berücksichtigt. Wir haben, glaube ich, dort das Höchstmögliche, zu dem das Land überhaupt in der Lage ist, angeboten.

Es ist uns gar nicht gut bekommen. Es hat dann eine Flut von Anfragen gegeben, wenn ihr schon für das eine halbe Milliarde habt, werdet ihr wohl für uns auch etwas haben, nicht! Sehen Sie meine sehr geehrten Damen und Herren. (Landesrat Gruber: "Eine rein privatwirtschaftliche Unternehmerentscheidung!" — Abg. Ileschitz: "Mercedes und Steyr!") Herr Kollege, ich weiß schon, dann ist es immer die Unternehmerentscheidung, obwohl das Unternehmen der Republik Österreich gehört, Herr Kollege Gruber. (Landesrat Gruber: "BMW gehört der Republik Osterreich!") Nur wenn bei uns eines schiefgeht, dann war es das falsche Unternehmen und dort war es das richtige, schauen Sie, dagegen wehre ich mich ja. (Abg. Loidl: "BMW gehört nicht dem österreichischen Staat!") Ich wehre mich, gegen die Auslegung, wie man es momentan braucht und wie es in den politischen Tageskram hineinpaßt und von Ihnen hineingestellt werden soll. (Abg. Ileschitz: "Es ist ein Jammer, daß der Ratzenböck gewonnen hat!") Dagegen müssen wir uns ja gemeinsam wehren. Wenn wir dann alleine beisammen sitzen, dann werden wir vernünftig, dann können wir über jedes Problem sprechen, offen sprechen. Kaum ist irgendwo ein Forum, wo einer merkt, daß ein Redakteur oder sonst wer in der Nähe sitzt, dann bekommt Ihr Schnackerlstoßen. Da kennen wir uns nicht mehr aus, was wirklich wahr ist. So sind doch die Dinge. Schauen Sie, man wirft uns immer wieder vor, wir stehen in Gegnerschaft

zur verstaatlichten Industrie. Herr Kollege, Meine Herrn Kollegen, was hat denn das Land Steiermark allein für diese Dinge getan, obwohl es irgendwie doch problematisch ist, da der Eigentümer dieser Betriebe letzten Endes die Bundesrepublik Osterreich ist und wir mit unserem Steuerverbund doch total abhängig sind, von der Einnahmenseite her. Machen wir uns doch hier nichts vor. Alles andere sind doch Illusionen, oder wollen Sie glauben, daß die Feuerschutzsteuer und die Landesjagdabgabe der Hauptteil unserer Alleineinnahmen sind? Da hätte es der Herr Kollege Klauser sehr leicht mit dem Budget, nicht? Sehen sie, da ist einmal ein Verbund vorhanden, aus dem können wir nicht heraus und wir wollen auch gar nicht heraus. Nur soll man das auch zu einer Zeit zur Kenntnis nehmen, wo man es nicht will. Wir haben trotzdem die Aufschlußkosten zum weststeirischen Kohlenrevier bezuschußt. Wir haben uns auch im Raum Fohnsdorf als Land beteiligt. Wir haben uns an der Errichtung der Wolframhütte Bergla, wir haben die Aspernbahn verstärkt, damit der Firma Elin der Ausbau ihrer Produkte ermöglicht wird. Wir haben, glaube ich, mit ziemlich viel Geld zur Errichtung der Werkstätten und der Maschinen, die dazu dienen, ein geländegängiges Fahrzeug zu erzeugen, bei der Firma Steyr-Daimler-Puch mitgewirkt; für die Zusammenarbeit mit Mercedes. Wenn man dann sagt, das sei alles zu wenig, dann muß ich ehrlich fragen, ich bin stolz auf jede Million, die die Arbeitsmarktverwaltung in die Steiermark hereinbringt, aber rein von der Investitionsförderung. Ich muß das noch einmal feststellen und ich habe Ihnen das voriges Jahr versprochen und ich bitte mich nicht zu stellen, ich habe dieses Versprechen nicht eingehalten, aber diesmal bitte ich das aufzuschreiben, jeden Abgeordneten eine Ablichtung des ERP-Gesetzes zuzusenden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: "Ja genau!") Da sind keine Bundesmittel, auch nicht nach dem Gesetz. Meine Herren Abgeordneten, Sie sollen das doch wirklich kennen, sonst lacht Sie doch ein jeder aus, wenn Sie darüber reden. Das sind Steuermittel der amerikanischen Bevölkerung, die uns über dem Marshallplan zur Verfügung gestellt wurden, aber doch keine Bundesmittel! Schauen Sie, das wäre das ganz gleiche, wenn wir jetzt sagen, daß der Bund soundso viele Kilometer Straßenbau finanziert, die haben wir alle allein finanziert. Ist uns noch nie eingefallen, sondern da wissen wir genau zu unterscheiden, von wem und wann die Mittel gekommen sind. Sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie haben heute sehr richtig angeführt, Herr Präsident Ileschitz, daß da und dort Wirtschaftsförderungsmittel nicht so angewandt wurden, wie wir es gemeinsam wollten. Ich sage ganz trocken und sehr hart, die Wirtschaftsförderung des Landes ist grundsätzlich kein Umschuldungsinstitut. (Landeshautmann Dr. Niederl: "So ist es!") Und trotzdem Herr Präsident, wir haben auf Wunsch der Arbeitsmarktförderung sogar etwas schwarz gemacht, das sage ich jetzt offen, weil es sonst bei uns gegen das Gesetz gegangen wäre, um die Arbeitsplätze dort zu erhalten. Wir haben gesagt, bitte Arbeitsmarktförderung lege du die Gesamtsumme hin, die

50 Prozent machen wir dann bei einem anderen Projekt. Weiter können wir nicht mehr gehen. Ich stehe dazu, mit meiner vollen Verantwortung und wenn mich der Rechnungshof darüber zerlegen sollte. Dann werde ich sagen, mir waren die Arbeitsplätze dort wichtiger, als daß ich wohl eine Rüge des Rechnungshofes nicht vertragen könnte. (Landeshauptmann Dr. Niederl: "Genau!") Genau, Herr Landeshauptmann. Genau, weil der Herr Landeshauptmann auch in solchen Gebieten nicht nach dem genauen Gesetzestext handelt, sondern nach dem Bedarf. Dort werden Wohnungen gebraucht. weil ein Betrieb entstanden ist und dort werden dann auch die Mittel dafür hingelegt. Schauen Sie, meine Damen und Herren, die Dinge werden noch härter werden. In der Weltwirtschaft bahnen sich neue internationale Arbeitsteilungen an und wir werden halt versuchen müssen, daß wir hier bestehen können. Mit sogenannten niederen Intelligenzprodukten werden wir in der Zukunft wenig Stich machen. Heute wurde die Hoffnung ausgesprochen, von einem, wie soll ich sagen, freigestellten armen Betriebsrat, (Abg. Premsberger: "Mit einem Partieführerlohn!") Dort wäre ich gerne absammeln gegangen für Sie. Ja, Sie haben aber sehr gut gesprochen, da gibt es gar nichts zu reden. Sie haben auch angezogen, und Sie hoffen, daß in den sogenannten Niedriglohnländern, auch der Nachzug, das eine können Sie mir aber glauben, Herr Kollege Premsberger, wir werden es nicht mehr erleben, so schnell geht es da nicht. Aber wir müssen mit den Problemen, die daraus entstehen, fertig werden. Wir müssen fertig werden, ob wir wollen oder nicht. Wir haben uns der Zeit zu stellen und hier hat der Herr Kollege Premsberger ein paar Dinge gesagt, die ich sogar selbst gerne mit Ihnen vertreten würde, zum Beispiel die Änderung der Vergaberichtlinien. Ich weiß, daß dieses große Projekt, finanziert durch die öffentliche Hand, einem ausländischen Unternehmen gegeben wurde, weil das ausländische Unternehmen um 7 Prozent billiger angeboten hatte. Ich glaube diese 7 Prozent wären die beste und da brechen wir keine internationalen Abkommen, bei Gott nicht, Arbeitsmarktsicherung. (Abg. Premsberger: "Das ist total falsch. Das war ein internationales Abkommen!") Da müssen wir uns halt zusammenschließen und ich bin bereit, auch mit der Gewerkschaft, weil es kommen auch dort viele aute Ideen. Hoffentlich wird mir das dann nicht falsch ausgelegt. Wir müssen es dann gemeinsam durchsetzen, wenn wir etwas richtig erkannt haben. Sonst werden wir uns eben in unserem eigenen Zimmerl solange zusammenstreiten, bis wir den Weg finden, den wir da gemeinsam gehen können. Schauen Sie, ich will die anderen Dinge gar nicht aufzeigen, weil Sie haben den Musil sooft in den Mund genommen. Wenn ich ihm das erzählen werde, der wird direkt stolz werden. Ich werde sagen: "Musil Du bist zur Zeit der meistgelesenste Mann in der steirischen Gewerkschaftsbewegung". (Abg. Premsberger: "Ich vertrete seine Ansichten!") Ich kann Dir sagen, der wird sich ein bißchen reiben und wird sagen, Klasse, daß mir das gelungen ist. Schauen Sie, man kann auch dieses Lesen auslegen, wie man will. Um was

alles geht es und was müssen wir in Zukunft tun, um vom Lande her, das eine oder das andere zum Besseren zu wenden? Schauen Sie einmal, das erste Mal, daß ich mich vielleicht selbst nennen darf, im Zusammenhang mit meinem Chef, mit dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl, der für diese Dinge immer Verständnis gehabt hat. Es war kein einziger Fall, wo ich zu ihm gegangen bin und er nein gesagt hätte, wenn ich gesagt habe, Du ich brauche Feuer frei, um mit dem Finanzreferenten das eine oder andere vielleicht durchzukämpfen, was an Förderung notwendig war. Es ist uns gelungen, ein Unternehmen und ein sehr renommiertes Unternehmen, (Abg. Ileschitz: "Wer?") jetzt Herr Präsident Ileschitz, jetzt kommt das Fragezeichen, Sie können noch so schreien "wer", ich werde keinen Namen nennen. Weil eines müssen wir uns angewöhnen, bevor Verträge nicht unterschrieben sind, sollen sie nicht in die Offentlichkeit kommen, da gibt es empfindliche Leute. Ich kann das nicht ändern. Ich kann Ihnen Briefe zeigen, wo drinnen steht, wir denken gar nicht daran die Verhandlungen weiter fortzuführen, weil wir am Soundsovielten im Artikel... Ich kann Ihnen die diesbezüglichen Schreiben und Fernschreiben geben. Aber es ist uns die Errichtung eines Forschungszentrums Graz gelungen, es sind bereits die Anfragen da, gemeinsam mit der Stadtgemeinde Graz -, was für Baulichkeiten oder Grundstücke wir zur Verfügung stellen können. Ich glaube, nach den ersten Unterlagen, die wir bekommen haben, gibt es Beschäftigung für zirka 80 bis 100 Hochschul- und HTL-Techniker. Sehen Sie, das sind Aussichten. Von dort kommen neue Erkenntnisse, von dort können wir vielleicht neue, verwertbare Technologien für unsere Industrie schöpfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns auch bei der Auffindung und Verwertung der heimischen Rohstoffreserven mit eingeschaltet. Wir haben zum Beispiel die Aufschlußarbeiten der Bleiberger-Bergwerks-Union finanziert und hier ein kurzes Wort nehmen Sie es mir nicht krumm, glauben Sie mir das, ich mache damit keine Tagespolitik, - zu der Energiefrage, die wir im Land selbst lösen können. Ich breche jetzt keine Kernenergiedebatte vom Zaum, bei Gott nicht. Herr Strenitz, da können Sie Gift darauf nehmen, mehr kann ich nicht sagen, weil ich müßte Sie so widerlegen mit den eigenen Aussagen Ihrer Genossen, nicht von uns. Es gibt da in Wien den sogenannten Energiepapst. Ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen. (Abg. Gerhard Heidinger: "Oh ja!") Ich hatte viel zu tun mit ihm, als ich noch die Ehre hatte, die Erdgasgesellschaft Steiermarks in Wien zu vertreten. Er sagt, ich war immer schon für hohe Energiepreise, nur damit läßt sich auf unbürokratische Art die Energieverschwendung unterbinden. Sie haben es ja so gelesen, weil Sie haben ja auch Zahlen aus dem gleichen Artikel zitiert. (Landesrat Bammer: "Du glaubst dem 'Profil'?") Sehen Sie, das wird Aufgabe des Aufsichtsrates in der STEWEAG sein. Alle Parteien haben Vertreter in dieses Gremium entsandt. Warum sollen wir denn da eine Fleißaufgabe machen, von der wir, wenn es ins Detail geht, nichts verstehen. Machen wir uns da nichts vor; also ich auf gar keinen Fall. Ich bilde mir das nicht ein, einen Strom- und Ener-

gieexperten darzustellen und die Zwentendorfgeschichte, die können Sie vergessen. Denn auch den Auszug habe ich da, wieso soll ich es Ihnen zeigen, Sie wissen es ja selber, wer diese Frage leider Gottes, von der Fachfrage zur politischen degradiert hat. (Abg. Gerhard Heidinger: "Wissen wir auch, der Taus!" — Abg. Brandl: "Taus war der erste!") Dann war das ja ein positives Ergebnis für Taus, meine Damen und Herren! (Landesrat Bammer: "Aber sein Gesicht am Sonntag abend war nicht danach!") Stellen Sie sich einmal vor, der Kreisky hat uns versprochen, wenn er die Minderheit hat, tritt er zurück. Er hat wieder ein Versprechen nicht eingehalten. Was wollen Sie ändern? Also wenn es der Taus war, meine Herrschaften, erstmals eine Mehrheit über 50 Prozent. Wir danken für das Kompliment für unseren Bundesparteiobmann! So gehen die Dinge ja doch nicht. (Abg. Zdarsky: "Die Steiermark hat mit "Ja" gestimmt!" — Abg. Loidl: "53 Prozent in der Steiermark!") Nein, der Strenitz tut sich sowieso ein bißchen leicht. Er liebt alle Abgeordneten der OVP, nur versteht er keinen. Ich weiß nicht, was mit Dir los ist, Herr Professor! Eure Leitungen sind total gestört momentan, habe ich heute entnommen. Aber was wollte ich eigentlich sagen? Daß in Fohnsdorf etwas gemacht werden müßte, haben wir überhaupt persönlich nie mit einem Wort bestritten. Und da ist die Braunkohle, so schlecht ist die Qualität nicht, wie wir tun. Lassen wir doch eine Qualitätsexpertise der ungarischen Kohle machen, da steht unsere noch weiß Gott wie weit vorne, besonders was den Schwefelgehalt anbelangt, der auch die Kesseln, die Röhren versaut und der die Umweltprobleme mit sich bringt. Der Schwefelgehalt ist dort derart hoch, daß es höher nicht mehr geht. Aber schauen Sie, ich habe immer gesagt, die letzte Ausrede, die man gehabt hat auf unsere Forderung, den Karl-August-Schacht doch nicht zu schließen, war doch letzten Endes die, dort sei im Kriege Raubbau betrieben worden — dabei ist man noch gar nicht tiefer als 200 Meter dort und deswegen können wir moderne Bringungsmaschinen nicht einsetzen. Ich habe das einem Techniker, einem Bergmann erzählt. Der hat gesagt, diese Dummheit kann Ihnen wirklich keiner gesagt haben, der ist sein Leben nicht in einem Berg drinnen gewesen. Es gibt keinen Raubbau, den man nicht in Ordnung bringen könnte. Dies ist schon möglich, sagt er, daß man einfach nur dort vorgeschossen hat, wo es am leichtesten und am schnellsten gegangen ist. Ich verstehe nicht's vom Bergbau, Hammer. Du, ich habe eher Angst, wenn ich in dem Loch unten bin. Weißt Du, das habe ich Dir schon einmal gesagt, Bergwerk wäre für mich nichts, das wäre der letzte Arbeitsposten, den ich angehe! Aber es geht dort um die Menschen, die müssen ja verbunden sein mit ihrem Beruf, sonst geht er dort nicht hinein. Der muß ja hängen mit dem Herzen und mit Liebe an seinem Beruf. Und es geht um die Energie, sehen Sie. Und ich glaube, den Versuch hätten wir machen können. Man hat den Versuch abgelehnt. Das Land Steiermark hat angeboten, die Bohrungsarbeiten zu finanzieren. Das war das erste Mal, daß ein Betrieb so ein Angebot ausgeschlagen hat! Da wird es Dir etwas komisch und mulmig, weil da sagt man, hier hast auch mit

Fachfragen immer zu tun, dann ist es auch ein Politikum geworden. Und das versteht wer will. Ich bin dazu zu dumm, sehen Sie! Sehen Sie, meine Damen und Herren, so liegen — (Landesrat Gruber: "Warum führen wir es nicht als Landesunternehmen weiter, wenn das so hoffnungsvoll ist?") Herr Kollege Gruber, von Dir als Zentralbetriebsrat, einem, der Jahrzehnte lang in verantwortungsvoller Position bei der VEW ist, hätte ich so eine dumme Frage nicht erwartet! (Abg. Gerhard Heidinger: "Geh, hör auf!") Entschuldigen Sie, wenn er sagt zu uns, ob das Land sich bereiterklärt hätte, den Abgang zu zahlen. Seppi ja, aber das Land selber, das weißt Du selbst, da hast Du Dich glaube ich, versprochen. Das war ein Versprecher, sonst gibt es das ja nicht!

(**Präsident:** [Klingelzeichen] "Herr Landesrat, es ist meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß sich auch der Herr Landesrat Peltzmann versprochen hat, als er dem Herrn Landesrat Gruber diese "dumme Frage" gestellt hat.")

Sepp, das war obersteirisch, da war keine Beleidigung drinnen, nicht eine Sekunde. (Landesrat Gruber: "Da halte ich mich an die Sprache der Diplomaten!") Nein, Herr Kollege Gruber, ich bin sogar bereit, mich zu berichtigen, ich meine nur, daß Du genau weißt, wenn das Unternehmen an uns herangetreten wäre mit der Forderung, den Abgang zu zahlen, dann verstehe ich, wenn Du sagst, da hätten wir uns in der Regierung unterhalten müssen. Wir haben keine Ministerverantwortlichkeit. Wir sind ein Kollegialorgan und was wir beschließen, meine Damen und Herren, in der Regierung, das wird gemeinsam beschlossen, (Landesrat Gruber: "Wegen der dummen Frage: Da halte ich mich an die Sprache der Diplomaten. Es gibt keine dummen Fragen, sondern nur dumme Antworten!") Bitte, akzeptiert, in Ordnung, wir sind quitt, pari-pari, eins zu eins, null zu null oder Doppelnull, wie wir im Budget angefangen haben! Aber das meine ich damit, Herr Kollege Gruber! Das Land Steiermark selbst zu führen, hat er uns nicht zugemutet, das glaube ich nicht, sondern die Frage war vielleicht glaube ich, doch falsch formuliert und wurde deshalb falsch beantwortet.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Präsident: [Klingelzeichen] "Ich muß unterbrechen! Herr Landesrat Gruber, ich muß schon sagen, dies war überflüssig und hätte die gleiche Rüge von mir verdient, wie ich sie früher dem Landesrat Peltzmann ausgesprochen habe!")

Ich weiß, daß ich Sie schon ziemlich lang beschäftige, aber lassen Sie mich noch ein paar Worte sagen zu einem Bereich, der mir wirklich am Herzen liegt und heute auch wieder so dargestellt wurde, wo es heißt Mittelstandspolitik, kleinkarierte Greißler! Herr Präsident Ileschitz, ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen kennen. Ich habe mein Zahlenmaterial am letzten Stand 1978. Ich darf Ihnen folgendes mitteilen, Herr Präsident Ileschitz. Die verstaatlichte Industrie hat im Jahre 1974 bis 1977 — 1978 haben wir keine Zahlen — rund 4,7 Prozent der

Arbeitsplätze in der Steiermark verloren, das sind genau 1695, und die Greißler haben sie um 12 Prozent gesteigert. Schauen Sie, das muß man schon dazusagen! (Beifall bei der OVP.) Das war Ihre Aussage. Herr Präsident Ileschitz, ich habe es mir genau aufgeschrieben. So kann man doch die Dinge ja nicht darstellen. Wie dies überhaupt so schwierig ist bei uns, die Trennung zwischen Mittel- und Großbetrieb. Wenn man sagt, groß sind die Betriebe mit 1000 Beschäftigten, dann beschäftigen die doch in der Steiermark nur einen geringen Anteil unserer Beschäftigten. Die Betriebe mit bis zu 1000 Beschäftigten sind doch die Masse; bleiben wir halt bei bis zu 99 Beschäftigte. Aber die Dinge muß man sich doch überlegen. Heute spricht man für den Mittelstand in Ihren Reihen, (Abg. Dr. Maitz: "Es kommt halt die Arbeiterkammerwahl!") dann wieder gegen den Mittelstand. Dann sagt man wieder, ja wir haben keine Industriegesinnung. Wir wissen doch, daß nur der Gleichklang klein, mittel und groß, nur der Gleichklang das Leben lebenswert gestalten kann und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten letztendlich erarbeiten kann, nicht das Gegeneinander zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Das geht beim besten Willen nicht. Schauen Sie, wir haben Arbeitsplätze geschaffen, und hier darf ich Ihnen doch zur Antwort ein paar Dinge sagen, die Sie ein bißchen nachdenklich machen müßten. Schauen Sie, Herr Präsident Ileschitz, hier habe ich eine Aussage eines großen Osterreichers glaube ich, - für Sie auf alle Fälle -, er sagte: "Jeder Eingriff in einen ökonomischen Gesamtprozeß, der diesen Prozeß selbst zerstört, trifft zuerst die Arbeiterklasse selbst, stürzt sie in das Elend der Arbeitslosigkeit und kann die Wirtschaft um Jahre, selbst um Jahrzehnte, zurückwerfen. Denn ein solcher Eingriff trifft zweitens, ein so fein gegliedertes Uhrwerk, daß er zu den wundervollsten Gebilden des Menschengeistes gehört. Die kapitalistische Wirtschaft zu zerstören, ist leicht. Sie ersetzen, schwer!" (Abg. Zinkanell: "Schön gesagt!")

Herr Präsident, das hat der Karl Renner gesagt. Er hat es geschrieben 1924 in seinem Werk "Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung". Sehen Sie, der Mann hat darüber nachgedacht, glaube ich, bevor er sich zu einer Aussage hingerissen hat. Der hat gewußt, daß seine Aussagen auch gewogen werden und das sollen wir uns immer wieder vor Augen halten, bevor wir solche Aussagen hier machen.

Ich habe dann Herrn Kollegen Premsberger bereits gesagt — und auch Marczik und Pöltl —, natürlich werden wir uns weiter bemühen, durch die Industrialisierung, durch die Förderung der mittelständischen Wirtschaft Arbeitsplätze für den Nebenerwerbsbauern zu erreichen. Weil eines steht fest, meine sehr geehrten Herren! Was ich wirklich nicht verstehe, das sind zwei Dinge. Eine ganze Gruppe, die man zuerst durch Gesetz gezwungen hat, den Status des Arbeitnehmers einzunehmen — die mittätige Ehefrau zum Beispiel des Wirtschaftstreibenden, zuerst hat man sie gezwungen (Abg. Ileschitz: "Niemand hat gezwungen. Das war ein großes Entgegenkommen der Sozial- und Pensionsversicherung!") und jetzt schmeißt man sie mit dem Gesetz

wieder hinaus, nicht! Einmal rein in die Kartoffeln, einmal raus aus den Kartoffeln, ja, das ist Gesetz worden, Gesetz mit Mehrheit. Und das zweite ist, den Nebenerwerbslandwirten einfach zu sagen bei einem willkürlich festgelegten Einheitssatz von 44.000,— Schilling, das ist nämlich ganz komisch, 44.000,— Schilling Einheitswert kann dort 7 Hektar sein - (Abg. Gerhard Heidinger: "12 Hektar, 25.000,— Schilling Einheitswert!") Ja was denn sonst! Ja natürlich! Schauen Sie sich doch die Einheitswertsätze einmal an! (Abg. Gerhard Heidinger: "Der Einheitswert richtet sich nach der Größe!") Ja, selbstverständlich, lassen Sie sich einen Vergleich zwischen der Obersteiermark und der Oststeiermark geben! (Landesrat Dr. Krainer: "Si tacuisses!") Aber natürlich, Unbonität und was weiß ich, was da eine Rolle spielt!

Sehen Sie, hier muß ich schon sagen, Herr Kollege, wenn man im Arbeitsprozeß Flatterungen bekommt, kann man ihn nicht auf die Straße setzen und sagen, du hast keinen Anspruch beim Einsatzwert. Man müßte sich auch gemeinsam Gedanken machen, um den Gesetzgeber aufzufordern, hier eine andere Regelung zu finden! Und Herr Kollege Hammer, ich darf noch eines sagen, ich habe viele Ihrer Ausführungen wirklich, von den Erzlieferungen angefangen, bejaht, aber zu Ihrem letzten Satz, daß sich der Landeshauptmann um Radmer nie geschert hat, muß ich Ihnen schon sagen, kennen Sie die Interna nicht? Der Mann, der bereit ist, hier unten das anzugeben, ist hier auf der Abgeordnetenbank der OVP gesessen, der Herr Kollege Dr. Assmann. Und glauben Sie, mit dem haben wir nicht geredet, also ich muß schon sagen, ich muß Sie hier ein bißchen aufklären, Hammer, daß dies das nächste Mal nicht mehr pasisert. Es wäre ja schade um einen an und für sich tüchtigen Abgeordneten, wenn er durch Unkenntnisse solche Aussagen macht, weil nur dorthin kann ich es deklarieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden uns weiter bemühen mit den Mitteln. Wenn der eine oder andere nach den Ansätzen fragt, da muß ich folgendes sagen. Sie kennen ja den Paragraph 10 des Landesfinanzgesetzes, der uns die Möglichkeit gibt, und wir werden uns bemühen und anstrengen. Lieber Herr Kollege Ileschitz, ich bin für jeden Investor, den Sie uns bringen können, dankbar; für jeden Investor, der bereit ist durch Eigenmittel, weil einen gewissen Prozentsatz muß er haben, sonst ist das schon irgendwie eine anrüchige Angelegenheit, durch Können und Wissen und durch Mut, weil den braucht man heute in Osterreich leider Gottes auch, Arbeitsplätze zu schaffen. (Landesrat Bammer: "Den hast du immer gebraucht!") Dann bin ich jederzeit bereit, weiterhin in unseren Kommissionen zusammenzuwirken, wie wir bis jetzt zusammengewirkt haben (Landesrat Dr. Krainer: "Sehr gut!") Herr Präsident, das Leben draußen ist entscheidend. Der Geist, der Geist, mit dem wir uns zusammensetzen, der Geist in dem wir das echte Wollen bringen und ein bißchen Herz für unsere Landsleute, dann habe ich gar keine Sorge, daß es in der Steiermark, sogar mit der Gewerkschaft, wieder aufwärts gehen könnte. Glück auf! (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

. **Abg. Dr. Eichtinger:** Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Annahme meines um 9 Uhr vormittags gestellten Antrages.

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wenn Sie den Posten und Ansätzen . . .

Bitte Herr Landesrat Bammer, darf ich vielleicht meinen Antrag stellen, den Antrag anzunehmen.

Wenn die Damen und Herren den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Händezeichen:

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Gruppe 8: Dienstleistungen

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 8 umfaßt Dienstleistungen, landeseigene Gebäude, Grundbesitz, Wohnungsbau für Bedienstete, land- und forstwirtschaftliche Betriebe und wirtschaftliche Unternehmungen. Sie weist eine Summe bei den Einnahmen von 53,658.000,— Schilling und bei den Ausgaben von 129,286.000,— Schilling aus. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieser Ansätze.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die der Gruppe 8 "Dienstleistungen" ihre Zustimmung geben, mögen zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 "Finanzwirtschaft" sieht Einnahmen in der Höhe von 6.965,592.000,— Schilling vor. Diesen stehen Ausgaben in der Höhe von 1.635,578.000,— Schilling gegenüber. Ich bitte Sie um Annahme.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wer insbesondere der Diskussion im letzten Teil der Gruppe 7 gefolgt ist, wird nicht von mir verlangen, daß ich mit allem einverstanden bin, was dort gesagt worden ist. Immerhin aber können wir, wenn wir an die Debatte der vergangenen Jahre denken, ja geradezu erstaunliche Fortschritte feststellen. Ich gebe gerne zu, daß es manchesmal schwierig ist bei unseren Freunden sowohl auf der linken, wie auch auf der rechten Reichshälfte, die mit dem behaftet sind, was man auf gut steirisch "hammertärrisch" nennt, mitzukommen und genau die Nuancen zu erfassen und herauszubekommen, in welche Richtung das Vorgebrachte geht. Ich für meinen Teil bin jedenfalls bereit, die gute Absicht und den guten Willen darin zu sehen, auch dort wo das vielleicht auf Anhieb nicht so ohne weiteres erkenntlich ist. Daher erlaube ich mir auch, und ich bitte in diesem Sinne um Verständnis dafür, daß ich zu Beginn dem letzten, der hier hammertärrische Beiträge geliefert hat, dem Herrn Kollegen Peltzmann, alles Gute zu seinem heutigen Geburtstag wünsche. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Brandl: "Das erklärt vieles!")

Es ist ja an sich selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß die wirtschaftliche Entwicklung einen Schwerpunkt in den Beiträgen zu dieser Budgetdebatte geliefert hat. Ich möchte zu Beginn doch etwas zur Frage Mittelstandspolitik sagen, die der Herr Kollege Peltzmann angeschnitten hat. Die Definition ist ja im Ungewissen. Was das ist, das weiß ich nicht so genau, aber eines möchte ich doch sehr deutlich sagen und die Gelegenheit benützen, hier ganz ausdrücklich all denen meine Anerkennung auszusprechen und auch Dankeschön zu sagen, die im Beitrag des Herrn Kollegen Peltzmann als Greißler bezeichnet worden sind. Wir sind uns der Bedeutung des Beitrages, den diese Gruppe von Wirtschaftstreibenden erbringt, den sie leistet, durchaus bewußt, auch ich für meine Person. (Allgemeiner Beifall.)

Ich für meine Person, bitte mir nicht zu unterstellen, daß ich das geringschätze und nicht weiß, welche Bedeutung dem zukommt. Was Judenburg anlangt, so kann ich nur wiederholen: das allgemeine Leiden der Stahlindustrie ist uns ja ohnedies allen bekannt. Daß die Situation in der Obersteiermark zu einem großen Teil dadurch verschärft wird, daß Versäumnisse der Vergangenheit aufgeholt und wieder gutgemacht werden müssen, ist auch nichts Neues. Das ändert nichts daran, daß wir von den Verantwortlichen sowohl der Verstaatlichten Industrie, als auch der Bundesregierung erwarten, daß eine Lösung nicht dadurch gefunden wird, daß man ausschließlich die Judenburger die Zeche bezahlen läßt. (Allgemeiner Beifall.)

Viel problematischer scheint mir allerdings doch manches, was sich im Bereich der Konzerne der verstaatlichten Banken abspielt. Der Herr Kollege Peltzmann hat wieder hier vom Eigentum des Bundes gesprochen, wir wissen aber natürlich genauso gut alle, daß es in diesem Bereich nach wie vor nach rein privatwirtschaftlichen Spielregeln zugeht. Daher kann man das nicht so ohne weiters in einen Topf werfen. Lapp-Finze ist ja geradezu ein negatives Musterbeispiel, zumal man dort offensichtlich von der Firmenleitung her die Entwicklung des letzten Jahrzehnts nahezu verschlafen hat. Allgemein bekannt geworden sind ja auch die Schwierigkeiten bei Steyr. In dieser speziellen Frage kommt ganz deutlich zum Ausdruck, worauf ich

schon einmal hingewiesen habe. Das Auseinanderfallen der technologischen Entwicklung, zum Teil auch der Produktivität auf der einen Seite und der Arbeitsmarktsituation auf der anderen. Zu diesem Bild gehört gottlob, auch die erfreuliche Entwicklung der österreichischen Exporte, die erst unlängst vom Generaldirektor der Osterreichischen Kontrollbank hervorgehoben worden ist. Sie läßt sich ja nur so erklären, daß die Wirtschaft sehr wohl mit den erforderlichen Umstrukturierungen im großen und ganzen zu Rande kommt. Als Ergebnis dieser Entwicklung kann für 1978 eine beinahe sensationelle Verringerung des Leistungsbilanzdefizites um rund ein Drittel des Vorjahresabganges von 29 Milliarden Schilling erwartet werden. Das Handelsbilanzdefizit konnte um rund 12 Milliarden Schilling oder 20 Prozent verringert werden, während der Fremdenverkehr seine Nettoeinnahmen um rund 5 Milliarden Schilling wird erhöhen können. Offensichtlich sind wir doch wettbewerbsfähig.

Was die Grundlagen der Steuerdiskussion in Osterreich so verzerrt, ist die Ausgangsbasis. Ich meine damit die Bezugnahme auf die offiziellen Steuertarife und perzentuellen Belastungen ohne Berücksichtigung der unzähligen Ausnahmebestimmungen.

Ich möchte gar nicht auf die Größenordnung der nicht versteuerten Einnahmen und Umsätze eingehen. In Wirklichkeit aber ergibt sich die unmittelbare Steuerbelastung ganz eindeutig aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die ja nach Gruppen aufgegliedert ist. Die bei 23 Prozent beginnende und bei 62 Prozent endende Lohn- und Einkommensteuerprogression führt zu folgender Gegenüberstellung. Im Jahre 1977 hat Osterreich 38,9 Milliarden Schilling an Lohnsteuereinnahmen bei einer Lohn- und Gehaltssumme von 377,6 Milliarden Schilling aufzuweisen. Das ergibt einen Durchschnittssteuersatz von sage und schreibe 10,3 Prozent. Hierin sind insbesondere die Pensionen gar nicht enthalten, bei deren Mitberücksichtigung dieser Durchschnittssatz auf unter 8 Prozent sinken würde. Bei den sogenannten Unternehmereinkommen, das sind solche aus Besitz, selbständiger Erwerbstätigkeit und unverteilten Gewinnen, haben wir eine Gesamtsumme von nicht ganz 170 Milliarden Schilling ausgewiesen, während die Einkommens- und die Körperschaftssteuer zusammen 23,5 Milliarden Schilling erbracht haben. Das gibt einen Durchschnittssatz von 13,8 Prozent. Erklärbar ist der Unterschied zwischen den hohen Prozentsätzen der Progression und dem tatsächlichen Ertrag naturgemäß nur aus der Fülle von Steuerbegünstigungen, Ausnahmen und Befreiungen, die für das entsprechende Ergebnis sorgen. Weil aber diese Fülle von Sonderbestimmungen in ihrer Gesamtheit kaum durchschaubar ist, ist es auch kaum jemandem möglich, auf eine andere als die vorhin erwähnte Weise darauf Bezug zu nehmen.

Von Steuerverdruß zu reden, ist immer publicitywirksam, darum aber nicht weniger unsachlich. Steuern zahlt niemand gerne, notwendig sind sie trotzdem. (Abg. Ing. Stoisser: "Indirekte Steuern gehören ja auch dazu!") Mit Statistik kann man bekanntlich und zugegebenermaßen alles beweisen, wenn man nur die richtigen Ziffern auswählt. Das ändert nichts daran, daß Osterreich mit seiner Gesamtsteuerbelastung etwa im Mittelfeld der europäischen Industrienationen liegt, daß wir im besonderen bei der Belastung der Lastkraftwagen sogar im unteren Drittel zu liegen kommen. Unmut in Steuerfragen findet sich leicht, ihn geradezu herauszufordern, läßt auf Ziele schließen, die mit der Wirtschaft unmittelbar nichts mehr zu tun haben.

Der Herr Abgeordnete Loidl hat in einer Presseaussendung Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der Budgetsätze des kommenden Jahres für die Bauwirtschaft angemeldet. Er wird damit zum Teil ein Opfer der veränderten Optik, die durch die andere Art der Vorgangsweise im außerordentlichen Haushalt entstanden ist. Von den 789,4 Millionen Schilling der Kategorie I des außerordentlichen Haushaltes 1978 wurden 35 Prozent linear bedeckt, die unmittelbar Investitionen zugute gekommen sind. Diese Summe hält den Vergleich mit den bedeckten Ziffern des außerordentlichen Haushaltes 1979 - wie Sie wissen 430 Millionen Schilling — sehr wohl aus, wenn auch heuer gewisse gezielte Nachbedeckungen noch dazugekommen sind.

Daraus ergibt sich zwar selbstverständlich eine gewisse Verengung unserer Möglichkeiten, aber keineswegs eine Situation, die vom Landesbudget her entscheidend verändert wird. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß vor allem im Bereich der Wohnbauförderung durch die Zunahme der Subjektbeihilfen immer weniger in Investitionen umgesetzt wird und daß es ein langfristiger Prozeß ist, dessen Ende noch gar nicht abgesehen werden kann. Was aber die Frage der Mehrwertsteuer für den sozialen Wohnbau betrifft, so verstehe ich zwar, daß der Herr Landeshauptmann der Versuchung erlegen ist, hier wieder einmal die gänzliche Befreiung zu verlangen. Leider ist ein solches Verlangen genauso populär wie undurchführbar.

Vor allem natürlich wegen der Beispielsfolgen. Das österreichische Förderungswesen ist dermaßen unübersichtlich und auch auf Grund der verschiedenen Zuständigkeiten so verflochten, daß die Auswirkungen kaum übersehbar wären.

Dazu käme die Frage der Abgrenzung. Wir haben eine ganze Palette verschiedener Wohnbauförderungen. Wieviel sollte da im Einzelfall und für wen befreit sein, welche Größenordnung würde das erreichen und vor allem wie könnte man die unterschiedlichen Auswirkungen in den einzelnen Bundesländern mit der Aufteilung der Mehrwertsteuer beziehungsweise des dabei zu erwartenden Minderertrages in Einklang bringen. Ich fürchte, Herr Landeshauptmann, Sie werden auch nächstes Jahr Gelegenheit haben, diesen Wunsch zu wiederholen.

Der Herr Abgeordnete Stepantschitz hat wieder das steirische Klima erwähnt, das ja von der OVP und von den Medien mit Erfolg als eine Art Umarmungsstrategie der SPO gegenüber verstanden wird.

Wir sind uns der Schwierigkeiten durchaus bewußt, Herr Kollege Maitz, die damit zusammenhängen, daß uns als Minderheit hier Packelei zum

unrechten Zeitpunkt und in der ungeeigneten Sache vorgeworfen wird, daß wir zu wenig bemüht wären, uns zu profilieren und darauf verzichten würden, Opposition zu machen.

In Wirklichkeit weigern wir uns, verbale Auseinandersetzungen nur um der Optik willen zu suchen, obwohl wir dann Gefahr laufen, mit den sachlichen Meinungsverschiedenheiten gar nicht ins Bewußtsein der Offentlichkeit zu dringen. Wir glauben immer noch, daß bei allen Unterschieden, die es selbstverständlich gibt, die Möglichkeit gewahrt bleiben muß, dort, wo es um grundsätzliche Belange dieses Landes geht, die Möglichkeit zu erhalten, miteinander reden zu können. Nichts macht mir persönlich auf Bundesebene mehr Kopfzerbrechen als die offenkundige Gefahr, diese Chancen könnten verloren gehen. Ich rede keiner großen Koalition das Wort, wohl aber einem politischen Stil, der die Achtung vor dem Gegner nicht aus den Augen läßt und diese Gesprächsgrundlage bewahrt.

Manche Wirtschaftstreibende und manche Funktionäre ihrer Interessenvertretung sehen demgegenüber ihre Hauptaufgabe in einer Schwarzmalerei, deren Berechtigung in dieser Form nicht beweisbar ist. Man kann sie wohl nur als psychologische Kriegsführung im Hinblick auf die nächsten Nationalratswahlen verstehen. Die Ziffern sprechen durchwegs eine andere Sprache.

Ich zitiere:

"Wir leiden gerade jetzt unter einem bösen Anfall von wirtschaftlichem Trübsinn. Sehr häufig hört man Leute sagen, daß die Zeit außerordentlichen wirtschaftlichen Fortschrittes vorüber sei."

Ich glaube, daß dies eine höchst unbelegte und irrtümliche Deutung dessen ist, was uns widerfährt. Wir leiden nicht unter dem Rheumatismus des Alterns, sondern unter den Wachstumsschmerzen überschneller Veränderungen, unter der Schmerzhaftigkeit des Überganges von einer Wirtschaftsperiode zur anderen.

John M. Keynes hat dies 1930 in einem Aufsatz über die wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder ausgeführt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. In diesem Sinne ist auch das Landesbudget eine geeignete Grundlage für die Arbeiten des nächsten Jahres. Nicht nur für die Verwaltung, sondern für die gesamte steirische Bevölkerung. Diese fast 16 Milliarden Schilling werden wieder direkt oder indirekt in der Steiermark umgesetzt, sind ein wesentlicher Impuls für unsere Wirtschaft.

Mögen sich die Frauen und Männer nicht verunsichern lassen, sondern im Vertrauen auf gute steirische Tradition zusammenhalten und weiterarbeiten, damit wir ihnen im nächsten Jahr aus dem selben Anlaß genauso danken können wie heute, damit wir wieder allen Grund haben, ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und gesegnetes, neues Jahr zu wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte um ein Händezeichen, wenn Sie dem Antrag, die Gruppe 9 anzunehmen, zustimmen.

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ist angenommen.

Außerordentlicher Haushalt

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ansätze im Außerordentlichen Haushalt von der Gruppe 0 bis zur Gruppe 9 sind bei den Ausgaben bekanntlich mit 430 Millionen Schilling festgesetzt. Die Bedeckung soll durch die Aufnahme von Darlehen erfolgen. Der Finanz-Ausschuß hat sich damit beschäftigt. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich lasse abstimmen und bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Außerordentliche Haushalt ist angenommen.

Beschlußanträge des Landesvoranschlages 1979

Ich schlage unter Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungen vor, in zwei Gruppe abstimmen zu lassen, und zwar als erste Gruppe die 17 Beschlußanträge, welche von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden, sowie die zwei Beschlußanträge, welche von der OVP und FPO unterstützt werden, die SPO jedoch zustimmt. In der zweiten Gruppe die drei Beschlußanträge, die von der SPO abgelehnt werden. Es handelt sich dabei um drei Anträge zur Gruppe 0, und zwar

- betreffend Kostenrücksatz für die Kontrolltätigkeit in Gesellschaften, an denen das Land Steiermark beteiligt ist,
- betreffend Aufnahmen von Bestimmungen in die Vergebungsrichtlinien des Landes, wonach bei Vergabe von Bauaufträgen nicht ortsansässige Firmen zu verhalten sind, bei der Vergabe von Subaufträgen ortsansässige Firmen zur Anbotlegung einzuladen,
- betreffend Vergabe von Aufträgen des Landes nicht an Generalunternehmen, sondern Direktausschreibungen der einzelnen Leistungen.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußfassung in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Ich stelle diesen Antrag, Herr Präsident.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren, welche den 19 Beschlußanträgen der ersten Gruppe des müdlichen Berichtes Nr. 7 Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlußanträge der ersten Gruppe sind somit angenommen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten, welche den drei Beschlußanträgen der zweiten Gruppe zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle fest, daß auch diese Beschlußanträge angenommen sind.

Dienstpostenplan

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Doktor Bernd Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan 1979 sieht vor 28.341,3 Dienstposten, das ist gegenüber 1978 eine Erhöhung um 1022,9 Dienstposten. Im einzelnen entfallen auf diese Dienstposten 3268 auf die Hoheitsverwaltung, 2585 auf das Bauwesen, 8495 auf den Gesundheitsdienst, auf die sonstigen Dienststellen 1598 und auf die Wirtschaftsbetriebe 591. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um die Annahme des Dienstpostenplanes.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abg. Brandl: Im Namen des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes.

Präsident: Sie hörten den Antrag. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen.

Damit ist der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben auch noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einlaufzahl 2/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Ich habe einleitend den Antrag auf Annahme gestellt. Ich wiederhole diesen Antrag.

Präsident: Wer nun mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einlaufzahl 2/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1979 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Das Wort erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl: Lieber Herr Landtagspräsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Budgetdebatte nähert sich nun ihrem Abschluß und vielleicht ist gerade aus dieser Budgetdebatte, mit einigen Ausnahmen, eines hervorgekommen, daß man doch wieder gegenseitig mehr Respekt und Anerkennung vor der Arbeit hat. Es ist hier im Zuschauerraum eine Schulklasse der

Handelsakademie in Liezen gewesen. Diese hat mich dann zu einer Diskussion eingeladen, und sie hat gerade die Ausführungen der Abgeordneten über eine wichtige Sparte mitbekommen. Die jungen Leute haben es sehr positiv vermerkt, daß die sonst demagogischen Anwürfe, die sie sich vorgestellt haben, ausgeblieben sind, und daß sachlich zu den einzelnen Themen geredet wurde. Vielleicht ist das einigen nicht recht, daß eine Budgetdebatte in dieser Form abläuft, ohne daß es Spektakel gibt, ohne daß es Beleidigungen gibt. Es ist aber doch im Interesse der Zusammenarbeit für die Bevölkerung besser, als sich gegenseitig demagogisch vieles vorzuwerfen, was man später doch gemeinsam erledigen muß und wo man letzten Endes echte Alternativen anbieten muß. Ich will damit nicht sagen, daß immer Alternativen angeboten wurden, aber das Entscheidende ist und bleibt, daß Regierung und Landtag sich mit den Lebensfragen des Landes auseinandergesetzt haben. Damit ist auch erwiesen, daß die Landespolitik sich weiter spannt, als es uns durch die Kompetenzen in der Bundesverfassung zugemessen ist. Unsere Verantwortung für die Steiermark ist eine unteilbare. Sie verpflichtet uns zum eigenen Handeln und sie verpflichtet uns zu jenen Maßnahmen, die sich zugunsten der Bevölkerung in allen Landesteilen auswirken. Einige Male klang in der Debatte die Standortbestimmung hinsichtlich der Ausformung unseres föderalen Staatsaufbaues hervor, und ich will auch hier keine Zuspitzung. Ich bekräftige jedoch den Willen, der vielfach in den Ländern vorherrscht, den Grad der Eigenständigkeit und Eigenverantwortung, der Glieder unseres Bundesstaates und dazu zählen die Länder und Gemeinden, nicht nur zu festigen, sondern immer wieder zu erweitern. Ich bin zum Beispiel nicht der Meinung, daß wir mit den Grund- und Freiheitsrechten, die uns vor über 100 Jahren gegeben wurden, zufrieden sein können. Die jüngsten Erkenntnisse in Lehre und Praxis weisen darauf hin, daß zum Beispiel die Länder durchaus die Möglichkeit haben, den verfassungsgesetzlich vorgegebenen Rahmen auszuschöpfen. Konkret heißt das nichts anderes, daß soziale Grundrechte im Bereich der Sozialhilfe auf Grund einer Landesverfassungsnorm möglich wären. Jedenfalls will ich alle Kräfte einladen mitzuwirken, daß das politische Gewicht der Länder im Gesamtstaat, das heißt, in all seinen Gliedern und Organisationen, mehr wirksam wird. Die vergangenen Jahre haben uns in der Landespolitik Schwerpunkte im Wirtschafts- und Sozialwesen, in der Verkehrs- und in der Kulturpolitik, einschließlich des Bildungswesens gebracht, und es ist gelungen, die Lebensbedingungen für die Menschen zu heben. Das begann mit den Wohnbauprogrammen und der Sanierung von Altwohnungen, setzt sich über Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen fort und reicht bis zu jenen Maßnahmen, die wir durch ein Bündel von Umweltschutzgesetzen gesetzt haben. Die Verkehrspolitik und die Probleme unserer Landwirtschaft sind fest in das Paket unserer Wirtschaftsförderung eingeordnet. Was wir in zunehmendem Maße brauchen, das ist für die Zukunft eine umfassende Strukturberichterstattung, die auf die verschiedenen einzelnen

Entwicklungen eingeht und jene Ansatzpunkte klar herausstellt, die für eine Diagnose der gesamtwirtschaftlichen Strukturbildung notwendig sind. Solche Vorhaben sind sehr anspruchsvoll. Sie müssen jedoch im Zusammenhalt mit den Bedürfnissen des Menschen und seiner Beziehung zum Wohn- und zum Arbeitsort gesehen werden und in diesem Licht zeigt sich auch unsere Verpflichtung im Gesundheitswesen, welches wir nicht allein auf die Finanzierung unserer Krankenanstalten beschränken. Denken Sie nur an das Netz der Distriktsärzte, welches über das Land gezogen wurde und an die Förderungsmaßnahmen, die zur Sicherung der Voraussetzungen für die Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum gerade in letzter Zeit gesetzt wurden. Ich hoffe, daß Regierung und Landtag das Projekt eines selbständigen Wirtschaftskörpers mit Intensität verfolgen werden, damit wir für die Menschen in diesem Lande nicht nur ein hochentwickeltes, sondern auch ein rationelles und menschlich gestaltetes Gesundheitswesen bieten können, welches sich in Europa sehen lassen kann. Und was immer wir überlegen, um in den einzelnen Schwerpunkten voranzukommen, die Chance der Verwirklichung läßt sich auf einen sehr einfachen Nenner zurückführen. Wir müssen aus den Erfahrungen lernen, die Osterreich nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnen hat. Und diese Erfahrungen lauten wirtschaftsbezogene Sicherung des Raumes für Initiativen und Leistungen aller in der Wirtschaft Tätigen, Arbeitgeber genauso wie Arbeitnehmer. Und wenn dieser Raum verkürzt wird, werden wir weder auf einen wirtschaftlichen noch auf einen sozialen Fortschritt bauen können. Und daher muß in der Politik das ganze Bemühen darauf abgestimmt sein, den Unternehmungen die Ertragslage zu sichern und auch hier nicht einseitig. Alle Betriebskategorien haben einen Anspruch darauf, daß sie ihre Produkte mit Gewinn absetzen können. In der Landwirtschaft erleben wir hier eine besondere Situation. Die Bauern kommen immer mehr in der Einkommenspolitik in eine Schere, die sich zu ihren Ungunsten auftut. Es wurde hier eingehend diskutiert. Und wenn wir von Existenzfragen sprechen, dürfen wir daher nicht nur unsere gewerblichen und industriellen Bedürfnisse sehen, sondern wir müssen uns sehr genau bewußt sein, daß ohne gesicherte Ernährung eine Bevölkerung einfach nicht existieren kann. Und diese Art von Sicherheit wünschen wir uns vor allem in Krisensituationen. Es gibt Vorbereitungen hiefür, aber sie sind, wie wir aus den Sitzungen der Umfassenden Landesverteidigung wissen, nicht ausreichend. Sie gewährleisten nicht hinreichend die Befriedigung all jener Notwendigkeiten, die Volk, Staat und Land in einer solchen Situation zu befriedigen haben. Und deshalb bitte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren im Hohen Haus, versuchen wir immer wieder über den Alltag. hinauszudenken. Die Sorgen sind zugegebenermaßen groß, aber wir müssen das, was die vorhersehbare Zukunft bringen könnte, jedenfalls miteinkalkulieren. Und bedenken wir auch, daß überall im ganzen Land unsere Landsleute leben.

Und wenn wir die Steuerkopfquote ansehen, so haben wir Landesteile, die eine doppelt so hohe

Quote ausweisen wie etwa die Bezirke Radkersburg, Feldbach, Murau und andere. Und damit eröffnet sich auch die Verpflichtung zur Sicherung eines Spielraumes in der Finanzpolitik. Und wie hier schon berichtet wurde, haben die Länder Einnahmenausfälle auf sich zu nehmen mit dem kommenden Finanzausgleich, Diverse Verzichte, bis auf 2 Prozent der Landesumlage, mußten geleistet werden. Es ist natürlich ein Problem, wenn unsere Dispositionsfähigkeit beengt wird und auf der anderen Seite teilweise über Fondsgelder zurückfließt. Wir müssen immer die eigene Entscheidung, die der Regierung und des Landtages gegenüber Entscheidungen anderer Gremien und Einrichtungen bevorzugen. Immerhin aber ist es gelungen, durch das Opfer der Länder insgesamt mehr Mittel beispielsweise für den Wasserwirtschaftsfonds verfügbar zu machen. Die Kassen dieses Fonds sind angespannt. Nun steht aller Voraussicht nach eine zusätzliche Dotierung von 700 Millionen Schilling heran, an der sich der Bund mit 490 Millionen Schilling, die Länder mit 126 Millionen Schilling und die Gemeinden mit 84 Millionen Schilling beteiligen. Die Gemeinden werden erfreulicherweise insgesamt 174 Millionen Schilling gewinnen. Es war daher die Notwendigkeit, sehr zurückhaltend den Voranschlag zu disponieren, auf der einen Seite gesetzliche und wirtschaftliche Verpflichtungen zu erfüllen und auf der anderen Seite der Sparsamkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Und ich will die finanzielle Lage des Landes in keiner Richtung dramatisieren. Auf jeden Fall liegen wir bei der Gesamtsumme des voraussichtlichen Schuldenstandes bei 4,5 Milliarden Schilling. Dem steht allerdings ein Vermögen des Landes von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber. Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten, Anleihensund Darlehensschulden sowie Rückzahlungen der Rücklagen ergibt sich ein Vermögen von letzten Endes 2,7 Milliarden Schilling. Und ich möchte hier nicht ins Detail gehen, sondern festhalten, daß Politik und Verwaltung zu höchster Sparsamkeit gezwungen sind. Wir werden diese Sparsamkeit nunmehr täglich beweisen müssen. Und ich weiß, daß es einen Ressortegoismus gibt, und ich weiß auch, daß es unabdingliche Notwendigkeiten gibt und es wird die hohe Kunst sein, jeweils abzuwägen und zu prüfen, damit wir das umfassende Arbeitsprogramm, welches durch die Regierung vertreten und durch die Parteien mehrfach artikuliert wurde, umsetzen können. Und wir gehen aus von einer Vielfalt sozialer Dienste, über den Wohnungsbau, die Energiepolitik, die Rohstoffsicherung bis zur Fülle jener Aktivitäten, von allem im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, die sich auf das ganze Land erstrecken.

Hoher Landtag, wir stehen auf dem Prüfstein der Verantwortung gegenüber der Offentlichkeit und mein Wunsch in dieser Stunde ist es, daß wir uns bemühen, bei aller Verschiedenartigkeit der Standpunkte für die Steiermark wieder etwas zu erreichen. Und ich danke allen Damen und Herren, die am Zustandekommen dieses Budgets mitgewirkt haben. Da ich selbst einmal als ganz junger Bediensteter in der Landesfinanzabteilung mitgearbeitet habe, weiß ich sehr wohl um die Probleme. Ich

danke dem Vorstand der Landesfinanzabteilung, aber vor allem dem Leiter des Budgetreferates Herrn Regierungsrat Ramschak recht herzlich für seine Arbeit.

Und aus Anlaß der bevorstehenden Ruhestandsversetzung ist es mir ein besonderes Anliegen, jenen Beamten meines Ressorts einen weiteren Dank zu sagen.

Es ist Herr Hofrat Dipl.-Ing. Reinhard Intichar. Er trat am 1. Juli 1938 in den Landesdienst ein und setzte diesen nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft bei der Agrarbezirksbehörde in Graz fort. Er ist seit 1970 Vorstand der Agrartechnischen Abteilung und die Zusammenarbeit hat sich in den vielen Bereichen der Agrartechnischen Abteilung im Interesse der steirischen Bevölkerung stets gut ausgewirkt. (Allgemeiner Beifall.)

Und es ist der langjährige Protokollchef der Steiermärkischen Landesregierung, Herr Hofrat Doktor Oskar Stipperger. Er wird ebenfalls mit Ende des Jahres in den dauernden Ruhestand treten. Gerade sein Wirken hat entsprechend mitgeholfen, das Ansehen der Steiermärkischen Landesregierung im In- und Ausland zu vermehren. Seine Arbeit hat besonderen Wert gehabt. Ich danke ihm recht herzlich dafür. (Allgemeiner Beifall.)

Und es ist Herr Hofrat Rudolf Riedl, der während seiner Tätigkeit als Bezirkshauptmann des politischen Bezirkes Knittelfeld der Bevölkerung des ihm anvertrauten Amtsbereiches mit voller Hingabe gedient hat. Und sein Wirken und seine Auffassung über eine menschennahe Verwaltung ist ein gutes Beispiel für das Funktionieren der Landesverwaltung und im besonderen der Bezirkshauptmannschaften. Meinen herzlichen Dank dem Bezirkshauptmann. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte aber auch einem langjährigen Kraftfahrer danken, der sozusagen ein Denkmal der Kraftfahrer der Steiermärkischen Landesregierung ist. Es ist der Kraftfahrer des Landeshauptmannes, Herr Alois Schellauf (Allgemeiner Beifall.), der ebenfalls mit Ende des Jahres in den wohlverdienten Ruhestand tritt. Er ist gelernter Flugzeugbauer. Er war Betriebsschlosser und Kraftfahrer und seit 1945 ununterbrochen als Fahrer des Landeshauptmannes tätig. Es sind viele Millionen Kilometer, die er unfallfrei gefahren ist, und ich bin persönlich dadurch berührt, daß ich ganze sieben Jahre mit ihm gefahren bin und kennenlernen konnte, seine Umsicht, seine Genauigkeit, seine Beflissenheit im Dienst und seine Treue.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir immer solche Bedienstete im Lande haben, die bis zur Selbstaufopferung tätig sind, dann ist es gut und wohl um dieses Land bestellt. Herr Schellauf, ich darf Ihnen recht, recht herzlich danken für Ihre Tätigkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Mein Wunsch ist daher, und ich glaube auch der Wunsch dieses Hohen Hauses, daß diesen verdienten Beamten auch weiterhin viel Gesundheit und Glück beschieden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesen Gedanken entbiete ich der steirischen Bevölkerung und Ihnen allen, meine Damen und Herren, ein begnadetes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1979, und wenn uns der innere und äußere Friede erhalten bleibt, dann können wir allen Sorgen zum Trotz mit Optimismus in die Zukunft blicken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter und meine Herren Landesräte! Der Landtag dankt Ihnen für die mühevolle und verantwortungsvolle Vorarbeit für die Erstellung des Landesvoranschlages, der heute durch den Landtag seine Bestätigung erhalten hat. Der Landtag dankt aber auch der Regierung für die verantwortungsbewußte und erfolgreiche Arbeit im letzten Jahr. Der hohen Regierung und Ihnen allen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und mit Ihnen Ihren Angehörigen auch ein gutes und gesundes neues Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 20 Uhr.)